Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1900.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 27 | Dresden, Montag den 2. Februar 1925 | 36. Jahrg.

Herriot und wir

Von Paul Faure, Kammerabgeordneter, Paris

Vergeblich wär's, es noch verhehlen zu wollen: die letzte Sammerrede Herriots über die äußere Politik, diese Rede, für deren öffentlichen Anschlag die Abgeordneten fast ausnahmslos gestimmt haben, die Sozialisten mitinbegriffen, hat eine recht heftige Mißbilligung innerhalb der sozialistischen Kammerfraktion gefunden.

Zunächst hatte die sozialistische Fraktion, mit zwar nur geringer Mehrheit, beschlossen, gegen den öffentlichen Anschlag dieser Rede zu stimmen. Und erst nach verschiedenen Zwischenfällen trat die Fraktion, in einer zweiten Sitzung, für den Maueranschlag ein.

Wie ist dieser Umschwung zu erklären? Etwa mit den paar landläufigen Erklärungen, die Herriot an seine Rede anhängte? Durchaus nicht. Der Grund liegt vielmehr in der Tatsache, daß der Ministerpräsident den Sozialisten zu verstehen gab, daß er nicht an der Spitze der Regierung bleiben werde, wenn sie nicht für den Antrag des öffentlichen Anschlags seiner Rede stimmen würden. Und das gab bei der Mehrheit der sozialistischen Kammergruppe den Ausschlag. Aber, ich darf es wohl sagen, in unsern Reihen wurde Herriots Rede nicht mit Wohlgefallen aufgenommen. Die Kritiken regneten knüppeldick. Gewiß haben wir durchaus nichts auszusetzen an seiner Anklagerede gegen die deutschen Rechtsparteien, die unaufhörlich eine herausfordernde und kriegshetzerische Sprache führen. In diesem Punkte sind wir mit Herriot einig.

Aber wir sind der Ansicht, daß für uns wie auch für alle andern Völker die Sicherheit weit eher in der seelischen, moralischen Abrüstung, im Siege der Demokratien und, ich möchte noch hinzufügen: im internationalen Zusammenschluß der sozialistischen Arbeiterschaft liegt als in militärischen Besetzungen und Heeresorganisationen. Nach unsrer Meinung ruhen die wichtigsten Mittel zum Frieden in einer steten Entwicklung der Demokratie, in Deutschland so gut wie in Frankreich.

Herriot, der durch die heftigen Reden gewisser deutscher Reaktionäre und durch die Artikel der Rechtspresse ein wenig aus dem Gleichgewicht gekommen war, hat diesen Punkt, der uns Sozialisten besonders am Herzen liegt, zwar gestreift, ihn aber nicht genügend herausgestellt. Darin aber liegt, nach unsrer Auffassung, die Hauptquelle einer vollständig neuen europäischen Politik. Und so ist die zurückhaltende und kühle Aufnahme zu erklären, die wir Sozialisten der Rede Herriots angedeihen ließen. Auch unsre spätere Zustimmung zum Vorschlag des öffentlichen Anschlages dieser Rede hat diese Mißstimmung nicht behoben. Und so bestätigt sich, was wir immer und immer wieder festgestellt haben: die Lage wird in der deutsch-französischen Politik erst dann günstiger werden, wenn wir die Stimmen der Nationalisten, ihr Haßgeheul und ihr Herausforderungsgezeter zum Schweigen gebracht haben.

Wir sind immer noch überzeugt, daß Herriot ein entschlossener und ein aufrichtiger Friedensfreund ist. Wir werden ihn übrigens nur unterstützen, wenn er dem Programm des Friedens und der Völkerversöhnung treubleibt. Doch eins ist sicher: wir werden auf diesem Boden nur in dem Maße feststehen, als auch in Deutschland entsprechende Kräfte ihre wachsende Macht und ihren siegreichen Einfluß bekunden werden.

•

SPD. **Paris, 1. Februar.** (Durch Telephon.) Dem Vertreter des Soz. Pressedienstes wird aus der sozialistischen Kammerfraktion zu der letzten Rede Herriots folgendes erklärt:

In der Tat konnte man Herriot vorwerfen, die Gefahren der sogenannten „geheimen Rüstungen" Deutschlands übertrieben, die völkische Presse allzu ergiebig zitiert und die Existenz eines demokratisch-republikanischen Deutschland nicht genügend hervorgehoben zu haben, so daß seiner Rede das innere Gleichgewicht fehlte und ihr dadurch ein Charakter gegeben wurde, der an gewisse Manifestationen Poincarés erinnern konnte. In der sozialistischen Fraktion bestritt niemand, daß der Rede Herriots die nötige Ausgeglichenheit fehlte, und es ist kein Zweifel, daß, wenn die Haltung der Fraktion keine weiteren Folgen hätte haben können, man sich einstimmig zur Enthaltung entschlossen hätte. Aber die politischen Fragen ergaben sich sofort. Enthielt sich die sozialistische Fraktion, so konnte die Mehrheit für den Anschlag nur dadurch erreicht werden, daß die Rechte für ihn stimmte: die Krise innerhalb des Linkskartells wäre damit unvermeidlich geworden und das Verweilen Herriots in der Regierung fast unmöglich gewesen. Bei näherer Prüfung der Rede Herriots an Hand des offiziellen Stenogramms wurde außerdem festgestellt, daß mit Ausnahme gewisser undeutlicher Erklärungen über die „Sicherheit am Rhein" nichts darin stand, was nicht auch von den Sozialisten unterschrieben werden konnte, oder was im Widerspruch stände zu dem, was man bisher und vor allem in der Wahlkampagne, die dem 11. Mai vorausging, gesagt und geschrieben hatte. Der Vorwurf, den man auch nach dieser Prüfung aufrechterhalten mußte, betraf vor allem das, was in der Rede fehlte oder wenigstens nicht deutlich, nicht ausführlich genug zum Ausdruck gebracht war, da Herriot in Wirklichkeit es nicht ganz unterlassen hatte von den gewaltigen Anstrengungen der Linksparteien in Deutschland zu sprechen und dem Vertrauen, das man zu ihnen haben könne. Beim Anhören der Rede war dieser Teil fast untergegangen und unter der Anhäufung des Materials, durch das der Ministerpräsident die Stärke des nationalistischen, monarchistischen Deutschlands nachzuweisen suchte.

Die Erklärungen des Ministerpräsidenten vor der Fraktion ließen auch nicht den geringsten Zweifel darüber bestehen, daß er kein einziges seiner bisherigen außenpolitischen Grundprinzipien, besonders Deutschland gegenüber, aufzugeben gewillt ist, und daß der Versuch der Rechten, ihn durch ihren Beifall zu umstricken, seinen sofortigen Abgang zur Folge haben würde, wenn die sozialistischen Stimmen ihm bei der Abstimmung fehlen würden. Der Ministerpräsident gab zur gleichen Zeit seiner tiefsten Beunruhigung Ausdruck über die innerpolitische Entwicklung Deutschlands und Preußens, wobei er unterstrich, daß er als Vertreter der Linkspolitik und der Verständigungsidee fest entschlossen sei, sich nicht durch ein zur Monarchie zurückkehrendes Deutschland hinters Licht führen zu lassen. Die Politik, die er in Genf vertreten habe, werde er mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln weiterhin vertreten. Ueber die Besetzung des Rheinlandes befragt, gab der Ministerpräsident Antworten, die auch nicht den leisesten Zweifel darüber bestehen ließen, daß gewisse, unter der Herrschaft des Nationalen Blocks gepflegte Losreißungspläne endgültig und ohne Einschränkung aufgegeben sind. Nach einer kurzen Debatte, die den Ausführungen des Ministerpräsidenten in der sozialistischen Fraktion folgte, wurde die Frage der Haltung der sozialistischen Gruppe einer neuen Abstimmung unterworfen und diesmal wieder, mit 51 gegen 15 Stimmen, beschlossen, sich nicht zu enthalten, sondern für den Anschlag der Rede zu stimmen, um die reaktionären Manöver zu durchkreuzen. Allen ihren Lücken zum Trotz ist doch zweierlei in der Rede enthalten, was der Nationale Block stets in der schärfsten Weise bekämpft: die Betonung der Notwendigkeit einer Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland und die Proklamation der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen Frankreich und einem demokratisch-republikanischen Deutschland.

•

Zweifel an Luthers Aufrichtigkeit

P. Paris, 31. Januar. (Eig. Drahtb.) Da man in Paris auf ein wesentlich andres Echo der Rede Herriots aus Deutschland gefaßt war, hat die Mäßigung und die ausdrückliche Bekundung der Friedens- und Verständigungsbereitschaft, die der Reichskanzler Luther in seinen Ausführungen vor den Vertretern der auswärtigen Presse an den Tag gelegt hat, eine gewisse Ueberraschung hervorgerufen. Allerdings fehlt es nicht an Stimmen, die darauf hinweisen, daß Vorschläge, wie sie der Reichskanzler in seiner Rede gemacht hat, bei den Deutschnationalen und der Volkspartei auf die schärfste Opposition gestoßen wären, wenn sie von einem Linkskabinett ausgegangen wären, und man leitet daraus Zweifel an der Aufrichtigkeit der von Luther abgegebenen Erklärungen ab. Das ist nach der Entwicklung der letzten Wochen sehr verständlich, und Herr Luther, der sein Ministerium mit Männern besetzt, die Jahre hindurch aus ihrer nationalistischen und chauvinistischen Einstellung kein Hehl gemacht haben, wird sich am wenigsten darüber wundern dürfen. Das der Regierung nahestehende Oeuvre hat sogar für den von Luther bekundeten Verständigungswillen nur Hohn und Ironie übrig, so sehr mißtraut dieses linksstehende Organ dem Kabinett des deutschen Rechtsblocks.

•

Herr Luther, schaffen Sie Beweise!

P. Paris, 2. Februar. (Eig. Drahtber.) In den politischen Kreisen erblickt man in Luthers Taktik vor allem einen Versuch der deutschen Reaktion, durch eine Politik des Entgegenkommens gegenüber dem Auslande Zeit zu gewinnen, um die eigene Position zunächst nach innen auszubauen und die Republik schrittweise abzuwürgen. Die Presse der Rechten empfiehlt daher, darauf einzugehen. In den Blättern der Linken sieht man dagegen der von Herrn Luther angekündigten Verständigungsbereitschaft nach wie vor mit dem größten Mißtrauen gegenüber. Das Oeuvre erklärt erneut, wenn es dem Kanzler wirklich ehrlich damit zu tun sei und wenn er tatsächlich bereit sei, die von Herriot aufgestellten Prinzipien: Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Abrüstung, anzunehmen, dann möge er dies beweisen, indem er **den Eintritt Deutschlands zum Völkerbund veranlasse.**

•

Englands waches Mißtrauen

S. London, 2. Februar. (Eig. Drahtm.) Der englische Außenminister Chamberlain sprach am Sonntag in einem konservativen Meeting in Birmingham über das Verhältnis der Alliierten zu Deutschland. Er betonte, daß zwischen Frankreich und England herzliche Beziehungen bestehen und gerade deshalb England bei der Regelung der Sicherheitsfrage vollkommen auf französischer Seite stehen werde. Frankreich habe unter allen Umständen Sicherheiten nötig. Um sie zu erhalten, werde England alles tun, was in seinen Kräften steht. Chamberlain bedauerte in seinem Vortrage weiterhin noch den letzten Notenwechsel zwischen den alliierten Mächten und Deutschland, weil der Ton und der Charakter der deutschen Entgegnung nicht als ehrlich und vornehm zu bezeichnen seien. Er verzichtete, sich einer ähnlichen Tendenz in seiner Entgegnung zu befleißigen, verwies aber unter anderm darauf, daß Deutschland nur entschlossen sei, Verfehlungen in der Entwaffnungsfrage gutzumachen, „die von den Alliierten bewiesen werden könnten". Demgegenüber betonte Chamberlain wörtlich: „Ich begnüge mich damit, angesichts dessen den letzten Satz der Note der Alliierten, der der deutschen Regierung entgangen zu sein scheint, zu wiederholen, nämlich, daß die Alliierten ihrerseits entschlossen sind, die mit dem Versailler Vertrag übernommenen Verpflichtungen gewissenhaft zu erfüllen."

Die Rede Chamberlains bestätigt erneut, daß es dem deutschen Bürgerblock sehr schwer fallen wird, in England Vertrauen zu erwecken. Tatsächlich steht man ihm nach wie vor in englischen Regierungskreisen mit allem Mißtrauen gegenüber. Es verlautet hier, daß der englische Botschafter in Berlin **außergewöhnliche Anweisungen zur Beobachtung der deutschen Regierungspolitik** erhalten habe.

Sumpfblasen

Wenn der normale Verbrennungsprozeß in der Natur unterbunden wird, entsteht ein Fäulnisherd, dem stinkende Gase entsteigen. Nicht anders ist es im Entwicklungsprozeß der Gesellschaft und der Wirtschaft. Wenn durch irgendwelche katastrophale Einwirkungen der normale Gang der Entwicklung unterbunden wird, dann sammeln sich jene gesellschaftlichen Fäulniserreger an, und in der Gesellschaft entstehen dieselben Sumpfblasen wie in der Natur.

So war es möglich, als der berühmte Geldmacher John Law im Stadium des Zusammenbruchs der französischen Feudalherrschaft mit seinem Notenschwindel einen Skandal nach dem andern erzeugte. Im Anschluß an die große französische Revolution finden wir die gleiche unersättliche Gier nach Bereicherung. Unter dem Bürgerkönig Louis Philipp prägte sich das Schlagwort „Bereichert euch!" Als durch den Krieg von 1870/71 die fünf französischen Milliarden in die deutsche Wirtschaft strömten, taumelte die ganze kapitalistische Wirtschaft des Reiches in unersättlichem Streben nach immer neuen Gewinnen. Die grandiose Epoche des Gründerschwindels setzte ein, bis eines schönen Tages das ganze luftige Gebäude der jungen Aktiengesellschaften schmählich in sich zusammenbrach. Nichtsdestoweniger wurden dadurch Dutzende Neureicher emporgeschleudert, deren Nachkommen heute verächtlich über die Sumpfgebilde der Inflationszeit die Nase rümpfen.

Durch den Weltkrieg wurde der normale Entwicklungsprozeß in der kapitalistischen Wirtschaft auf Jahre unterbunden, und es ist nicht verwunderlich, daß sich im Kreise aller Nationen Skandalaffären zeigten, daß in allen kapitalistischen Wirtschaften mit ganz wenigen Ausnahmen die Sumpfblasen der Kriegsgewinnler emporgestiegen sind. Bisher hatte das kleine Oesterreich, oder besser gesagt der Börsenplatz Wien, den Höhepunkt erklommen. Die Spritaffären in der Tschecho-Slowakei sind noch in aller Gedächtnis. Mussolini verschob den gesamten Oelbesitz Italiens und auch die andern Länder haben sich von ähnlichen Affären nicht freizuhalten vermocht.

In diesen Wochen hat nunmehr das Deutsche Reich die Führung unter den internationalen Skandalaffären übernommen. Erst waren die vier Kriegsjahre das beste Mittel, unsägliche Gewinne aufzuspeichern, dann aber kam die zielbewußt herbeigeführte Inflation, die selbst die Gründerepoche der 70er Jahre weit in den Schatten stellte. Das Jahr 1923 stand in Deutschland ausnahmslos unter der Parole des französischen Bürgerkönigs. „Bereichert euch!" war der Ruf, der durch alle kapitalistischen Gaue schallte. Alle Gesetze der Moral, des Rechts, wurden außer Kurs gesetzt. Das Zentralnoteninstitut des Reiches war in erster Linie das Werkzeug, den Taumel der Inflationsgewinnler bis zum Höchstmaß zu steigern. Nicht alle vermochten an den unschätzbaren Gewinnen teilzunehmen, die Woche für Woche die Reichsbank verstreute. Aber da die Zeiten der Inflation jedem Schieber die besten Chancen gaben, wurde nichts unversucht gelassen, alle Quellen des Gewinns zu öffnen, und erst jetzt, nachdem alle Möglichkeiten erschöpft worden sind, wo durch die Deflation die gewaltsame Rückkehr zu normalen Geschäftsbedingungen erzwungen wurde, beginnt sich das Inflationsgebäude in aller Nacktheit zu enthüllen.

Wie in Oesterreich die Castiglionini und Bosel durch die Inflation heraufgeschleudert wurden, so begann im November 1923 die Herrschaft Michaels. Dieser vermochte gerade noch die Klippen des Strafgesetzbuchs zu umschiffen, während Dutzend andre die Kredit- und Gewinnmöglichkeiten so überspannten, daß sie zuletzt strauchelnd in den Fallstricken des Gesetzbuchs hängen blieben. Sie haben nicht verstanden, ihre Methoden rechtzeitig umzustellen und so versaulen sie in dem Sumpfe, den sie zielbewußt mit bilden halfen.

Mit Kutisker und seinen Hintermännern fing es an. Und nachdem einmal der Mantel gelüftet wurde, kamen die Barmats ins Gedränge. Auch sie mögen nicht unbedingt den Paragraphen des Strafgesetzbuches entgegengehandelt haben, aber die Methoden ihrer Geschäftsführung ließen sich selbst mit den fadenscheinigen Grundsätzen kapitalistischer Geschäftsmoral schwer vereinbaren. Zwischendurch kam der Reichspostminister ins Gedränge. Ihm folgte auf ganz anderm Boden der Schwiegersohn des Reichsinnenministers. Zwischendurch wurden die Mannesmann genannt. Jetzt sind es altpreußische adelige Offiziere, ein Herr von Zitzewitz, ein Herr von Rüdiger, die den Geschäftsleiter der Preußischen Landespfandbriefanstalt, den Geheimrat Nehring, einzuwickeln verstanden, und niemand vermag abzusehen, wer das Opfer des folgenden Tages sein wird.

Nun ist die Reichsregierung selbst an der Reihe. Sie hat für die Großkapitalisten an der Ruhr den netten Betrag von 715 Millionen Goldmark als Gesamtentschädigung ausgeworfen, von denen 655 bereits ausgezahlt wurden, ohne daß die parlamentarischen Instanzen des Reichs auch nur eine Mitteilung erhielten. Dieser Finanzskandal des Reiches ist dem Inflationsskandal der Reichsbank, der Havenstein und Konsorten, ohne weiteres zur Seite zu stellen. Die Vossische Zeitung verweist mit Recht auf die Zusammenlegungsnote der großen, im rheinisch-westfälischen Industriegebiet seßhaften Industriekonzerne, daß sie ihr Friedenskapital zusammengelegt haben im durchschnittlichen Verhältnis von 10 zu 7, während die Bank des Ruhrgebietes ihr Kapital im Verhältnis von 50 zu 1 verringern mußte. Schon diese Tatsache zeigt die „Not" der Schwerindustriellen. Es ist ein Skandal sondergleichen, wenn ausgesprochen den Riesenunter-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19250202/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

nehmen, die die Inflation am besten überstanden haben und die gerade die Zeit des Ruhrkrieges benutzten, alle Kriegsschäden in ihren Unternehmungen wettzumachen, die einen völligen technischen Umbau vornehmen konnten, Hunderte von Millionen in den Rachen geworfen wurden. Die Vossische Zeitung schließt wie folgt:

„Das Verfahren in der Nutzentschädigungsfrage läßt nunmehr alle Skandalaffären und Affärchen in den Hintergrund treten. Noch steht nicht in jedem Fall fest, wer die wirklich verantwortlichen Persönlichkeiten sind. Die formelle Verantwortung trifft aber jedenfalls die Leiter derjenigen Behörden, die in der Entschädigungsfrage tätig gewesen sind, und die auch heute noch an höchster Stelle stehen."

Während so im Reichstage durch den Vorstoß des Vorstandes der sozialdemokratischen Fraktion die neueste Finanzaffäre des Reiches, die durch Briefe Dr. Stresemanns eingeleitet wurde, zur Verhandlung stand, sitzt im preußischen Abgeordnetenhaus ein Untersuchungsausschuß zusammen, dessen Aufgabe darin besteht, die Geschäftsmethoden der Preußischen Landesbank, der Seehandlung, eingehend zu durchleuchten. Der so hochgerühmte alte preußische Beamtenstand hat dabei einen gehörigen Stoß erlitten. Die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses zeigen, daß die preußischen Beamten ebenso wie alle andern Schichten der Besitzenden durch den Inflationsbazillus angefault sind. Höchst unerquickliche Dinge förderten die Verhandlungen zutage, und es zeigte sich, daß die Andeutungen, die letzthin Genosse Levi auch an dieser Stelle machte, nicht völlig unbegründet waren. Unsere Leser ersehen aus dem Bericht über die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses, daß vor allem der frühere Reichskanzler Genosse Bauer, sowie der einstige Vorsitzende der preußischen Landtagsfraktion Genosse Heilmann des öfteren genannt worden sind.

Wir wollen uns für heute ersparen, auf den ganzen Komplex der im Untersuchungsausschuß festgestellten Tatsachen einzugehen, soweit sie Sozialdemokraten betreffen. Aber so viel darf schon heute gesagt werden, daß trotz der Skandale, die sich während der Kriegs- und Inflationszeit in der kapitalistischen Gesellschaft ergaben, kein Sozialdemokrat das Recht dazu herleiten durfte, auch nur einem der Großgewinnler Helfersdienste zu leisten. Nach den Feststellungen des Untersuchungsausschusses ergab sich, daß sowohl Bauer, als auch Gradnauer und Heilmann die Verbindungen zwischen der Seehandlung und Barmat zu knüpfen suchten. Dabei spielt keine Rolle, daß die Beamten der Seehandlung verpflichtet waren, die Kreditwürdigkeit der Barmats von sich aus nachzuprüfen. Kein sozialdemokratischer Funktionär hat das Recht, seinen politischen Einfluß dahingehend zu verwerten, irgendeinem unwürdigen oder selbst auch würdigen Kapitalisten aus der Klemme zu helfen.

Wie bekannt gehören die Barmats der holländischen Sozialdemokratie an. Die Beziehungen wurden geknüpft in der Zeit, als die beiden Richtungen getrennt marschierten. Wir sind daher über die Einzelheiten all der Vorgänge zu wenig unterrichtet, um ein endgültiges Urteil abzugeben. Immerhin ging in diesen Tagen die Nachricht durch die Presse, daß eines der führenden Häupter der holländischen Sozialdemokratie, Genosse Troelstra, dimittionierte. Wir wissen nicht, ob dies im Zusammenhang mit den Barmats steht. Aber wir wünschen und hoffen, daß in der Sozialdemokratischen Partei jene Auffassung wieder Platz greifen möge, die bestanden hat, bevor jede Aktion und jeder Beschluß von „staatspolitischen" Erwägungen aus beeinflußt wurde.

Um den internationalen Achtstundentag

Sch. Genf, 31. Januar. (Eig. Rundfunk.) Albert Thomas, der Vorsitzende des internationalen Arbeitsamtes, ist am Freitagabend nach London abgereist, wo er mit den englischen Gewerkschaften die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens besprechen wird. Ebenso wird er über diese Frage eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Baldwin haben. Man rechnet beim Arbeitsamt mit der Möglichkeit, daß die Ratifizierung durch einen gegenseitigen Kompromißbeschluß der hauptsächlich interessierten Industrieländer bald erfolgen wird.

Berlin, 31. Januar. Im Haushaltausschuß des Reichstages erklärte Arbeitsminister Brauns, daß Deutschland das Washingtoner Abkommen ratifizieren werde, wenn mit den übrigen Staaten eine Verständigung über die Auslegung des Uebereinkommens und demnach über das Maß der Bindung herbeigeführt werde. Inzwischen habe das Reichsarbeitsministerium mit der Vorbereitung der neuen Arbeitszeitgesetzgebung begonnen.

•

Neuer Kurs für die Rheinlandkommission

P. Paris, 31. Januar. (Eig. Drahtb.) In der Sonnabendsitzung der Kammer, die der Einzelberatung des Haushalts des Ministeriums des Auswärtigen galt, interpellierte der sozialistische Abgeordnete Uhry über das Besatzungsregime im Rheinland. Uhry übte schärfste Kritik an der Interalliierten Rheinlandkommission, deren Verwaltung viel zu kostspielig und die selbst von reaktionären Elementen durchsetzt sei. Er verwies vor allem auf die kompromittierende Rolle, die der Vorsitzende der Kommission, Tirard, bei seinem Versuch, die separatistische Bewegung im Rheinland zu unterstützen, gespielt habe. Herriot antwortete darauf, daß er vor kurzem völlig neue Instruktionen an die französischen Delegierten gegeben habe. Die vom Abg. Uhry vorgebrachten Einzelfälle würden einer strengen Nachprüfung unterzogen.

•

Fortschritte der Besatzungsmilderung

Düsseldorf, 30. Januar. (Eig. Drahtb.) Die belgischen Truppen haben nunmehr das Gebiet von Wesel und von Dorsten vollkommen geräumt. Einen weiteren Fortschritt in der „Unsichtbarmachung" der Besatzung des Ruhrgebiets bedeutet der Befehl der französischen Militärbehörden von Bochum, eine größere Anzahl öffentlicher Gebäude der Stadt, die bisher die Besatzungstruppen beschlagnahmt hatten, wieder freizugeben.

•

Ein Schlag für die Rheinschiffahrt

P. Paris, 31. Januar. (Eig. Drahtb.) Ein sowohl für die deutsche Schiffahrt wie für die deutschen Städte am Oberrhein verhängnisvolles Abkommen ist am Freitag zwischen Frankreich und der Schweiz abgeschlossen worden. Der Schweizerische Bundesrat hat damit die bisher verweigerte Zustimmung zur Errichtung des sogenannten Kembskanals, der Basel mit Straßburg verbinden soll, gegeben. Dieser Plan hat bereits zahlreiche internationale Konferenzen beschäftigt, seine Durchführung scheiterte aber am Widerstand Deutschlands, das den Niedergang der deutschen Schiffahrt auf dem Oberrhein durch den Abzug des Wassers des Rheins und eine Stillegung der Kraftwerke am Oberrhein befürchtet. Durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages ist der deutsche Widerstand erledigt worden. Der Oberrhein soll nunmehr sofort, nachdem er das schweizerische Gebiet unterhalb Basel verlassen hat, durch mächtige Schleusen abgesperrt und sein Wasser in den auf elsässischem Boden laufenden Kanal geleitet werden. Der Kanal soll gleichzeitig den Bau eines Großkraftwerkes in Kembs ermöglichen, das das ganze östliche Frankreich mit elektrischer Kraft versorgen soll.

Kommunistische Spielereien

München, 1. Februar. Der hiesigen Polizei ist es gelungen, den Organisator des kommunistischen Ordnungsdienstes, Bezirk Südbayern, in der Person des 32jährigen Monteurs Mayer festzunehmen. Bei Mayer wurde umfangreiches Material gefunden, nach dem die Stärke des Ordnungsdienstes bis jetzt 655 Mann beträgt. Die polizeilichen Ermittlungen über das Wesen dieser Organisation haben ergeben, daß sie als eine kommunistische Schule für den Bürgerkrieg zu betrachten ist. Die KPD. will sich mit dem Ordnungsdienst eine straff organisierte Kerntruppe schaffen, der die Aufgabe zukommt, bei bewaffnetem Aufstand die Führung der Massen zu übernehmen und den Grundstock für eine Rote Armee zu bilden. Dem Ordnungsdienst angegliedert ist ein Nachrichtendienst, ein Ersetzungsdienst, ein Sanitätsdienst und ein Verbindungsdienst. Auf Grund vorgefundenen Materials sind bis jetzt 33 Personen verhaftet worden. Das Reichsgericht in Leipzig wird sich mit der Strafverfolgung befassen.

Konflikt Griechenland—Türkei

R. Athen, 31. Januar. (Eig. Drahtb.) Die Verhältnisse zwischen der Türkei und Griechenland haben sich erneut zugespitzt. In Griechenland herrscht eine sehr gereizte Stimmung gegen die Türkei wegen der Ausweisung der griechischen Landsleute aus dem türkischen Gebiet. Die Ausweisung trifft alle Griechen, die es bisher unterlassen haben, gemäß dem griechisch-türkischen Uebereinkommen über den Austausch der Bevölkerung freiwillig das türkische Territorium zu verlassen. In der Athener Nationalversammlung sind am Sonnabend sehr heftige Ausfälle gegen die Türkei an der Tagesordnung gewesen. Aufsehen erregte die Aeußerung des Ministerpräsidenten Pangalos, daß von der Türkei auf friedlichem Wege überhaupt nichts zu erlangen sei und es gegen die Türkei kein andres Mittel gäbe als die Gewalt der Waffen. Die griechischen Behörden bezeichnen die Lage als außerordentlich ernst.

Am Sonnabend ist auch der griechische Patriarch, das geistliche Oberhaupt der griechisch-katholischen Kirche, aus Konstantinopel ausgewiesen worden. Die Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens haben bereits Protest erhoben.

Was wird in Preußen?

Landtagsauflösung?

Der Sozialdemokratische Pressedienst teilt mit:

Man ist im In- und Ausland schon reichlich daran gewöhnt, daß Regierungskrisen in Deutschland selten eine schnelle Lösung finden. Welch Wunder also, wenn die Bemühungen des neugewählten preußischen Ministerpräsidenten bisher ohne Erfolg geblieben sind und voraussichtlich auch ohne Erfolg bleiben?

Braun hat bereits am Sonnabend mit den Vertretern der Wirtschaftspartei Fühlung genommen und ihnen den Eintritt in die preußische Regierung angeboten. Der Ausgang dieser Besprechungen war vollkommen negativ — negativ nicht etwa aus grundsätzlichen Erwägungen, sondern aus Parteiinteresse. Die Wirtschaftspartei ist ein kleines Gebilde, will aber den Deutschnationalen Konkurrenz machen und ihnen Anhänger abtreiben. Eine Möglichkeit hierzu erblickt sie nur, wenn die Deutschnationalen in der Regierung sitzen, während die Wirtschaftspartei außerhalb der Verantwortung mit weitgehenden Anträgen für den Mittelstand operiert, die selbst für eine Rechtsregierung nicht annehmbar sind.

Von einem ähnlichen Gedankengang läßt sich auch die Deutsche Volkspartei leiten. Sie will die Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung nur, um so zunächst eine Gefahr für die eigene Partei zu bannen und schließlich, um in Gemeinschaft mit den Feinden von vorgestern zur Beruhigung der eigenen Anhänger die Steuergesetze gegen die Arbeiterschaft machen zu können. Infolgedessen versprechen wir uns von den Erörterungen, die der neugewählte preußische Ministerpräsident am Montag mit dem Führer der Volkspartei, v. Campe, führen will, nicht sehr viel. Es ist vielmehr damit zu rechnen, daß es dem Genossen Braun kaum gelingt, eine Regierung mit einer sicheren Mehrheit zu bilden, und da er selbst keine Neigung hat, die Führung einer Minderheitsregierung zu übernehmen, die spätestens innerhalb 14 Tagen wieder gestürzt würde, bleiben nur noch drei Möglichkeiten, die einen Ausweg aus der gegenwärtigen parlamentarischen Lage in Preußen gestatten: Landtagsauflösung, Minderheitsregierung aus Demokraten und Zentrum, oder Rechtsblock.

Die letzte Möglichkeit scheidet unsres Erachtens von vornherein aus, da die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags unter keinen Umständen die Bildung einer Rechtsregierung ermöglichen will. Der Flügel um Hermes und v. Papen, der bereit wäre, mit den Deutschnationalen gemeinsam ein Kabinett zu bilden, befindet sich in einer hoffnungslosen Minderheit, und es ist in Anbetracht der Stimmung innerhalb der Zentrumspartei gar nicht daran zu denken, daß diese Minderheit sich in absehbarer Zeit in eine Mehrheit verwandeln könnte. Das Experiment im Reich ist für die Zentrumspartei Belastung genug — sie vermag eine ähnliche Belastung in Preußen nicht mehr zu ertragen. So bleibt zunächst die von uns in Rechnung gestellte zweite Möglichkeit, also die Bildung einer Regierung aus Zentrum und Demokraten, die sich im Parlament gleichzeitig auf die Sozialdemokratie und die Deutsche Volkspartei stützt. Die Sozialdemokratie vermag einer derartigen Lösung nur ihre Zustimmung zu geben, wenn Gewähr dafür vorhanden ist, daß es sich hier um ein Uebergangskabinett handelt, das in wenigen Wochen von einem Ministerium Braun auf breiter Grundlage abgelöst wird. Eine Regierung aber, die als Uebergang zum Bürgerblock gedacht ist, wird nur auf unsern Kampf, die schärfste Opposition in und außerhalb des Parlaments gefaßt sein müssen.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, ist neben den Demokraten das Zentrum bereit, die von uns geforderte Zusicherung zu geben. Was aber hilft das, wenn das für den vierten Partner nicht auch zutrifft? Jedenfalls ist die Lage äußerst schwierig, so daß die Möglichkeit einer Landtagsauflösung als letzter Rettungsweg nicht ausgeschlossen ist. Die Sozialdemokratie braucht diese Wahlen nicht zu fürchten. Die gehässige Art, wie mit der Barmat-Affäre gegen uns zu Felde gezogen wird, lockt heute kaum noch einen Hund hinter dem Ofen hervor, und gerade die Kommunisten, die glauben, aus dieser Affäre Nutzen ziehen zu können, dürften im Falle eines neuen Appells an das Volk bald eines andern belehrt werden. Schlimmer aber noch wird es den Trägern der Korruption im alten System ergehen, diesen Lügnern und Maulhelden! Rechts der Wilhelmstraße regieren sie heute bereits. Aber fragt mich nicht wie! Die von ihnen früher so oft geforderte Schuldnotze vergilbt weiter in den Archiven des Auswärtigen Amtes, die Aufwertung hat sich inzwischen als ein großer Schwindel offenbart, kaum 24 Stunden nach ihrem Regierungsantritt haben sie all das getan, was sie vorher verleugneten und wodurch sie groß geworden sind. Wohlan, wenn sie einen Wahlkampf wünschen — wir sind bereit!

Leben • Wissen • Kunst

André Chénier

Erstaufführung im Opernhaus

Fritz Busch hat sich des André Chénier von Umberto Giordano sehr liebevoll angenommen. Das bedeutet schon einen Nenner auf der Habenseite der Erfolgbuchung. Und auch die Opernleitung hat ihrerseits alles aufgeboten, was der günstigen Aufnahme eines Werkes nur irgendwie den Boden zu ebnen vermag. So hatte denn André Chénier lebhaften Erfolg. Daß es kein durchschlagender war, lag an der Oper selbst, an ihrem Stoff, seiner Ausbreitung, nicht zum wenigsten an der Musik.

Der Stoff behandelt erdichtete, aber mögliche Vorgänge aus der Französischen Revolution — ein Stoffgebiet, das, wie es scheint, der opernmäßigen Verarbeitung nicht sonderlich günstig liegt. Wenigstens haben uns d'Albert mit der Bluthochzeit und Mascagni mit dem Kleinen Marat den Geschmack daran verleidet. Bei einem Feste, das im Hause einer Gräfin-Mutter stattfindet, verliebt sich der Poet André Chénier in das Gräfin-Fräulein Madeleine, das diese Zuneigung erwidert. Auch der gräfliche Lakai Gérard liebt Madeleine, jedoch nur in stiller Ergebenheit. Das Fest, bei dem man fleißig Gavotte tanzt, wird plötzlich vom Roten Schrecken gestört: eine Horde Revolutionäre dringt ein, denen sich Gérard als Anführer zugesellt und mit ihr das gräfliche Haus verläßt. Das ist das erste der vier Bilder. Im zweiten ist ein Pariser Straßenwinkel zu sehen, in dem sich Chénier und Madeleine ein Stelldichein geben. Gérard eilt herbei. Die beiden Männer gehen mit dem Degen aufeinander los, Gérard wird verwundet, verrät aber seinen herbeieilenden Genossen nicht den Namen dessen, mit dem er im Kampf gelegen. Im dritten Bilde tagt das Tribunal, das — wieso es dazukam, ist nicht ersichtlich — einen „Fall Chénier" kennt und darüber verhandelt. Madeleine bietet sich Gérard als Opfer für den Geliebten dar; aber Gérard lehnt es ab und widerruft sogar die Anklage gegen Chénier. Im letzten Bild — dem besten — sieht man Madeleine, die sich unter falschem Namen selbst ins Gefängnis gebracht hat, um vereint mit Chénier den Karren zu besteigen, der sie und den Geliebten zum Schafott bringen wird. Illica, der Textdichter von Tosca, ist der Librettist von André Chénier. Es ist zweifellos ein Buch, an dem auch Stärkere als Umberto Giordano hätten scheitern können. Gewiß, es gibt Gelegenheit, theatermäßige Wirkungen zugespitzt zu sehen. Aber alle vorhandenen Konflikte zwieseln auseinander, zerfasern sich und ihre einzelnen, herumflatternden Fäden werden zum Teil auf lächerliche Weise wieder neu aufgespult. Und die wenigen Entfaltungspunkte, die sich hier dem Musiker — ich sage nicht: dem Tondichter — bieten, sind in Nichtigkeiten verzettelt, die wir heute zwar noch hinnehmen, aber nicht mehr werten.

André Chénier ist eine Schwesteroper der Cavalleria rusticana (Bauernehre). Beide standen in Wettbewerb um eine preiszukrönende Oper, den der Mailänder Großverlag Sonzogno 1890 ins Werk setzte. Die Cavalleria siegte, aber Giordanos Chénier kam immerhin an sechste Stelle, d. h. der kaufmännische Verlag traute sich mit dem Chénier noch ein Geschäft zu machen. In der Tat ist die Oper viel gespielt worden und wird auch heute noch, besonders in Italien, häufig aufgeführt. Ihre Musik ist erfüllt von der Verismik der Zeit um 1890, liebenswürdig, aber auch nüchtern und ohne den hinreißender, naturwüchsigen Schwung, wie er sich in der diese Epoche begründenden Cavalleria ausdrückte. Kurz, der André Chénier bedeutet für die Dresdner Oper nicht mehr als die Aufnahme eines alten Ladenhüters des Verlags Sonzogno.

Tino Pattiera, stimmlich nicht ganz frei, stand für die Titelrolle ein, die ihm nur im letzten Bilde, und da auch nur in geringem Maße, Gelegenheit zu einiger gesanglicher und darstellerischer Entfaltung geben konnte. Als Madeleine war Meta Seinemeyer von stärkstem Gewicht in diesem schwachen Drama; sie zeichnete charakteristisch, war ganz liebendes und sich in Liebe aufgebendes Weib, und ihre Stimme klang trotz leiser Ueberreizung süß und heldenhaft auf. Plaschke gab den Gérard, dessen unklar vorgezeichnete Charakterzüge er freilich auch nicht zu verdecken vermochte, denen er jedoch mit der Schönheit und Eindringlichkeit gesanglichen Könnens aushalf. Vortrefflich im Drama, wenngleich an zweiter Stelle, standen Helene Jung (Gräfin Coigny), Elfriede Haberkorn als alte Mutter Madelon, Hans Lange als Revolutionsbandy und Ermold als Sansculotte, weiter noch Adelma v. Tintz, Schoepflin, Schmalnauer und Enbisch. Die Besetzung der übrigen dreizehn Rollen — darunter sogar Robespiere — ist belanglos. Pembaur hatte einen im ersten Akt wirkenden und sehr netten Chor aufs beste einstudiert — eine der erfreulichsten Gaben der Vorstellung. Hasait und Pölz stellte die vier Bühnenbilder, von denen jedes mit Blick für Theaterwirkung geschaut ist, und der trachtenkundige Fanto hatte für zeitechte wirkungsvolle Kostüme gesorgt. All das vereinigte Georg Toller in gelungener Regieführung, mit der er selbst die übergroßen Schwächen des Stückes geschickt zu überdecken vermochte.

P. B.

Konzert

Jubiläumskonzert des Musikpädagogischen Vereins. Unter außerordentlich starker Teilnahme beging man im großen Logenhausfaale das Fest des vierzigjährigen Bestehens des Musikpädagogischen Vereins durch ein eigenartig fesselndes Konzert. Man verknüpfte nämlich damit die Feier des 70. Geburtstages seines Ehrenvorsitzenden, Prof. Bertrand Roth, indem man das Programm des Festkonzerts nur aus Kompositionen Roths auswählte. Nicht weniger als 18 besonders ausgesuchte Studierende der bekanntesten Dresdner Musikpädagogen traten mit Klavier-, Violin- und Gesangsstücken aus der Feder dieses um die Förderung des Dresdner Musiklebens so verdienten Liszt-Schülers hervor. Das Beste hat Roth, wie es bei einem Klaviermeister eigentlich natürlich ist, auf dem Gebiete der Klavierkomposition geschaffen. Man freute sich, zu erfahren, daß ein größerer Teil der Werke gedruckt vorliegt. Die Zuhörerschaft ließ es an lauter Anerkennung für Komponisten und Ausführende mit Recht nicht fehlen. Vor dem Konzert sprach der Vorsitzende, Prof. Walter Petzet warme Worte der Begrüßung und des Dankes an Roth, an Prof. Gustav Schumann, der für jahrzehntelange Kassenführung durch Ernennung zum Ehrenmitglied ausgezeichnet wurde, und an Herrn und Frau Prof. Urbach, die Vorbereiter des in allen seinen Teilen — dem Konzert folgte noch ein gemeinsames Essen mit zahlreichen Ansprachen und künstlerischen Darbietungen bekannter hiesiger Musiker — glänzend verlaufenen Festes. Zu Ehrenmitgliedern wurden neu ernannt: die Pianisten: Prof. Max v. Pauer und Prof. Walter Petzet.

Kr.

Vom Vortragstisch

Vortrag Kiesau. Der Name des Staatstheater-Regisseurs Georg Kiesau hatte am Sonnabend eine saalfüllende Zuhörerschaft in Richters Kunstsalon gelockt. Ein Vortrag über Regiekunst war zu erwarten, das Bekenntnis eines Mannes, der im ersten Theater des Landes eine erste Rolle innehat. Doch hielt sich Kiesau von Vortrag und Bekenntnis fern. Er las hastig und ohne stärkere persönliche Note einen Dialog vor, ein zwieredriges Feuilleton über Theater und Spielleitung. Eine überwältigende Fülle von unwahrscheinlichen und wahrscheinlichen Fremdwörtern, von Gedanken und Gegengedanken, von Aphorismen, Andeutungen, Paradoxen und Kühnheiten, sehr kunstreich und bewußt in der Fassung, sicherlich für keinen noch so aufmerksamen angespannten Intellekt sofort durchdringbar, also auch kaum fruch-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19250202/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Wohnungsfrage und Wohlfahrtspflege

Die Kreditgeschäfte der Wohnstätten A.-G.

Im Haushaltausschuß des Reichstags wurde am Sonnabend bei der Weiterberatung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums zunächst eine Entschließung Bohm-Schuch (Soz.) angenommen, in der die Reichsregierung ersucht wird, dafür Sorge zu tragen, daß zur Durchführung der Aufgaben der Betriebsräte geeignete Kräfte aus der Arbeitnehmerschaft herangebildet werden, und daß die hierfür bestehenden Einrichtungen aus Reichsmitteln so unterstützt werden, daß die Erfüllung ihrer Aufgaben möglich ist. Für das Schlichtungswesen und die Arbeitsgerichtsbarkeit wurden für 1925 insgesamt 2 Millionen Mark bewilligt.

Bei Erörterung des Wohnungs- und Siedlungswesens machte Reichsarbeitsminister Dr. Brauns auf Anfrage des Abg. Hoch (Soz.) über die Angelegenheit der Wohnstätten-G. m. b. H. folgende Mitteilungen: Die Wohnstätten-G. m. b. H. sei im Herbst 1921 unter Beteiligung der Reichsbank gegründet worden. Ihr wesentlicher Zweck war der Bau von Siedlungswohnungen für Beamte. Die Gesellschaft hat bis jetzt etwa 1200 Wohnungen so gut wie fertig gebaut. Ende 1923 verfügte die Wohnstätten-G. m. b. H. über flüssige Mittel in Höhe von etlichen 100 000 Goldmark. Diese Gelder konnten damals nach den Angaben der beiden Geschäftsführer, Regierungsrat Bretischneider und Regierungsrat Dr. Mengel, wegen ungünstiger Witterung und Bauarbeiterstreik für Bauzwecke nicht in Anspruch genommen werden. Um sie möglichst nutzbringend für eine kurze Uebergangszeit bis zum Wiederbeginn der Bauperiode anzulegen, ließen die beiden Geschäftsführer im Februar 1924 die Gelder gegen einen Monatszins von 1 Prozent der Trianon-Film A.-G. Als die Wohnstätten-G. m. b. H. bei Wiederbeginn der Bauperiode ihr Darlehen, das Ende April 1924 etwa eine Million Goldmark betrug, zurückhaben wollte, war die Filmgesellschaft zur Rückzahlung nicht in der Lage. Um das hergegebene Geld zu retten, schoß die Wohnstätten-G. m. b. H. immer weiteres Geld zu. Zur Sicherheit wurden auf das Grundeigentum der Trianon-Film A.-G. Sicherungshypotheken eingetragen, außerdem der gesamte Besitz der Filmgesellschaft verpfändet. Ende Mai 1924 legte der Geschäftsführer Mengel seine Stellung nieder. Anfang September 1924 machte der Geschäftsführer Bretischneider nach seiner Angabe dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Geheimrat Dr. Glaß, von dem Kreditgeschäft die erste Mitteilung. Auch Geheimrat Glaß wurde von der Filmgesellschaft vor die Alternative gestellt, entweder weiteres Geld bis zur endgültigen Fertigstellung aller begonnenen Filme und Organisationsarbeiten zu leihen oder einen großen Teil des bisher geliehenen Geldes zu verlieren. Er hielt es kaufmännisch für richtig, weiteres Geld zu geben. Mitte Dezember 1924 betrug die Darlehenshöhe rund 3½ Millionen Goldmark. Erst im Januar 1925 bekam das Ministerium die erste Kenntnis von der ganzen Angelegenheit. Es wurde sofort gegen die drei beteiligten Beamten ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Bisher ergab die Voruntersuchung keine Anhaltspunkte dafür, daß einer der drei beteiligten Beamten aus Anlaß des Darlehensgeschäfts mittelbar oder unmittelbar finanzielle oder sonstige Vorteile gezogen habe. Die drei Beamten haben aber ihre Beamtenpflicht gröblich dadurch verletzt, daß sie öffentliche, für den Wohnungsbau bestimmte Mittel in ein Filmunternehmen gesteckt haben. Die Beamten sind sofort von ihren Dienstleistungen im Ministerium enthoben worden. Bretischneider ist schon seit dem 1. Juni 1924 bei der Reichsarbeitsverwaltung abgebaut. Das Vermögen der Wohnstätten-G. m. b. H. beträgt jetzt etwa 13¾ Millionen Goldmark. Dabei sind die Guthaben der Trianon-Film A.-G. nicht berücksichtigt.

Angenommen wurde eine Entschließung, worin die Reichsregierung ersucht wird, im Benehmen mit den Landesregierungen

1. eine Denkschrift über Wohnungsnot und Wohnungsneubau im Deutschen Reich aufzustellen und dem Reichstag vorzulegen. Die Denkschrift soll sich insbesondere über folgende Punkte aussprechen: 1. Wohnungsverhältnisse während und nach dem Kriege, Wohnungsnachfrage, Wohnungsangebot. 2. Leistungen des Reiches und der Länder zur Behebung der Wohnungsnot. 3. Der heutige Gesamtbedarf an Wohnungen und Aussichten der Bautätigkeit. 4. Vorschläge für Maßnahmen zur Beseitigung der Wohnungsnot.

2. Eine Denkschrift über das ländliche Siedlungswesen unter Berücksichtigung der Leistungen in den Ländern und Gemeinden, insbesondere über Neu-, Anlieger-, Flüchtlings-, Oedlands- und Beamtensiedlung, dem Reichstag vorzulegen.

Für die Unterstützung allgemeiner Einrichtungen der Arbeiterfürsorge, Erwerbsbeschränkte, Altersversorgungen und Verschickung von Kindern der Kriegsbeschädigten usw. wurden statt 4 Millionen Mark auf Antrag von Frau Schröder (Soz.) und Frau Teusch (Zentr.) 8 Millionen Mark bewilligt.

Für die private Wohlfahrtspflege waren für 1925 insgesamt 6 Millionen Mark veranschlagt veranschlagt. Abg. Frau Schröder (Soz.) erklärte, daß die Sozialdemokratie grundsätzlich gegen den Zuschuß aus Reichsmitteln für die private Wohlfahrtspflege ist, weil sie es im Interesse der Notleidenden für richtiger hält, die Ansprüche bei öffentlichen Einrichtungen geltend zu machen. Sie erkannte aber an, daß gegenwärtig die privaten Anstalten noch an den Folgen der Inflation leiden, weil Neuanschaffungen an Wäsche usw. unmöglich waren und darum die Bestände jetzt neu aufgefüllt werden müßten. Das Reichsarbeitsministerium soll mit den Spitzenorganisationen beraten, wie die private Wohlfahrtspflege ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel tragfähig gemacht werden kann. Es soll dabei geprüft werden, wieweit die Arbeitsverhältnisse in den Anstalten an der hohen Erkrankungsziffer der Mutterhausschwestern schuld sind. Dieser Antrag der Sozialdemokraten wurde angenommen.

Bei der Beratung über den Haushalt des Reichsversicherungsamts wurde ein Antrag angenommen, daß 115 Millionen Mark für die Beteiligung des Reiches an der Aufwertung von Renten der Invalidenversicherung bewilligt werden.

Ein Antrag des Abg. Giebel (Soz.) ersuchte das Reichsarbeitsministerium, beschleunigt einen Gesetzentwurf zur Reichsversicherungsordnung vorzulegen, durch den insbesondere folgende Aenderungen herbeigeführt werden: 1. Die Aufsichtsbefugnisse der Versicherungsbehörden sind auf den früheren Umfang einzuschränken; 2. der Krankenversicherungspflicht sind die in der Seeschiffahrt Beschäftigten zu unterstellen; 3. auch die Beamten sind in die Krankenversicherungspflicht einzubeziehen; 4. Einführung der Familienfürsorge als Pflichtleistung der Krankenversicherung; 5. Erweiterung der Gemeinlast in der Krankenversicherung; 6. strengere Durchführung des Gesetzes zur Erhaltung leistungsfähiger Krankenkassen; 7. für die Beschwerde aus den Dienstordnungsvorschriften der Reichsversicherungsordnung ist als letzte Instanz das Reichsversicherungsamt einzufügen. Der Haushaltausschuß beschloß, dem Plenum des Reichstages zu empfehlen, diesen Antrag dem sozialpolitischen Ausschuß zu überweisen. — Bei Beratung des Haushalts der Reichsarbeitsverwaltung wurden für die Unterhaltung der ständigen Ausstellungen für Arbeiterwohlfahrt 25 580 Reichsmark bewilligt. Schließlich wurde ein Antrag Schröder (Soz.) angenommen, die Reichsregierung möge umgehend dem Reichstag den Entwurf eines Hausgehilfengesetzes vorlegen.

Unangenehme Fragen

Generalversammlungen verlaufen im allgemeinen nüchtern und trocken. Eine Ausnahme machte allerdings die Generalversammlung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG.), die am Donnerstag stattfand. Durch Teilnehmer der Versammlung, unter denen sich auch Vertreter der Arbeiterschaft befanden, wurden Fragen an die Leitung der Versammlung gestellt, die nicht alltäglich sind. So erkundigte sich z. B. ein Aktionär über die Guthaben der AEG. in England und Amerika. Damit ist eine Frage angeschnitten worden, die für die Beurteilung der Vermögenslage der deutschen großen Konzerne von weitestgehender Bedeutung ist. Dementsprechend fiel auch die Antwort der Versammlungsleitung aus, die darauf hinwies, „daß die AEG. keine Guthaben in Amerika und England besitzt, aus deren Freigabe ein Vermögenszuwachs zu erwarten wäre". Mit der Antwort kann man natürlich kaum etwas anfangen. Aber sie dürfte immerhin eine Anregung sein, einmal über die Auslandskapitalien der deutschen Erwerbsgesellschaften bzw. über die Rückwanderung deutschen Kapitals nach Deutschland infolge der Rentenmarkverhältnisse eine volkswirtschaftliche Bilanz aufzumachen. Eine solche Bilanz, die in anderen Staaten möglich ist, und auch für das Vorkriegsdeutschland existiert hat, dürfte nicht nur in bezug auf die Durchsichtigkeit der Wirtschaft, sondern auch politisch von größter Tragweite sein. Vorläufig verschanzt man sich immer hinter der Behauptung, daß eine solche Bilanz nicht möglich wäre. Dem können wir uns nicht anschließen, da das Reichsstatistische Amt und der Reichsverband der deutschen Industrie doch sicherlich auch das fertigbringen können, was andere Institute und Verbände in Amerika, England usw. leisten.

Eine weitere interessante Frage schnitt ein Versammlungsteilnehmer an, der wahrscheinlich Delegierter der Arbeiterschaft war. Er fragte nach den von der AEG. gezahlten Durchschnittslöhnen während des Jahres 1924. Darauf wurde die Antwort gegeben, daß die Löhne der AEG. die Vorkriegshöhe erreicht haben. Wir erlauben uns, diese Bemerkung zu bezweifeln, die besonders in Hinsicht auf die hohen und noch immer steigenden Warenpreise wenig Wahrscheinlichkeit hat.

In einem volkswirtschaftlichen Exposé führte der bekannte AEG.-Mann Dr. Deutsch aus, daß die elektrotechnische Industrie eine kräftige Belebung erfahren hat. Produktionstechnisch wandte er sich gegen die Bandtechnik mit der Behauptung, daß für eine Imitation des Ford-Systems in Deutschland nicht der genügende Warenmarkt vorhanden ist. Dieses Urteil scheint in hohem Maße berechtigt, trotz den günstigen Erfolgen, die u. a. die Deutschen Werke A.-G. mit der Bandtechnik erzielt hat. Im übrigen befürwortete Deutsch eine Verbilligung der Produktion durch weitere Konzentration. Wo eine Vertrustung nicht möglich sei, müsse unbedingt zu Produktionsgemeinschaften gegriffen werden. Die Ausführungen Deutschs werden wahrscheinlich für die Neugliederung der deutschen Industrie programmatischen Wert haben.

Der Ueberschuß aus dem Rechnungsjahr 1923/24 in Höhe von rund 7,2 Millionen Mark wurde zur Ausschüttung einer Dividende von 5 Proz. benutzt. Mit dem Dividendensegen waren einige Aktionäre nicht einverstanden. Sie argumentierten mit ganz kitzlichen Fragen, z. B. forderte einer, und wir können dieser Forderung nur beitreten, eine größere Offenlegung der gezahlten Aufsichtsrats-Tantiemen. Ein anderer Aktionär konnte es sich nicht verkneifen, auf die riesigen stillen Reserven der AEG. hinzuweisen.

Nationalistischer Knoblauch

SPD. Berlin, 2. Februar. (Eig. Rundfunk.) Die Berliner Mittagspost meldet aus Halle: Vor einigen Tagen war in Aschersleben Baron v. Forstener wegen Vergehens gegen § 175 des Strafgesetzbuches (homosexueller Verkehr) verhaftet worden. Da sein Schwiegervater aber Kaution stellen konnte, wurde Forstener wieder auf freien Fuß gesetzt. Einer der engsten Freunde Forsteners ist der in Halle sehr bekannte nationalistische Führer Pastor Knoblauch, der sich besonders in Stahlhelmkreisen großer Beliebtheit erfreute. Pastor Knoblauch ist nun aus dem gleichen Grunde verhaftet worden. Er war auch in den Kreisen der Halleschen „Gesellschaft" eine überaus beliebte Persönlichkeit und wurde überall als „berufener Erzieher der Jugend" angesehen. Knoblauchs Verhaftung erregt daher ungeheures Aufsehen. Ein besonders schwerer Schlag ist die Verhaftung für die rechtsradikalen Kreise. Zu jeder Fahnenweihe, zu allen Veranstaltungen rechtsradikaler Verbände ist der Oberpfarrer Knoblauch, der an der Marktkirche amtierte, hinzugezogen worden, da er eine glänzende Rednergabe besaß.

Kleine politische Nachrichten

Von Trotzki zu Frunse

Moskau, 31. Januar. (Eig. Rundfunk.) Zum Nachfolger Trotzkis als Volkskommissar für Krieg und Marine ist, wie das Zentralexekutivkomitee der Sowjetunion bekannt gibt, General Frunse ernannt worden. Frunse hatte die eigentliche Leitung dieses Amtes schon seit längerer Zeit inne. Der neue Volkskommissar stammt aus Bessarabien und kommt aus dem Bauerntum. Frunse hat keinen Funken Genialität in sich, aber er ist „zuverlässig" — als Werkzeug Sinowjews.

Die Sozialisten fordern Frauenstimmrecht

Fontanier, der sozialistische Kammerabgeordnete aus dem Cantal-Departement, hat im Namen der Fraktion einen Gesetzentwurf eingereicht, der dahin zielt, den Frauen für die Gemeinderats- und Kantonswahlen von 1925 das aktive und passive Wahlrecht zu verleihen.

Die Aventin-Opposition steht fest

E. Rom, 30. Januar. (Eig. Rundfunk.) Ein parlamentarischer Ausschuß der Aventin-Opposition (die sich von den Kammerverhandlungen demonstrativ fernhält) einschließlich der Popolari, stellte einstimmig fest, daß die Haltung des Aventins gegenüber Regierung und Kammer unverändert ist. Die Wünsche der Popolari für einen konstitutionellen Bürgerblock kämen erst in Betracht, wenn keine faschistische Regierung mehr am Ruder ist.

Mord an dem Aufstandsführer

Skutari, 28. Januar. Der Präsident des albanischen Aufstandskomitees, Zia-Bei, ist in Tirana ermordet worden. Der Mörder wurde ergriffen, konnte sich jedoch losreißen und wurde dann auf der Flucht erschossen.

Aus aller Welt

Der Flug nach dem Mount Everest

Die Daily Mail veröffentlicht ein Telegramm des bekannten Fliegers Allan Cobham, der seinen Flug ins Gebiet des Mount Everest beschreibt. Cobham flog zuerst 280 Meilen von Kalkutta nach Jalpaiguri, wo die Nacht hereinbrach. Am nächsten Morgen entfernte er alle überflüssigen Ausrüstungsgegenstände aus dem Flugzeug, um den Apparat so leicht wie möglich zu machen. Im Morgennebel stieg er auf und schraubte sich immer höher. „Nach wenigen Minuten", so berichtet er, „kamen die Berge in Sicht. Wir nahmen Richtung auf den Kinchingunga, der 28 000 Fuß hoch ist, und im Nordwesten sahen wir die Mount-Everest-Gruppe. In einer Höhe von 12 000 Fuß bemerkte ich die ersten Schwierigkeiten und stellte fest, daß die Maschine nicht mehr steigen wollte. In dieser Lage konnte ich natürlich nicht wagen, die Berge zu überfliegen. Später gelang es uns, bis auf 17 000 Fuß zu steigen. In dieser Höhe wurde uns das Atmen sehr schwer. Der Mount Everest war deutlich zu sehen und schien nur noch wenige Meilen entfernt zu sein. Die Luft war in Höhe von 17 000 Fuß ganz warm; als wir tiefer gingen, wurde es allmählich kälter, und bei 12 000 Fuß war es eiskalt. Der Flug hat mir bewiesen, daß man mit dem richtigen Flugzeugtyp die ganze Himalajakette überfliegen und photographisch aufnehmen kann. Nach dreistündigem Flug kehrten wir nach Jalpaiguri und dann weiter nach Kalkutta zurück.

Ein neuer Spritschieber verhaftet

In Magdeburg wurde der Kaufmann und Geschäftsführer der Spiritusfabrik Obergitter, Gustav Schitt, der zugleich in Baden mehrere Spiritusunternehmungen leitet, verhaftet und in das Polizeigefängnis übergeführt. In unterrichteten Kreisen vermutet man, daß die Verhaftung mit der Angelegenheit Weber-Koch zusammenhängt. Wie verlautet, hat ein badisches Finanzamt das Strafverfahren gegen Schitt wegen Steuerhinterziehung beantragt, und zwar heißt es, daß er in ähnlicher Form wie die geschlossenen Betriebe des Weber-Konzerns vorgegangen sein soll. Genaueres wird erst die amtliche Untersuchung bringen. Auf Befragen erklärte Schitt, Kopp kenne er überhaupt nicht, aber Weber sei ihm flüchtig bekannt. Auch habe er für 3,80 M. Sprit nach Holland verkauft, aber der Sprit sei nicht vollprozentig gewesen.

Zürich—Teheran. Der auf einem Fluge nach Persien befindliche schweizerische Flieger Mittelholzer ist in Teheran angekommen. Der 6000 Kilometer lange Flug Zürich—Persien ist damit glücklich beendet. Das Junkers-Metallflugzeug hat sich auch bei diesem Fluge bestens bewährt. Mittelholzer wird nunmehr die Frage der Flugzeuglinien für den internationalen Handelsverkehr mit Persien studieren.

Eine dementierte Sensationsmeldung. Reuter meldet aus Lissabon: In bezug auf die sensationellen Nachrichten, die vor einigen Tagen meldeten, daß eine Insel an der Küste von Portugiesisch-Westafrika untergegangen sei, stellt der portugiesische Kolonialminister fest, daß sich nichts Wesentliches ereignet habe. Nur eine Sandbank, die etwa 100 Meter lang ist, ist untergegangen. Die Sandbank ist unbewohnt gewesen, und es sind daher keine Opfer zu verzeichnen.

Amtliche Berliner Produkten-Notierungen

vom 31. Januar

Weizen, märk. 263—268 (267—278), Roggen, märk. 260 bis 265 (266—270), Gerste, Braus 270—296 (275—305), Gerste, Futter- 225—246 (230—250), Hafer, märk. 190—199 (194—2 3), Weizenmehl 36,00—38,75 (36,50—39,25), Roggenmehl 36,00—38,50 (36,25—39,25), Viktoria-Erbsen 29,00—35,00 (29,00—35,00). Die Ziffern in Klammern bedeuten Vortag.

Wasserstände der Moldau, Eger und Elbe

	Pegel	31. 1.	1. 2.	
Moldau	Kamaik	— 2	+ 5	
Moldau	Modran	— 39	— 44	
Eger	Laun	+ 18	+ 105	Eis
Elbe	Nimburg	+ 1	+ 30	
Elbe	Brandeis	— 13	— 2	
Elbe	Melnik	— 64	— 50	
Elbe	Leitmeritz	— 54	— 26	
Elbe	Aussig	— 80	— 16	
Elbe	Tetschen	—170	—159	

bar, doch streckenweise durchaus „anregend", wurde glitzernd geboten. Zitate aus Platen und Hölderlin, Flaubert und Pythagoras, Spranger und Kierkegaard, Huysmans und zwei Dutzend anderen Männern aller Zeiten und Zonen in mehreren Sprachen bildeten den eigentlichen Inhalt; der spielend geistreiche Verfasser selber aber hielt sich zurück! Selten nahm er auch nur Bezug auf aktuelle und lebendige Fragen. Und tat er es, dann vom Standpunkt des uninteressierten Sozial- und Kunstwissenschaftlers aus. Dennoch trat seine eigenste Einstellung charakteristisch hervor, wenn er Erscheinungen von der Art des Expressionismus und gewisser neuerer Inszenierungsstile als „Moden" mehrfach bespöttelte. Das klingt zunächst recht überlegen, in Wahrheit aber ist es abgründig falsch! Nur wer, wurzellos im Leben, das immer ein heutiges und zeitliches bleibt, die Kunst als eine Sphäre zeitloser Bemühung mißversteht und sie damit ihren stärksten Impulsen entfremdet, kann so sprechen. Nichts geschieht, noch entsteht echte Kunst jenseit alles Heute; sie erwächst echt und groß, wenn sie aus dem Heute, welches das Leben spendet, emporsteigt ins Zeitlose. Nicht „Mode", die es nur gibt, wo gesellschaftliche Schichten sich voneinander willentlich abheben, und die längst zur Industrie-Angelegenheit geworden ist, nicht dieses absolut mißverstandene Schlagwort paßt auf die vielen Richtungen von Methode, Stil und Gesinnung, die in neuer Zeit nach- und nebeneinander auftauchten; viele von ihnen sind vielmehr vollkommen echter Ausdruck bewegter, im Zeitlichen wurzelnder, gemäß dem rapiden Tempo der Zeit sich entwickelnder Persönlichkeiten. Dieses aber blieb freilich Kiesau verborgen; wissentlich oder unwissentlich wurde er zum Verteidiger traditional-lebensarmer Zeitlosigkeits-Kunst, da er nur das Kriterium der Erbtzheit kennt, nicht das des persönlichen, schöpferischen Eigenausdrucks; aus einem rein theoretischen Skeptizismus heraus gelangt er zu einem unper önlichen Allerlei-Gelten lassen, das in der Wurzel schon unschöpferisch ist; in seiner Atmosphäre, wo alle Philosophien und Theorien einander unverbindlich treffen, um das Gerücht des Geistes hervorzubringen, gibt es hundert Kanns, aber kein Muß. Dieser Eindruck heftete zuletzt, nachdem die übermüdete Aufmerksamkeit drei Viertel der Ueberfülle wieder verloren hatte, und in dem Feuilletonisten-Philosophen Kiesau erkannte man den Regisseur Kiesau wieder, der alles zu können und kaum etwas zu müssen scheint. Von allem sprach und wußte er, nur von dem Theaterkünstler nicht, der schafft, was nur er, gerade er, er als Mensch von heute und hier, er ganz allein und aus seinem eigenen einzigen Schöpferwillen heraus schaffen muß. ws

Dresdner Kalender

Theater am 3. Februar. Opernhaus: Anrechtsreihe B: André Chénier (7½). — Schauspielhaus: Anrechtsreihe A: Lucifer (7½). Volksbühne Nr. 1068 bis 1096. — Neustädter Schauspielhaus: Das Tanzmärchen von Mary Wigman (8). — Residenz-Theater: Gräfin Mariza (7½). — Neues Theater (Kaufmannschaft): Donna Diana (7½). Volksbühne Nr. 1891 bis 1540 und 10861 bis 10891. — Zentral-Theater: Gastspiel Fritzi Massary: Madame Pompadour (7½). — Theater am Wasaplatz: Im Café Noblesse (8¼).

Neues Theater. Das Neue Theater hat Theodor Becker, ehemals Mitglied des Staatstheaters, zu einem kurzen Gastspiel verpflichtet, das Ende Februar stattfinden wird.

Heimatschutzvorträge. Da Ermold und Lange beruflich verhindert sind, den zugesagten Abend Dienstag (8) im Vereinshaus zu veranstalten, hat sich Kammersänger Burg bereit erklärt, an diesem Tage mit einem Liederabend einzuspringen. Am Blüthner-Flügel begleitet Chitz. Karten — nur für Mitglieder — zu 3 M. (unnumeriert), zu 6 M. (numeriert), gültig für diesen und die noch folgenden vier Vorträge im Heimatschutz, Schießgasse 24, und an der Abendkasse.

Ausstellung Dresdner Volksschulwesen 1919—1924 im Heimatkundlichen Schulmuseum des Dresdner Lehrervereins, Sedanstraße 19, Hh. 8. Mittwoch, 4½ Uhr, spricht Fräulein Nadelarbeitslehrerin Krumbiegel über: Neuzeitlichen Nadelarbeitsunterricht und Herr Lehrer Hennig über: Geschmacksbildung. Der Zutritt steht jedem Erwachsenen frei. Die Gruppe der Nadelarbeiten steht an diesem Tage letztmalig der Besichtigung offen.

Staatliche Gemäldegalerie im Zwinger. Mittwoch, pünktlich 10 Uhr, 4. Führung der Vortragsreihe: Dr. Pevsner: Holländische und flämische Schulen des 17. Jahrhunderts. Treffpunkt in der Haupteingangshalle. Eintrittspreis 50 Pf. Führung unentgeltlich. Karten in beschränkter Anzahl (etwa 50 Stück), sind in der Kanzlei der Gemäldegalerie erhältlich.

Verein für Völkerkunde. Dienstag den 3. Februar, abends 8 Uhr, in der Aula des Lehrerinnenseminars, Marschnerstraße 10, Vortrag des Herrn Dr. H. Pitschke: Das Zeitalter der Weltumsegelungsfahrten und die Völkerkunde (mit Lichtbildern). Gäste willkommen.

Ausschuß für Arbeiterwohlfahrt, Dresden. Jochanstschutz Kinderschutzkommission. Neustadt: Mittwoch nachmittag Spieltag im Jugendheim. Stellen der Kinder, 3 Uhr, Bischofsplatz. — Johannstadt: Mittwoch Wanderung für Kinder von 10 Jahren an. Stellen 2½ Uhr, Sachsenplatz. — Striesen: Mittwoch Spieltag. Stellen der Kinder 2½ Uhr, am Pohlandplatz. — Gorbitz: Mittwoch Zusammenkunft von 2—5 Uhr in der Schule Niedergorbitz. — Die Bogen für die Erholungspflege müssen schnellstens eingesandt werden, da in manchen Schulen die Untersuchungen beginnen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19250202/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Unserm lieben Genossen, dem Bürgermeister Hermann Wallrath, und seiner lieben Frau zu ihrem

25jährigen Ehejubiläum die herzlichsten Glückwünsche

SPD. Ortsgruppe Klingenberg.
Gemeinschaft proletr. Freidenker Ortsgruppe Klingenberg.
Freie Turnerschaft Klingenberg. [b536

Dank

Für die herzliche Teilnahme sowie den reichen Blumenschmuck und die Kranzspenden beim Heimgange meines lieben Mannes, unseres unvergeßlichen Vaters, Schwiegersohnes, Schwagers und Onkels

Friedrich Kraemer

sagen wir allen Verwandten und Bekannten, den Hausbewohnern und allen Kollegen für die überaus reiche Ehrung zur letzten Ruhe den herzlichsten Dank. Vielen Dank auch der Direktion der Firma Gebr. Seck und dem Pastor Heinemann für die trostreichen Worte.

Dresden-Löbtau, Burgkstraße 11.

w 72] **Die trauernde Gattin und Kinder.**

SPD. Gruppe 7, Dresden-A.

Unsern Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere Genossin, Frau

Rosa Schulze, Burkhardtstr. 5

am 28. Januar plötzlich verstorben ist. Sie war Mitglied unserer Beerdigungsversicherungskasse. Ehre ihrem Andenken!

Der Vorstand der Gruppe 7.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Anteilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Gattin, unserer guten Mutter

Frau **Rosa Schulze**

sprechen wir allen Verwandten, Bekannten, Nachbarn und Hausbewohnern unsern herzlichsten Dank aus. [b 1635

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bauschlosser,

24 Jahre, sucht Stellung. Geldtger ist auch im Anschlagen bewandert.

Loschwitz, Grundstr. 51

Wohnungstausch!

Biete schöne Wohnung, Stube, Kammer, Küche, 1. Etage, in Ebersbach bei Zittau. Miete 7 M monatlich gegen gleiche in Dresden. Umzug wird vergütet. Zu erfragen in Striesen, Fidelistraße 9, im Geschäft [b1637

Trauringe

Paar von 12 M an massiv 333 Gold

Uhren u. Goldwaren

Ed. Rudolph

Wettinerstraße 50

Öffentliche Brennholz-Versteigerung

Freitag den 6. Februar 1925, von nachmittags 2 Uhr an, im **Gasthof zum Hirsch** in **Ottendorf-Okrilla** [b241

von reichlich 30 rm gerückten kief. Knüppeln und Ästen im Abt. 7 (a d Heinsenwirfel) gegen Barzahlung. Besichtigung der Hölzer wird empfohlen.

Forstamt Ottendorf-Okrilla.

Ich habe meine Praxis nach

Schandauer Straße 43, I

verlegt. Sprechstunden 11 bis 1, 4 bis 5, außer Sonnabend nachmittags. — Telephon 31149

Dr. med. Wolfgang Rau

Facharzt für Frauenkrankheiten und Geburtshilfe. [b1636

DER BÜCHERKREIS

ZAHLSTELLE

VOLKSBUCHHANDLUNG DRESDEN

und ihre Filialen.

Strohhutnäherinnen

auf feine Geflechte **für Heimarbeit gesucht.**

Große Posten! Höchster Lohnbezirk!

Strohhutfabrik Alfred Simson

Dresden-Lockwitz [n339

Consumverein für Pieschen.

Wir suchen für unser Manufakturwarengeschäft in Pieschen ein

Lehrmädchen

im Alter von 16—17 Jahren, das möglichst fortbildungsschulfrei und im **Rechnen** gut bewandert ist. Vorstellen mit Schulzeugnissen im **Kontor, Bürgerstrasse 50,** von 2 bis 5 Uhr nachmittags. [b 49

Bestellungen

auf die

Dresdner Volkszeitung

sämtl. Parteiliteratur

Annahme v. Inseraten

Emil Krämer

Bannewitz-Welschhufe

Wir stellen Ostern ein junges Mädchen mit guter Handschrift und mögl. Vorkenntnissen in Stenographie u. Schreibmaschine als [b1635

lernende Kontoristin

ein und bitten um schriftliche Angebote unter G. R. 8 an die Exp. d. Bl.

Neue Militärhosen

Stück 4 Mark [w 101

Kesten, Oberseerstrasse 3

Starkes Spezial-Kurbade- u. Quarzlicht-Anstalt

für Hydro- und Elektrotherapie, Massage- und Heilgymnastik, Diathermie-Behandlung

Telephon-Anschluß 20602 **Dresden-N.** Bautzner Straße 31, 1

Geöffnet von früh 8 Uhr bis abends 8 Uhr.

An allen Krankenkassen zugelassen [1716

Willst du **rauchen** fein,
Kauf bei **RiPaScha** ein.
[n 201] **Kesselsdorfer Straße 67**

Vom Nordpol bis zum Reich der Mitte verlangt die Frau nur **„Beyer-Schnitte".** Verkauf: **Schössergasse 2,** am Altmarkt.

Schöpfungsbericht u. d. Wissenschaft

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10

Ohne Vorbildg., vollst. Ausbild. zu Werkmeistern, Betriebsleitern, Maschinen- und Elektrotechnikern bei verkürzter Studienzeit

DRESDNER Techniker-Kurse

Private Techn. Abendschule

Schnl. Vortrag. verb. tadellos diktiert. — Keine Lehrbücher! Anfk. 6-8 abds., Sonntag 11—1. Reichsstr. 11

Beginn der Sommer-Semester

Telephon 47402 und 45197.

Arbeitsgesuche haben in der Dresdner Volkszeitung größten Erfolg!

Damen- Herren- Räder

erstklassig [w 331] bei **25 M.** Billige Preise Anzahlung

erhält Käufer sofort ausgehändigt

Verkauf: Oppellstr. 19, 1. Stock

Lichtspiele Freiberger Platz

Diese Woche bis Montag! Erstaufführung

des neuesten Sitten-Monumental-Films

Der Aufstieg der kleinen Lilian

Sensationelles Lebensbild der Gegenwart.

6 große Akte

6 große Akte

In der Haupt- und Titelrolle: **Maria Zelenka** bekannt und beliebt aus dem seinerzeit gegebenen Film als **Hafenlore**

Weitere Darsteller: **Bruno Kastner, Marija Lejko, Hermann Picha.**

Dazu: **Wer das Glück hat** Bondy-Lustspiel 2 Akte

Trianon-Woche: Bilder aus aller Welt

Einlaß 4, 6, 8¼, Sonntags 3 Uhr. [1820

Nur zeitiges Kommen sichert guten Platz.

Feenpalast Dresden-Leuben

Dienstag den 3. Februar

Maskenball

2 Kapellen! 2 Kapellen!

11 Uhr Demaskierung u. Einzug d. Prinzenkarneval

Anfang 6 Uhr. Ende 3 Uhr.

Um gütigen Zuspruch bitten

A. Noack und Frau.

Feensaal Deutsche Reichskrone.

Jeden Sonntag und Montag der beliebte öffentliche

BALL!

w 201 Hochachtungsvoll **Bruno Höttecker.**

---

8 billige Tage 8

Hosen	M. 2.90
Strapazierhosen	M. 3.50
Lederhosen	M. 3.95
Westen	M. 2.95
Manchesterhosen (v. 6—14 J.)	M. 5.90
Manchester-Anzüge gute Verarbeitung	M. 28.00
Kind.-Manch.-Anz. von 6—14 Jahren	M. 16.90
Windjacken (imprägniert)	M. 8.75

Bekleidungshaus

Rosenstraße 40 :-: Tel. 28992 [m 86

Sonder-Angebot!

Klubjacken

in bester Zephir-Wolle, im Preise bis zu 50 Prozent zurückgesetzt [1132

Strumpfwaren u. Trikotagen

außergewöhnlich billig!

H. Kupfermann

Johannstraße, Ecke Schießgasse

Tel. 14381. :-: Anf. 8/8 Uhr. :-: Ende nach 10 Uhr.

Tymians Thalia-Theater

Heute der total neue Karnevals-Spielplan

Der kranke Leopold — O du Schwindler!

Ein toller Faschingsschwank von Winter-Tymian.

Auch sonst jede Nummer von A—Z neu!

Alle Vorzugs- u. Gevabons sind gültig. Vorverkauf 11—2 u. ab 6 Uhr. [1258

Abonnements auf die **Dresdner Volkszeitung**

Bestellungen auf alle Parteis und sonstige Literatur nimmt entgegen.

Richard Wiesner Weißig, Bergstr. 25

Das heilige Feuer

von Jürgen Brand

Volksbuchhandlung

CENTRAL-THEATER

Der große Gastspiel-Erfolg

Fritzi Massary

Erick Wirl

in [w 86

Madame Pompadour

Operette in 3 Akten. Musik von **Leo Fall.**

Anf. 7½ Uhr. Vorverk. ab 11 Uhr an der Kasse ununterbrochen!

Eintrittspreise von 1 bis 12 M.

Während des

Inventur-Ausverkaufs

gewähre auf **Kleiderstoffe**
Futterstoffe
Wäschestoffe
Damen-, Herren-,
Kinder-, Babywäsche
Normalwäsche
Strumpfwaren usw.

20 % Rabatt

Reste, Netto- und Fadenartikel ausgenommen.

Edmund Feodor Hesse

Dresden

1. Geschäft: Kreuzerstraße 2, Ecke Dürerstraße
2. Geschäft: Kreuzstraße 4, im Neuen Rathaus
3. Geschäft: Schandauer Straße 8. [w185

Gelesene Nummern verwende man zur Agitation

Zigarren!!

Wegen **Aufgabe** meines **Steuerlagers** biete ich dem rauchenden Publikum nochmals günstige Gelegenheit, sich mit

erstklassigen

Zigarren billig einzudecken.

Besonders für **Händler, Restaurateure** und **Wiederverkäufer** eine seltene Gelegenheit.

Warenpreis ohne Steuer pro Hundert Stück

Zigarillos M. 2.20, 2.40

Zigarren M. 3.00, 3.30, 3.40, 3.50, 4.00, 4.25, 4.50, 5.50, 6.00, 6.25, 6.50, 7.00, 8.50.

Versäumen Sie diese außergewöhnliche Gelegenheit nicht, sich auf längere Zeit mit billigen guten Zigarren zu versorgen.

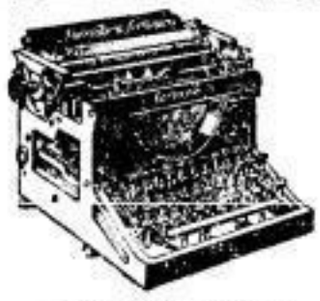
Versand nach auswärts.

Zigarrenhaus

Kurt Linke Nachf.

Bautzner Strasse 45

Fernsprecher 14354. [w87



Stolzenberg-Fortuna

die deutsche Schnellschreibmaschine.

Unerreicht in Bauart und Leistung.

Zahlungs-Erleichterung = Lieferung sofort.

Fabrikat der Waffenfabrik J. P. SAUER & SOHN, SUHL

Generalvertrieb [w 34

Boden & Koffmahn G. m. b. H.

Telephon 28539 **Dresden-N.** Alaunstraße 18.

Die sächsischen Mieter in Meißen

Spaltung innerhalb der Mieterbewegung

Der Reichskorrespondenz für Mieterfragen entnehmen wir folgenden Bericht:

Am Sonntag vormittag begann in Meißen die mit großer Spannung erwartete Tagung des Landesverbandes Sachsen im Bund Deutscher Mietervereine, e. V., Sitz Dresden (Reichsbund Deutscher Mieter). Der Tagung war am Sonnabend abend eine Kundgebung vorausgegangen, in der der Verbandsvorsitzende Herrmann über die Gegenwartsfragen der Mieter sprach. Die ursprünglich für vormittags 9 Uhr angesetzte Tagung brachte schon am Anfang ein außerordentlich bewegtes Moment. Bei der Prüfung der Mandate stellte es sich nämlich heraus, daß ungefähr 50 bis 100 Mieter erschienen waren, ohne ein nach den Statuten gültiges Mandat vorweisen zu können. Da der Landesvorstand schon Wochen vorher darauf aufmerksam gemacht hatte, daß der Zutritt zum Tagungslokal nur bei ordnungsmäßig ausgestellten Mandaten erfolgen könne, wurde den sogenannten wilden Delegierten selbstverständlich der Eintritt verweigert. Daraus ergab sich eine zum Teil sehr erregte Stimmung bei der sogenannten Opposition, die hauptsächlich von dem Ortsverein Leipzig getragen und gestützt wurde. Am Nachmittag verließen die Anhänger der sogenannten Dresdner Richtung den Saal. Damit war die Spaltung offensichtlich geworden. In dem Plenum der Dresdner Richtung wurden fast widerspruchslos die neuen Statuten genehmigt, einstimmig der bisherige Vorstand wiedergewählt und folgende Entschließung gutgeheißen:

„Der am 1. Februar 1925 in Meißen tagende ordentliche Landesverbandstag des Landesverbandes Sachsen im Bund Deutscher Mietervereine, e. V., Sitz Dresden (Reichsbund Deutscher Mieter) erhebt entschieden Einspruch:

1. **gegen die von der sächsischen Regierung verfügte weitere Erhöhung der gesetzlichen Miete,** die er nach Lage der Umstände für ungerechtfertigt hält und als Liebesgabe an den Hausbesitz erachtet,

2. gegen die aus den Anträgen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei im Landtage sprechenden **Bestrebungen und gegen die Absichten mancher Gemeinden, den Mieterschutz für Untermieträume abzubauen bzw. aufzuheben.** Er fordert von der Regierung angesichts des weiteren Wachsens der Hausrente infolge der Mietsteigerungen:

1. **Schaffung eines Sperrgesetzes,** das die Eintragung neuer Hypothekenschulden auf den entschuldeten Hausbesitz von der Erfüllung im Gesetz festzulegender Voraussetzungen abhängig macht,
2. **Einführung der Buchführungspflicht** der Hausbesitzer im Sinne der Verpflichtungen des sorgsamen Kaufmannes.

Er fordert weiter von der sächsischen Regierung:

3. **Schaffung eines zeitgemäßen Grundwertsteuergesetzes,** welches die Grundrente zugunsten der Allgemeinheit wirksam erfaßt und die Grund- und Bodenspekulation überwindet,

4. gegenüber dem Antrag der Deutschnationalen Volkspartei im Landtage auf Aufhebung des sächsischen Gesetzes über den Verkehr mit Grundstücken **eine energische Einwirkung auf die Reichsregierung zur Vorlegung eines Reichsgesetzes,** das die Ausübung eines gesetzlichen Vorkaufsrechtes und das Enteignungsrecht zugunsten der Wohnungswirtschaft wesentlich erleichtert."

Zur großzügigen Förderung des Wohnungsbaues in Sachsen fordert der Verbandstag von der Regierung:

1. **Bereitstellung eines höheren** Anteiles für Wohnungsbauzwecke als derzeit aus der Mietzinssteuer — mindestens **15 v. H. der Friedensmiete.**

2. Einleitung einer vorausschauenden staatlichen Wohnungspolitik und Wohnungsfürsorge durch Erlaß eines Gesetzes, welches die Mietzinssteuerhypotheken einheitlich im ganzen Lande **zugunsten des Staates sicherstellt,** um mittels der später zurückfließenden Tilgungsbeträge dauernd praktische Wohnungsfürsorge treiben zu können.

3. Erlaß **einheitlicher, alle Gemeinden bindender Richtlinien für die Hergabe von Baugeldern und Hypotheken aus der Mietzinssteuer** hinsichtlich der Höhe der Darlehen, sowie der Tilgungssätze unter Wegfall jeglichen Zinsendienstes. Die Finanzierung des Wohnungsneubaues ist so zu gestalten, daß die Mieten für die Neuwohnungen die gesetzliche Miete einschließlich der Mietzinssteuer für gleichwertige Altwohnungen nicht überschreiten.

4. **Abbau der Mietzinssteuer als Finanzsteuer** für Staat und Gemeinde und Schaffung eines selbständigen Wohnungsbauabgabegesetzes mit einer vorläufigen Geltungsdauer von mindestens zehn Jahren.

5. **Planmäßige Bekämpfung der Wohnungsnot nach dem Grade des Notstandes in den einzelnen Bezirken und Landesteilen,** sowie planmäßige Förderung der Ansiedlung der wohnungslosen und wohnungsuchenden Bevölkerung, nach Maßgabe der günstigsten Vorbedingungen hinsichtlich der Landbeschaffung der Verkehrs- und Wirtschaftsverhältnisse.

Bemerkenswert ist noch, daß der Vorsitzende Herrmann erklärte, daß der **Ausgang der letzten Reichstagswahl der Mieterorganisation bewiesen habe, daß die Mieterschaft es ablehnt, bei politischen Wahlen mit eigenen Kandidaten hervorzutreten.**

Sachsen

Tagung der sozialistischen Amtshauptleute und Gemeindeleiter

Am Sonnabend nachmittag fand in Dresden eine außerordentlich gut besuchte Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Amtshauptleute und Gemeindeleiter Sachsens statt. Genosse Dr. Fischer, Werdau, gab zunächst einen Bericht von dem Ergebnis der Beratungen des eingesetzten Grundsteuer- und Bodenreformausschusses, der am Vormittag in Verbindung mit einem Vertreter des Reichsbundes Deutscher Mieter und einem Vertreter der sozialdemokratischen Landtagsfraktion und der Siedler die Frage der sächsischen Grundwertsteuer erörtert hatte. Das Bestreben dieses Ausschusses, sofort nach Bekanntwerden des zweiten Gesetzentwurfes mit den in Frage kommenden Organisationen Stellung zu nehmen, wurde von der Versammlung gebilligt. Zur Frage der Umwandlung der Mietzinssteuer wurde nach eingehender Aussprache folgende Resolution angenommen:

„Die Wohnungsbauabgabe bleibt denjenigen Gemeinden zur freien Verfügung, bei denen

1. die gesetzlich festzulegenden Voraussetzungen einer Wohnungsnot vorliegen und die
2. die gesetzlichen Grundsätze hinsichtlich der Verwendung erfüllen.

Das Aufkommen aus den übrigen Gemeinden wird durch einen Gemeindewohnungsverband den notleidenden Gemeinden oder Gemeindeverbänden zur Verfügung gestellt, bei denen günstige Baubedingungen vorliegen.

Die Befreiung der Gewerberäume, in denen der Besitzer ein Gewerbe treibt, von der Wohnungsbauabgabe ist völlig indiskutabel und mit aller Entschiedenheit abzulehnen. Für Wohnungsbauzwecke ist die ganze Aufwertungssteuer zur Verfügung zu stellen.

Sollte der Landtag aus politischen Gründen diese Forderung ablehnen müssen, so ist sofort der Anteil für Wohnungsbauzwecke von 10 auf 15 v. H. der Friedensmiete auf Kosten des Staatsanteiles zu erhöhen."

Eine Eingabe an das Ministerium des Innern wegen sachgemäßer Behandlung rein medizinischer Angelegenheiten des Landesgesundheitsamtes sowie ein Ersuchen der Kriegsbeschädigtenorganisationen auf Belassung der Schwererwerbsbeschränktenfürsorge fand die Billigung der Versammlung.

Gegen die Bestrebungen auf Verkürzung der Amtsdauer der Disziplinarinstanzen soll durch den Vorstand Protest bei der Landtagsfraktion eingelegt werden.

Auf Antrag wurde ferner beschlossen, die Bestrebungen auf Herabsetzung der Grunderwerbssteuer durch eine Eingabe zu bekämpfen.

Die Frage der Anwendung der Wertzuwachssteuer und die geplante Aenderung des Wahlsystems zu den Kreisausschüssen wurden dem Vorstand zur weiteren Erörterung überwiesen.

Ueber die erfolgte Verteilung aus dem Lastenausgleichsfond entspann sich eine klärende Aussprache. Auf die Bedeutung der als Grundlage hierfür ausgefüllten Fragebogen wurde besonders hingewiesen. Im Anschluß an die Erörterung der gegenwärtigen finanziellen Notlage der Gemeinden forderte man, daß die für das Rechnungsjahr 1925 notwendigen Steuerveranlagungen nicht verschoben, sondern vielmehr rechtzeitig durch die Finanzbehörden vorgenommen werden.

Am Abend folgte die Arbeitsgemeinschaft einer Einladung der Dresdner Parteiorganisation und nahm an einem Vortrage des Genossen Dr. Danneberg (Wien) über die Wiener Kommunalpolitik teil.

Staats- oder Gemeindesteuer

Die Zukunft der Wohnungsbauabgabe

Ueber die Absichten des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums erfahren wir folgendes:

Der für den Wohnungsbau bestimmte Teil der Aufwertungssteuer wird in Sachsen als reine Gemeindesteuer erhoben und verwendet. Diese sächsische Regelung ist unter den deutschen Ländern einzigartig geblieben. In allen anderen deutschen Ländern sind die Wohnungsbaumittel entweder vollständig Staatsmittel oder doch zu einem namhaften Anteil dem Staate vorbehalten. Im Gegensatze dazu sind in Sachsen dem Staate überhaupt keine Mittel für die Förderung des Wohnungsbaues belassen worden; ja dem Staate ist nicht einmal das Recht vorbehalten worden, Vorschriften über die Verwendung der Mittel zu erlassen. Jede Gemeinde verwendet ihre Mittel für sich und nach eigenem Ermessen. Dieser Zustand hat sich als unhaltbar herausgestellt. Vor allem macht er eine planvolle Bekämpfung der Wohnungsnot vollkommen unmöglich.

Die Erträge der Aufwertungssteuer sind im Lande außerordentlich verschieden groß und die Unterschiede in der Wohnungsnot sind noch viel größer. Gerade wo die Erträge am niedrigsten sind, etwa in reinen Arbeiterwohngemeinden, ist die Wohnungsnot häufig am größten. Aber auch unter den großen Gemeinden sind sehr große Verschiedenheiten festzustellen. Chemnitz hat größere Wohnungsnot als Dresden, aber nur 10,80 M. Ertrag der Wohnungsbauabgabe auf den Kopf der Bevölkerung, während Dresden über 15,80 M., also um die Hälfte mehr, verfügt; das muß zur Folge haben, daß Chemnitz entweder sehr viel größere eigene Anstrengungen machen muß, die Wohnungsnot zu beheben oder um die Hälfte länger Zeit braucht und dauernd stärker leidet als Dresden. Freital hat dieselbe Wohnungsnot wie Dresden, aber nur 6,40 M. Steuerertrag auf den Kopf der Bevölkerung. Im Gegensatz dazu kennen andere Landesteile, zum Teil sehr leistungsfähige, kaum noch eine Wohnungsnot oder können sie sehr rasch beheben. Bleibt die gegenwärtige Regelung aufrechterhalten, so müssen sich zwangsläufig immer stärkere Unterschiede im Lande herausbilden.

Das Wohnungsbauprogramm der Regierung geht dahin, in einer bestimmten Reihe von Jahren die dringendste Wohnungsnot im ganzen Lande gleichmäßig und planmäßig zu beheben. Dieses Ziel kann auf keine andere Weise erreicht werden als dadurch, daß die für den Wohnungsbau bestimmten Teile der Aufwertungssteuer wie in anderen deutschen Ländern als Staatssteuer eingehoben werden, so daß die leistungsfähigeren Gemeinden mit dazu beitragen, die Wohnungsnot in minder leistungsfähigen zu beheben.

Mit dieser Maßnahme ist indessen keine Zentralisierung des Wohnungsbaues beabsichtigt. Im Lande wird das Gerücht verbreitet, daß in Zukunft über jedes Baugesuch im Ministerium entschieden werden solle. Absichten dieser Art liegen der Regierung vollständig fern. Die Regierung selbst hat seit Jahren den Wohnungsbau planmäßig dezentralisiert und 1921 zunächst die Großstädte, später zunächst alle Städte mit mehr als 17 000 Einwohnern in der Verwendung auch der Staatsmittel so völlig selbständig gestellt, daß ihnen nicht nur die Auswahl der Baugesuche, sondern auch die Ausstellung der Beihilfsbescheide und die gesamte Durchführung des Verfahrens vollkommen übertragen war. Auf diesem bisher durchaus bewährten Wege beabsichtigt die Regierung fortzuschreiten mit dem Ziele, allen Baupolizeibehörden eine möglichst weitgehende Selbständigkeit und Freiheit in der Verwendung der ihnen zugeführten Mittel zu gewähren. Dezentralisierung des Wohnungsbaues ist mit planmäßiger staatlicher Wohnungsbaupolitik sehr wohl vereinbar.

Die staatliche Baumeisterprüfungsbehörde für Tiefbau in infolge Verlegung von Zittau nach Dresden vom 1. Februar d. J. an ebenfalls nach Dresden verlegt worden. Die Geschäfte der Baumeisterprüfungsbehörde führt der Stadtrat in Dresden. Gesuche um Zulassung zur Baumeisterprüfung im Tiefbau sind vom genannten Zeitpunkt an an den Rat zu Dresden, Baupolizeiamt, Neues Rathaus, zu richten.

Der neue Direktor der Höheren Fachschule für Textilindustrie in Zittau. Die Stadtverordneten wählten in geheimer Sitzung als Nachfolger des bisherigen verdienstvollen Leiters der Zittauer Höheren Fachschule für Textilindustrie, Gewerbeoberstudiendirektor Krause, den stellvertretenden Direktor der Höheren Webschule in Forst, Gewerbestudienrat Schmidt, der am 1. April 1925 sein neues Amt antreten wird.

Dresdner Chronik

Bäckermeister und Landbündler

als Anti-Genossenschafter

Der konsumgenossenschaftsfeindliche Mittelstand macht zwar selbst vom Mittel des genossenschaftlichen Zusammenschlusses ausgiebigen Gebrauch, haut aber sofort um sich, wenn andre Leute das gleiche tun. So förderte in einer Besprechung mit Landbundvertretern der Bäckermeister und Reichstagsabgeordnete Biener die Weisheit zutage, eine Ueberspannung des Genossenschaftsgedankens führe unwiderruflich zum Kommunismus! Gerade die Bäckermeister aber haben bekanntlich den Genossenschaftsgedanken schon recht weit gespannt und schalten munter aus, wo es irgend geht. Eigenartig ist die Stellung, die in der Unterhaltung die Leute vom Landbund einnahmen. Sie erklärten, daß sowohl der Landbund als auch sie persönlich jede Ausschaltung des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes, also jeden Handel landwirtschaftlicher Genossenschaften mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen auf das entschiedenste ablehnten. Alle Anschuldigungen und Vorwürfe dieser Art würden fälschlicherweise gegen den Landbund gerichtet. Nicht der Landbund sei es, der diese unlautere Konkurrenz betreibe, sondern es handle sich in allen Fällen um die Raiffeisen-Organisationen und die Offenbachschen Genossenschaften, mit denen der Landbund durchaus nichts zu tun habe, mit denen er vielmehr auf nicht besonders freundschaftlichem Fuße stehe, da diese sich im direkten Gegensatze zu den Bestrebungen des Landbundes befänden. Jetzt wollen die Mittelständler Arm in Arm mit den Landbündlern den Raiffeisen- und Offenbach-Leuten zuleibe rücken.

Der Bürger

31 Roman von Leonhard Frank

Der Schweigende schob, als ob nichts geschehen wäre, seiner Freundin die abgezogene Wurst hin. Das Mädchen rührte sich nicht. Die geplatzte Oberlippe glich einem daumendicken, blauen Wurm.

Jürgen war vor dem an seinem Munde vorbeifliegenden Schleim zurückgezuckt und starrte, plötzlich grau am ganzen Körper, den an Jahren noch jungen Mann an, der sich bückte, die mit schwarzem Sande verschmierte Wursthaut vom Fußboden wieder abzog und in den Mund steckte. Mit der ganzen Handfläche schob er nach, kaute zahnlos und ging, auf dem Boden nach Abfällen suchend, langsam weiter. Die Menschen sah er nicht an. Nur den Fußboden. Apathisch, wie ein wandelnder Toter. Und als ihm vom Schweigenden die verschmähte Wurst zugeworfen wurde, versuchte er gar nicht, sie aufzufangen: er ließ sie gegen seine Brust prallen und erst zu Boden fallen. Strümpfe, Weste, Rock, Hemd hatte er nicht an. Nur Hosen und darüber einen Mantel. Seine Augen waren verschleimt und tot. Die Unterlippe, nach außen gedreht, hing unbeweglich, schief und drei Finger breit herab.

Mit Entsetzen sondergleichen fühlte Jürgen: Dieses kranke Stück Fleisch will nur noch Essen zugeführt bekommen, während der Wilde und sogar jeder Hund, auch der elendeste, mit seinem Blick Zuneigung verlangen und geben kann. Das ist Kultur, dachte er. Kultur.

Stunden vergingen, und immer mehr neue Gäste kamen, Hände in den Hosentaschen, Schultern fröstelnd hochgezogen: Obdachlose. Der Hinausschmeißer musterte prüfend jedes fahle Gesicht, schob im Laufe der Nacht zwei Burschen und ein junges Mädchen, das die Arme hoffnungslos hängen ließ, wieder hinaus.

Der Schweigende rüttelte die Geschlagene am Arm, lockerte sie so auf, jetzt wieder gut zu sein.

Was mag sie alles gedacht haben in dieser langen Nacht? dachte Jürgen. Was ihr geschehen ist, als sie noch ein Kindchen war? Oder was ihr noch bevorsteht in diesem Leben? ... Und der Attentäter, er wird hingerichtet.

Mit einer Schulterbewegung schüttelte die noch immer aufgestützt Sitzende die Hand ab, lächelte aber dabei schief und entgegenkommend.

„Dann eben du die Hälfte und ich die Hälfte," gab er halb nach. „Her mit dem Geld!"

Aufrührerischer, mitreißender Gesang, vom Quartett begleitet, erfüllte unvermittelt und donnernd das Lokal. Alle brüllten mit. Die nach außen gedrehte Unterlippe hing unbeweglich auf das Kinn herab. Er suchte, bückte sich.

„Das war doch nur menschlich! Ist das nicht genug?" fragte der Aristokrat den Hinausschmeißer, der, das Lokal im Blick, am Bierfaß lehnte und keine Antwort gab.

Ich also werde mich nicht dabei beruhigen, daß ich fähig bin, die Schönheit eines Goetheschen Wortes zu empfinden, dachte Jürgen, als er gegen Osten schritt, wo schon die zarte Morgenröte stieg.

Auf eine Gruppe Nachtarbeiter zu, die das Trambahngleis ausbesserten und eben die Azetylenlampen verlöschten, da das graue Tageslicht schon erstarkte. Ein Mann im Mantel beaufsichtigte die Arbeiter, die mit wuchtigen Rundschlägen Eisenkeile in den Asphalt trieben.

Zwei Herren, die wie Oberförster aussahen und aus einer Abendgesellschaft zu kommen schienen, blieben stehen. „Wie brav sie wieder arbeiten!" Und gingen weiter. Wenige Tage vorher war ein Streik mit einer Niederlage der Arbeiterschaft beendet worden.

Auch Jürgen ging vorüber. „In Wirklichkeit sind es ja nur die Hetzer, während die Arbeiter selbst," hörte Jürgen, „im großen ganzen ..."

Ging aus der Stadt hinaus, am Flußufer hin. Auf der Kaimauer saß ein junger Mensch. Diesmal erkannte Jürgen sofort das leichenfahle Gesicht des Schwindsüchtigen, der den Abend vorher in der Arbeiterversammlung und später beim ‚Platzwirt' gewesen war: Ein Gesicht, in dem der Haß sich schon in Verzweiflung und die Verzweiflung sich schon in Gleichgültigkeit abgewandelt hatte.

Der Schwindsüchtige pfiff leise, ließ die Beine über dem fließenden Wasser baumeln. „Guten Morgen," sagte Jürgen und setzte sich neben ihn, die Beine ebenfalls wasserwärts gestreckt. Von der andern Seite näherte sich ein einarmiger Invalide, saß auch nieder und begann Geld zu zählen.

Der Schwindsüchtige pfiff, zwinkerte, den Kopf schief gestellt, die glühende Morgendämmerung an, zum Bettler hin und spuckte in großem Bogen aus, pfiff weiter, gleichgültig.

Auch Jürgen tat gleichgültig: „Schönes Wasser. Sind Sie immer hier?"

„Oder wo anders!" Er lächelte höhnisch. Dann ließ er sich doch herbei: „Arbeitslos! Seit ... Ah, die Saubande! Ich sch ... auf alles." Blickte wieder gewöhnlich drein. Dann biß er in einen unreifen Apfel. Die Säure zog ihm das Gesicht zusammen.

Vorsichtig fragte Jürgen: „Wollen Sie etwas zu Essen holen? Wurst?"

Der einarmige Bettler war noch immer mit Zählen beschäftigt. Er kicherte, nachdem der Schwindsüchtige mit Jürgens Geldschein fortgegangen war. „Den haben Sie gesehen. Der kommt nimmer. Jiiii! die Gauner kenne ich ... Und der dort, der jetzt da kommt, den schauen Sie sich an, das ist Herr Knipp. Der hat ausgerechnet, daß er von seinem Steinbruch, wenn er immer nur soviel brechen läßt, wie er fürs tägliche Leben braucht, bis zu seinem achtzigsten Jahr leben kann, ohne selbst was tun zu müssen. Deshalb läßt er seit Jahr und Tag nur zwei Leute im Steinbruch arbeiten. Er selber angelt seit Jahr und Tag. Der will nur angeln. Nichts als angeln! Und pfeifen kann der, sag' ich Ihnen! Er hat nämlich ein Klavier. Darauf spielt er, ganz ohne Noten, und pfeift dazu. Schon in aller Früh! Sie können sich nicht vorstellen, wie der pfeifen kann. Das klingt wie Geigen und Flöten. Die Arbeiter, wenn sie früh in die Fabrik gehen, bleiben stehen und horchen ... Und dann angelt er. Den ganzen Tag. Sogar manchmal nachts."

Herr Knipp hatte umständlich geschnupft, schäkerte freundlich und ganz für sich allein mit dem Wurme, der sich am Angelhaken bäumte: „Warte doch, warte doch ... Er kann's nicht erwarten." Dann beobachtete er, zufrieden mit der Welt, den schaukelnden Schwimmer. Herr Knipp war erst einundvierzig Jahre alt.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19250202/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Knüppel-Kunze in Dresden

Für 40 Pf. Eintrittsgeld ließ er sich gestern sehen und hören, dieser große, unverstandene Volksmann und durchgefallene Reichstagskandidat, der es dem deutschen Volke nicht vergessen kann, daß es ihn nicht wieder in das Parlament geschickt hat. Deshalb nennt er auch die Reichstagswahl den großen Volksbetrug vom 7. Dezember, bei dem es der gesamten jüdischen Presse gelungen sei, ihn, den großen Propheten und unbequemen Politiker, mundtot zu machen. Und wie der Fuchs von den Trauben sprach, so nennt er diesen Durchfall eine Vorsehung. — Diese Vorsehung habe es so gewollt, daß er nun frei und ungehindert durch die Lande reisen und das dumme Volk aufklären kann. Als Thema hatte er sich die Kutisker- und Barmat-Affäre gewählt, um mit den üblichen Verdrehungen und Verdächtigungen über die Sozialdemokraten herzufallen. Knüppel-Kunze wußte alles immer schon vorher, er hat gewarnt und gefleht, aber kein Mensch hörte auf Kunzen. Der Augiasstall müsse ausgemistet werden, wozu als einzige Partei die Deutschsoziale Partei mit ihrem bewährten Führer und tapferen Vorkämpfer, Herrn Richard Kunze aus Berlin, an der Spitze, berufen sei. Das wäre so ein Fressen für Herrn Kunze, wenn auf einmal 130 deutschsoziale Abgeordnete im Reichstag säßen! Leider ist das aber nur ein schöner Traum und wird es bleiben. Herr Kunze ist allerdings dabei, die Spreu vom Weizen zu sondern in seinen Reihen, aber es ist nur zu befürchten, daß dann nicht mehr viel übrig bleibt.

Zum Schlusse seiner Ausführungen flehte Knüppel-Kunze die Anwesenden um Geldspenden für die gerechte Sache an, daß es einen Hund jammern konnte. Der chronische Geldschwund in der Kasse der Partei ist so groß, daß noch nicht einmal die Wahlschulden bezahlt sind. Die bedauernswerten Geschäftsleute, die der gerechten Sache etwas gepumpt haben, werden wohl bis zur großen Auferstehung warten müssen, dafür werden sie aber dann gleich mitentrettet. Den Trost haben sie wenigstens, und der ist es schon wert, sich in Geduld zu fassen. Eingeleitet und abgeschlossen wurde die „große" Kundgebung durch Auftreten des bekannten Rekord-Antragstellers im Dresdner Stadtparlament, Blumentritt. Und auf den Tischen im Eldorado, wo die Versammlung stattfand, lagen in süßer Eintracht neben der Kunzeschen Zeitung rote Zettel, die zu einem Vortrag der — Ruth Fischer einluden. Die Kommunisten waren überhaupt sehr zahlreich vertreten, das zeigte sich aus den geschmackvollen Zwischenrufen, wenn von Sozialdemokraten die Rede war.

Rin-Tin-Tin

eh. Durch die Stadt werden fünf Hunde geführt. In endlosen Spaziergängen Straßen hin, Straßen her, fünf Hunde hintereinander. Sie tragen rote Schabracken. Als Analphabeten wissen sie nichts von der weißen Schrift auf den Schabracken, nichts davon, daß sie für ihren Kollegen Rin-Tin-Tin Reklame laufen. Rin-Tin-Tin ist Filmschauspieler, ja, schon geradezu Filmstar. Auch er weiß nichts davon, und das kommt dem Film, in dem er auftritt und der gegenwärtig als zweiter Rin-Tin-Tin-Film in den U.-T.-Lichtspielen läuft, zugute. Dieser Schäferhund Rin-Tin-Tin hat während der Aufnahme des Films auf Kommando seines Dresseurs alle seine Künste spielen lassen, mit dem ganzen Eifer, mit dem ein gut „abgeführter" Schäferhund das tut. Er apportiert, wacht, springt über Hindernisse, erklettert zweimannshohe Wände, schwimmt, greift an, verteidigt seinen Herrn, rettet ein bedrängtes Mädchen aus den Händen eines Bösewichts und hatte, als er das alles tat, keine Ahnung davon, daß er als Hauptdarsteller in einem Film mitwirkte, dessen Handlung selbst für den amerikanischen Westen von allzu abscheulicher Abenteuerlichkeit ist. Aber Handlung hin, Handlung her — prachtvoll ist dieser Hund, der auf jeden Wink seines wirklichen, im Film nicht sichtbaren Herrn reagiert, daß man sieht, wie er — manchmal aus der „Handlung" heraus — auf dessen Befehle spannt, sie zitternd vor Eifer erwartet und dann wie aus der Pistole geschossen davonjagt, wie er vorm Sprunge den Abstand und die Höhe mit den Augen mißt, Anlauf nimmt und, wenn er's beim ersten Sprung nicht schaffte, nochmals einen größeren Anlauf nimmt und dann springt oder wie er gespannt, lauernd, Fuß vor Fuß setzend, herankommt, während schon jede Muskel bereit ist, und dann den Bösewicht faßt und nicht locker läßt, bis er ihn überwunden hat. Und dann steht er da, eines ersten Preises in einer Hunde-Schönheitskonkurrenz gewiß — ein prachtvoller Kerl, der sich die Sympathie auch derer erobert, denen Einzelheiten der Handlung, wie die plump karrierte Gerichtsverhandlung, wider den Geschmack sind.

Gewerbegericht

Lohndrückerei

Im Herbst vorigen Jahres sprach ein arbeitsloser Schuhmachergeselle bei einem Meister in Moritzburg um Arbeit vor. Der Meister hatte gerade einen größeren Auftrag in Schaftstiefeln in Arbeit und bot dem Gesellen die Arbeit an, wenn er sich mit 4 M. pro Paar begnüge. Dieser willigte ein und machte 6 Wochen lang Schaftstiefel für 4 M. pro Paar, dann ist er krank geworden. Kein Wunder, denn er hat die ganze Woche 12 M. verdient, womit er noch eine Frau und vier Kinder zu ernähren hatte. Als er wieder gesund war, ging er nicht wieder zu dem Meister, dafür aber aufs Gewerbegericht nach Dresden und reichte eine Klage ein über 72 M., denn er hatte erfahren, daß der Tariflohn für ein Paar Stiefel 8 M. beträgt, also genau das Doppelte.

In der Verhandlung kam sehr viel Interessantes zum Vorschein. Der klagende Geselle mußte auf Befragen des Richters eingestehen, daß er in keinem Verband sei, worauf ihn der Richter in sehr eindrucksvollen Worten darüber aufklärte, daß er darauf nicht stolz zu sein brauche. Den Kollegen, die durch ihre Beiträge erst den Verband in die Lage versetzten, Tarife abzuschließen, falle er erst in den Rücken, indem er zu einem Schundlohn Arbeit annehme, und dann nehme er denselben Tariflohn für sich in Anspruch, nachdem er eingesehen habe, daß er mit dem Hungerlohn nicht auskommen könne.

Der Meister war aus demselben Holz wie sein Geselle. Er schimpfte wie ein Rohrspatz auf die Tarife, Verbände und Innungen und machte Gott und die Welt verantwortlich dafür, daß er nicht hochkomme. Er weigerte sich ganz entschieden, noch etwas nachzuzahlen, denn er habe sowieso schon genug an den Stiefeln eingebüßt. Er überreichte dem Gericht eine Aufstellung, wonach die Schaftstiefeln alles in allem 17,50 M. herzustellen kosten. Verkauft hat er sie für 16,50 M.! Dieses Eingeständnis gab einem als Arbeitgeberbeisitzer anwesenden Schuhmachermeister Gelegenheit, den beiden streitenden Parteien eine gehörige Lektion zu erteilen. Wenn es keine Tarife gäbe, wäre das ganze Handwerk schon im Grund und Boden gewirtschaftet, denn nur durch die Tarife sei ein geordnetes Wirtschaftsleben möglich. Der Geselle, der in keinem Verband sei, vergehe sich genau so an der Allgemeinheit wie der Meister, der die Preise drücke. Es sei noch keiner hochgekommen mit Preisdrückerei, im Gegenteil, sie schaufeln sich alle selbst und dem ganzen Handwerk das Grab und machen dann andre dafür verantwortlich. Wer das nicht einsehe, dem sei nicht zu helfen. Der Meister aus Moritzburg sah das aber nicht ein. Er legte auf den Tisch des Gerichts ein Paar derbe, rindlederne Schaftstiefel, die der Geselle gearbeitet hatte. Die Fachmänner unter den Beisitzern gaben im Gutachten dahingehend ab, daß die Arbeit allerdings einen Lohn von 8 M. nicht rechtfertige. Nur unter fortwährendem Räsonieren und Drohen ließ sich der Meister herbei, dem Gesellen noch 10 M. zu zahlen. Und dafür muß der Geselle noch dem Gerichte dankbar sein, das aus rein menschlichen Erwägungen dem Meister zuleide brachte, denn rechtlich hatte er auf nichts mehr Anspruch.

Sünden des Wohnungsmarktes. Die Klagen über die Tätigkeit der sogenannten „Wohnungsvermittlungsbureaus" mehren sich in allen großen Städten in geradezu erschreckender Weise. Aus allen diesen Klagen ist ersichtlich, daß es sich bei den meisten der angegebenen Wohnungsvermittlungsbureaus um recht zweifelhafte Firmen handelt, deren Tätigkeit sich zumeist darauf beschränkt, den Inseratenteil der Tageszeitungen auszuschlachten. Es sind Fälle vorgekommen, wo den Wohnungsuchenden sechs und mehr Adressen von diesen Bureaus gegeben wurden und daß alle sechs Gänge insofern vergeblich waren (man rechne in Großstädten die vergeudete Zeit, das Fahrgeld und den dadurch entstandenen Verdruß), als die „Wohnungen" zumeist gar nicht vorhanden oder bereits seit Wochen und Monaten wieder vermietet waren. Auch von Vermieterseite mehren sich die Klagen über die Tätigkeit dieser Bureaus, die zumeist nach folgendem Schema arbeiten: ohne jede tatsächliche Unterlage bieten sie in Inseraten Wohnungen und — Mieter an, nur die einlaufenden Offerten zum mindesten einer Seite teuer zu verkaufen. Aber, was schlimmer ist: sie schneiden die Adressen der inserierenden Vermieter aus den Zeitungen heraus, tragen diese in Listen ein und schicken bei vorliegenden Angeboten die Wohnungsuchenden skrupellos zu Vermietern, die bereits seit Wochen vermietet haben oder aber in bezug auf die Mieter ganz besondere Wünsche (kein Ehepaar, kein Kind usw.) stellen. So ist es möglich, daß in der Oeffentlichkeit die Meinung entstehen konnte, es wäre ein Ueberangebot an möblierten Zimmern vorhanden. Kein großstädtisches Wohnungsamt ist in der Lage, den ungemein zahlreichen Gesuchen die entsprechende Zahl von Angeboten entgegenzustellen.

Richtlinien für Lichtreklame. In letzter Zeit ist im Stadtgebiet das Bedürfnis nach Lichtreklameanlagen stark erkennbar geworden. Die Geschäftswelt erblickt hierin eine wirkungsvolle Maßnahme zur Belebung der wirtschaftlichen Lage. Die für die Zulassung der Lichtreklameanlagen zuständige städtische Geschäftsstelle, das Baupolizeiamt, erkannte, daß eine solche Bewegung nicht durch Vorschriften, wohl aber durch Zweckmäßigkeitsmaßnahmen zu fördern ist. Allein bei voller Wertung des dem Reklamewesen innw

Wiener Kommunalpolitik

Eine Millionenstadt unter sozialistischer Verwaltung

er. In Verbindung mit der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Amtshauptleute und Gemeindeleiter hielt der geschäftsführende Vorstand der SPD. Groß-Dresdens am Sonnabend in der Aula des Vitzthumschen Gymnasiums in Dresden eine Konferenz für die im kommunalen Leben stehenden Genossen und Genossinnen ab, in der der Präsident des Wiener Landtages, der Schöpfer der Wiener Stadtverfassung, Genosse Dr. Danneberg, einen mehrstündigen hochinteressanten Vortrag über Wiener Kommunalpolitik hielt, den er am Sonntag früh vor den Genossen in Freital wiederholte. Wir geben hier den Vortrag in seinen Grundlinien wieder.

Wien hatte bei einer Einwohnerzahl von 1 800 000 im Sommer 1924 266 000 Parteimitglieder und dürfte nächstens deren 300 000 erreichen. Jeder sechste Wiener ist also Sozialdemokrat. Im Stadtparlament sitzen 78 Sozialdemokraten bei insgesamt 120 Mitgliedern. Die Stadthausverwaltung liegt seit der Revolution in sozialdemokratischen Händen und erfreut sich, obwohl die Gegner an ihr kein gutes Haar lassen, einer steigenden Anhängerschaft. Ueberall in der Welt wird alles, was sie tut, von unsern Gegnern in der abfälligsten Weise kritisiert — erklärlich genug. Wien wird als bolschewistisches Zentrum verschrien, obgleich der Bolschewismus in keiner andern Großstadt eine so geringe Rolle spielt als gerade in Wien. Gleichwohl hält heute in Wien niemand es ernstlich für möglich, daß in absehbarer Zeit die sozialdemokratische Mehrheit gestürzt werden könnte.

Unter außerordentlich schlechten Verhältnissen trat die Sozialdemokratie die Herrschaft an, und die Aussicht, Erfolge in der Verwaltung zu erzielen, war sehr gering. Da bis zur Revolution von 165 Gemeinderäten nur 8 Sozialdemokraten waren, die sich gegenüber einer rücksichtslosen Mehrheit, die absolutistisch regierte, nicht durchsetzen konnten, handelte es, als die Staatsumwälzung plötzlich auch im Wiener Rathaus unsrer Partei zur Mehrheit verhalf, dabei um eine Gruppe kommunalpolitisch ungeschulter Genossen. Dazu kam, daß Wien von seinen wirtschaftlichen Kraftquellen abgeschnitten und infolgedessen seine Abhängigkeit vom Auslande ungeheuer groß war, so daß ernsthafte Politiker und Volkswirtschaftler an ein Verdorren der Stadt glaubten. Mit der Verwaltung einer solchen Stadt anzufangen, war also wenig verlockend. Das Heer der städtischen Beamten (54 000) war deutschnational eingestellt und im Haß gegen die Sozialdemokratie aufgezogen, und dazu kam die Periode wachsender Geldentwertung.

Die sozialdemokratische Verwaltung entschied sich zunächst für eine Aenderung des Steuersystems, das sich den neuen Verhältnissen anzupassen hatte. Früher hatten die Mietzinssteuer (Ertrag zuletzt 128 Millionen Goldkronen im Jahre), die Verzehrungsabgabe auf Fleisch, Brot und Alkohol und der Reinertrag der städtischen Monopole die Haupteinnahmequellen gebildet. Dieses System wurde nunmehr fallengelassen und dafür ein andres, mit dem Prinzip steigender Erträge, der leichten Kontrollierbarkeit, Abrechnungsfähigkeit sowie der allmonatlichen Einhebungsmöglichkeit gesetzt. Das zweite Prinzip war, die Bürger zur Steuermoral zu erziehen. Das Nichtzahlen von Steuern wurde durch Einführung von Verzögerungszuschlägen unrentabel gemacht.

Bei der Wahl des neuen Systems wurde vor allem an die

Luxussteuern

gedacht. Wien hat ein System von Luxussteuern, das zwar bis zum heutigen Tag sehr starken Anfeindungen ausgesetzt ist, sich aber sehr gut bewährt hat. Sein Prinzip ist, jeden nicht besonders notwendigen Aufwand scharf zu besteuern und dafür das zum Leben unbedingt Notwendige steuerfrei zu lassen.

Die ertragreichste Steuer ist eine sehr sorgfältig gestaffelte Lustbarkeitssteuer, deren Ertrag für 1925 auf 7,9 Millionen Goldkronen geschätzt ist. Ebensoviel wirft die Abgabe von Speisen und Getränken in Luxuslokalen ab (15 Prozent des Umsatzes). Auch diese Steuer wird sehr bekämpft, ist aber trotzdem sogar auf alle Nachtlokale erweitert worden. Eine andre Steuer, die in Wien noch als Luxussteuer gilt, ist die Automobilsteuer, deren Ertrag mit 2 820 000 Goldkronen veranschlagt ist.

Eine sehr große Rolle spielt für den Stadthaushalt die Steuer auf das Hauspersonal. Der erste Dienstbote ist steuerfrei, für den zweiten sind 30 Goldkronen an Steuer zu entrichten, die dann für jeden weiteren Dienstboten progressiv stark steigt. Diese Steuer hat selbstverständlich den stärksten Unwillen der Interessentenkreise hervorgerufen, bringt aber dem Stadtsäckel jährlich 1 680 000 Goldkronen ein. Dann gibt es noch eine Hundesteuer, die aber nur 6 Kronen pro Jahr beträgt.

Diese Luxussteuern müssen indessen, so gewichtig sie auch für den Stadthaushalt sind, im Ertrage allerdings zurücktreten gegen die andern Steuern, von denen die wichtigste die

Fürsorgeabgabe

ist, die von allen Unternehmern nach den Löhnen und Gehältern der Arbeiter und Angestellten zu zahlen ist, gegenwärtig etwas über 4 Prozent beträgt, nicht abgewälzt werden kann, leicht kontrollierbar ist und jeden Monat hereinkommt. Für 1925 soll sie 36 Millionen Goldkronen ergeben. Zuzugeben ist, daß sie die einzelnen Gewerbe verschieden stark belastet. Sie ist die tragende Steuer im Wiener Haushalt und überall in Oesterreich nachgeahmt worden. Die Aufrechterhaltung des Fürsorgeapparates war das Motiv für Einführung dieser Steuer, zu der noch eine Reihe von Spezialsteuern kommen, die den Betrieb und den Verkehr belasten. Eine wesentliche Rolle spielt auch die Fremdenzimmerabgabe, eine Plakatabgabe und eine Inseratensteuer sowie die Wasserkraftabgabe. Dann gibt es noch eine Abgabe von freiwilligen Darbietungen, eine Kanzleitaxe und einen Feuerwehrbeitrag.

Eine dritte Gruppe von selbständigen Steuern sind die Boden- und die Mietzinssteuern. Eine sehr wichtige Rolle spielt die Wertzuwachssteuer, die nicht bloß fiskalisch bedeutend ist, sondern auch der Gemeinde ohne förmliche Enteignung zu Grund und Boden verhilft. Ihr Ertrag ist mit 3,8 Millionen Goldkronen angegeben. Noch wichtiger ist die

Wohnbausteuer,

die von den Mietern als Kostenbeitrag für die Erbauung von Wohnhäusern durch die Stadt erhoben wird. Sie ist also eine reine Zweksteuer. Auch diese Steuer ist progressiv. Für eine Arbeiterwohnung mit 300 Goldkronen Vorkriegsmiete werden heute 2 Prozent des Friedenssatzes gezahlt, für eine kleine Beamtenwohnung bis 600 Goldkronen Friedensmiete nicht mehr, für eine Wohnung bis 1200 Kronen 2,4 Prozent, für eine Wohnung von 1800 bis 3000 Goldkronen Friedensmiete 2,7 bis 3,2 Prozent, für eine Villa mit 100 000 Kronen Friedensmiete aber 36,6 Prozent. Also auch hier ist der Charakter der Steuer als Luxussteuer stark gewahrt. Der Ertrag dieser Steuer ist für 1925 mit 19½ Millionen Goldkronen im Haushaltplan eingestellt.

Sämtliche Gemeindesteuern sollen 1925 86,6 Millionen Goldkronen erbringen, wozu dann noch die Anteile an den Bundessteuern mit insgesamt 42½ Millionen (also nur die Hälfte der eigenen Steuern) kommen.

Mit Hilfe all dieser Einnahmequellen wurde der Haushalt von der sozialdemokratischer Verwaltung neu aufgebaut. Schon die zweite Hälfte 1921 — also mitten in der Inflation — brachte einen aktiven Rechnungsabschluß und 1923 ergab sich ein Ueberschuß von 38 Millionen Goldkronen. Wien verfügt heute wieder über namhafte Kassenbestände, deren Zinsenertrag für 1925 mit 5,4 Millionen Goldkronen eingestellt ist. Das bedeutet für die Gemeindewirtschaft außerordentlich viel, sichert der Stadt vor allem freie Beweglichkeit bei ihren Unternehmungen und Einkäufen. Hierin liegt auch die Machtstellung der Stadt, die für die Gegner wiederum den Angriffspunkt bildet.

Von dem Sozialisierungsgesetz hat der österreichische Staat nie Gebrauch gemacht, wohl aber die Stadt Wien, die heute an 71 industriellen Unternehmungen mehr oder weniger beteiligt ist. Infolgedessen hat sie ihre Eigenproduktion sehr ausdehnen können. Die frühere Schuldenlast spielt keine Rolle, da Oesterreich ein Aufwertungsgesetz nicht kennt.

Das Gesamterfordernis der Stadt beträgt für 1925 256,8 Millionen Goldkronen, denen an Gesamteinnahmen 197,2 Millionen Goldkronen gegenüberstehen, so daß sich ein ungedeckter Fehlbetrag von 59,6 Millionen Goldkronen ergibt. Berücksichtigt man aber die investierten Gelder, so ergibt sich eine stark aktive Bilanz.

Zu Anleihen hat es Wien noch nicht gebracht, eine Folge der Verleumdungskampagne der Wiener kapitalistischen und christlichsozialen Kreise, die glauben, damit die sozialdemokratische Rathausverwaltung tödlich treffen zu können.

Die städtischen Unternehmungen

warfen vor dem Kriege hohe Ueberschüsse — auf Kosten der Verbraucher ab. Das ist jetzt geändert. Gas- und Elektrizitätswerke sowie Straßenbahn bringen keine Gewinne, doch ist auch in der Inflationszeit durch entsprechende Tarifpolitik auf Deckung der Selbstkosten streng geachtet worden. So stehen heute die Betriebe der Stadt Wien auf voller Höhe und haben die billigsten Tarife. Mit einem „Umsteiger" der Straßenbahn für 12 Heller kann man heute ganz Wien durchfahren. Das Gaswerk ist zur chemischen Fabrik umgestellt, verwertet alle Nebenprodukte selbst (die Einkünfte daraus betragen 40 Prozent der Einnahmen) und kann deshalb einen Gaspreis von 11,4 Heller für das Kubikmeter festsetzen, trotzdem es ausländische Kohle beziehen muß. Die Zahl der Gasanschlüsse ist von 239 000 auf 328 000 gestiegen, die der Elektrizitätsanschlüsse sogar von 158 000 auf 391 000. Die Kilowattstunde Lichtstrom kostet 8,12 Heller, Kraftstrom 1,47 Heller.

Daneben hat Wien große Werke in Angriff genommen. Die Wiener Stadtbahn wurde vom Bund übernommen und elektrisiert, eine Ueberlandzentrale geschaffen, die Wasserkräfte nutzbar gemacht usw. Die Wiener Industrie wird also nicht, entgegen allen Lügennachrichten über Wien, erdrosselt, sondern es wird der Produktion geholfen.

Ein Viertel der Ausgaben verschlingen allein der Wohnhausbau, die Schule und die Wohlfahrtspflege. Der Fürsorgeapparat ist derart ausgebaut, daß die Gemeinde sich um jedes Kind bei der Geburt kümmert. Das Jugendamt ist der Generalvormund aller unehelichen Kinder und zugleich Ziehaufsichtsstelle. Die Schulkinderspeisung erstreckt sich jetzt auf 26 000 Kinder. Mehr als ein Fünftel aller Kinder wird im Sommer 35 Tage lang aufs Land geschickt. Auf Einzelheiten der Ausführungen über die Armenpflege und die Gesundheitspflege kann leider wegen Raummangels nicht eingegangen werden. Erwähnt sei nur, daß Wien eine eigene soziale Akademie besitzt, in der das Personal für die soziale Verwaltung nach den Grundsätzen der Gemeindeverwaltung selbst herangebildet wird.

Der letzte Abschnitt des Vortrages war der

Wohnungsfrage

gewidmet. Sie ist in Wien das wichtigste Kapitel. Oesterreich hat das radikalste Mieterschutzgesetz. Die Hauseigentümer haben von ihren Häusern so gut wie keine Einnahmen. Die Mieter haben die Betriebs- und Instandsetzungskosten zu zahlen und außerdem die Wohnbausteuer. Der Hausbesitz ist vollkommen unrentabel. Infolgedessen hat seit Jahren jede private Bautätigkeit aufgehört. Für eine Arbeiterwohnung, deren Friedensmiete 300 Kronen betrug, ist heute alles in allem 1,50 bis 3,50 Kronen monatlich zu zahlen. Die Gemeinde baut in eigener Regie. Bis 1923 wurden über 5000 Wohnungen hergestellt. In den nächsten fünf Jahren sollen 25 000 Wohnungen erbaut werden. Das Material für die Bauten besorgt die Stadt selbst, die Arbeiten führen private Firmen aus, aber unter Ueberwachung des Stadtbauamtes. Selbstverständlich fehlt es nicht an Versuchen, dieses Projekt zum Scheitern zu bringen. Wien war früher den Bodenspekulanten ausgeliefert, das Wohnungselend war unbeschreiblich. Heute treibt Wien auch eine Wohnungskultur, die sich sehen lassen kann. Die Miete für eine Wohnung in einem Neubau beträgt ungefähr den achtzehnten Teil der Vorkriegsmiete!

Innerhalb von 4 Jahren hofft man den dringendsten Wohnungsbedarf mit allen Rückständen zu befriedigen, so daß dann bloß noch der laufende Bedarf in Frage käme. Gelingt das Vorhaben, dann ist der Beweis erbracht, daß auch unter der Zwangswirtschaft der Wohnungsbedarf gemeinwirtschaftlich befriedigt werden kann und daß kein Anlaß zu einer Rückkehr zur freien Wirtschaft vorliegt. Gelingt es nicht, so besitzt die Stadt wenigstens ungeheure Werte und kann auf dem Wohnungsmarkte preisregulierend einwirken.

Der Redner schloß mit der Feststellung, daß die Arbeit der sozialistischen Rathausverwaltung von der Bevölkerung dankbar aufgenommen worden ist, wie die letzten Wahlen zum Wiener Stadtparlament bewiesen haben. Das nächste Mal hoffe die Sozialdemokratie die Zweidrittelmehrheit zu erreichen.

Genosse Danneberg fand für seine vortrefflichen und lehrreichen Ausführungen reichen Beifall.

Sozialistische Beamten-Versammlung!

Mittwoch den 4. Februar, abends 7 Uhr,
in Hollacks Etablissement, Königsbrücker Straße 10
Referat und Aussprache
über:

Die bevorstehende Aenderung des Disziplinargesetzes

Alle sozialistischen Beamten und Lehrer haben zu erscheinen!

4½ Uhr im gleichen Lokale:

Kreisbeamten-Ausschuß

Der Kreisbeamtenausschuß der SPD.
Der geschäftsführende Vorstand Groß-Dresden.

wohnenden wirtschaftlichen Momentes ist doch der für unser künftiges Städtebild gesetzlich gewährleistete Schutz im besten Sinne zu wahren. In Beachtung dieses Grundsatzes sind im Einvernehmen mit den hierbei Beteiligten Richtlinien über die Zulassung von Lichtreklame aufgestellt worden. Hiernach ist die Gewähr dafür geboten, daß bei zielbewußter Förderung der heimischen Industrie in unserem Stadtgebiete ästhetisch einwandfreie und nutzbringende Lichtreklameanlagen geschaffen werden können. Voraussetzung ist hierbei, daß mit der Gestaltung von Lichtreklameanlagen nur erfahrene und berufene Reklamefachleute betraut werden. Auskünfte über Zulassung von Lichtreklameanlagen werden innerhalb der geordneten Sprechstunden werktäglich von 11 bis 1 Uhr in der Reklameabteilung des Baupolizeiamtes, Neues Rathaus, 1. Obergeschoß, Zimmer 136a und 136 bereitwilligst erteilt.

Unterrichtswagen für Eisenbahner. Um die Eisenbahnunfälle, von denen nicht die katastrophalen Unfälle die meisten Opfer im Jahre fordern, sondern die auf Unvorsichtigkeit (Ueberschreiten der Gleise, Aufspringen auf fahrende Züge) beruhen, hat die Reichsbahn vierachsige D-Zugwagen als Unterrichtswagen der Beamten und Arbeiter in Dienst gestellt. Diese Wagen sind in einen Lehrmittelraum und in einen Unterrichtsraum geteilt. Der Unterrichtswagen faßt 40 bis 50 Personen, und bereist, von einem Wanderlehrer begleitet, den Bezirk einer Reichsbahndirektion. Die Verwendungsmöglichkeiten sind sehr vielseitig. Je nach der Ausstattung mit Lehrgegenständen werden in den Wagen Vorträge über die Kunze-Knorr-Bremse, über Oberbau und Gleiswirtschaft, über Sicherheits- und Blockdienst, über Wärmewirtschaft, Wagenwesen, Tarifkunde, Warenkunde usw. gehalten. Da die Reichsbahn in weitem Umfange auch Bild und Film in den Dienst der Aufklärung stellen will, sind die Wagen auch für solche Vorführungen eingerichtet. Zwei solche Lehrfilme wurden am Sonnabend im Unterrichtswagen der Reichsbahndirektion Dresden den Vertretern der Dresdner Presse vorgeführt. Zunächst ein Oberbaufilm, die für Unterrichtung bei den Bahnmeisterei, ist und die Herstellung des Gleises von der Entstehung der Schiene an erläutert, die planmäßige Gleispflege, die Erneuerung des Schotterbettes und den Umbau von Gleisen ohne Unterbrechung des Betriebes behandelt. Dann wurde ein Lehrfilm für das reisende Publikum gezeigt, der in lebendiger und teilweise auch humoristischer Form das richtige und das falsche Verhalten beim Antritt einer Reise und namentlich bei der Gepäckabfertigung darstellt. Dieser Lehrfilm wird allerdings erst dann seinen Zweck erfüllen, wenn er (was beabsichtigt sein soll) auch dem Publikum im allgemeinen vorgeführt wird.

Der neue städtische Leichenwagen. Die städtischen Kollegien haben im verflossenen Jahre die Mittel zur Beschaffung eines dritten Leichenüberführungskraftwagens für das Städtische Bestattungsamt bewilligt. Dieser Kraftwagen faßt zwei einfache große Särge, die nebeneinander auf Schienen rollen, oder einen Prunksarg, der auf einer Mittelschiene läuft. Außerdem ist der Innenraum so eingerichtet, daß zu gleicher Zeit zwei Kindersärge übergeführt werden können. Für das zur Ueberführung erforderliche Personal (Wagenführer, Bestattungsmeister und Träger) ist durch Einbau eines Abteils genügend Raum zum Mitfahren geschaffen. Alle Ersatzteile werden im Innern des Wagens untergebracht. Das Ankurbeln fällt weg, der Führer kann von seinem Sitz aus den Wagen in Gang setzen. Auch das Aufpumpen der Reifen geschieht vom Motor aus. Der Wagen ist ohne schmückendes Beiwerk, nur die Ventilationsgitter sind mit Kranz und Palmenzweigen verziert. Der Wagen macht einen vornehmen, würdigen Eindruck. Die bereits in Betrieb befindlichen zwei Leichenüberführungskraftwagen haben sich sowohl im Stadtdienste als auch zu den Ueberführungen von und nach auswärts ausgezeichnet bewährt.

Ein neuer Tollwutfall in Dresden. Vom Wohlfahrtspolizeiamt wird uns mitgeteilt: Am 20. und 21. Januar 1925 ist ein großer, gelber Schäferhund (weitere Erkennungsmerkmale konnten leider nicht festgestellt werden) im 4. Stadtbezirk (Friedrichstadt), 21./22. Bezirk (Löbtau), 10. Bezirk (Südvorstadt), 12./18. Bezirk (Striesen, Gruna) und 29. Bezirk (Laubegast und Leuben) frei umherlaufend gesehen worden. Der Hund hat verschiedene Personen gebissen. Bekanntgeworden sind bis jetzt elf Fälle. Es besteht der Verdacht auf Tollwut. Soweit den Stadtbezirksinspektionen die Namen der gebissenen Personen bekanntgeworden sind, ist den Verletzten angeraten worden, sich der Wutschutzimpfung zu unterziehen. Alle übrigen Personen, die von dem Hunde gebissen worden sind, werden aufgefordert, sich sofort bei einer der Stadtbezirksinspektionen zu melden, wo sie über die Wutschutzimpfung belehrt werden. Hierbei ist es für die Behörde von besonderem Interesse, festzustellen, wo der Hund gesehen worden ist, wie er aussah und wohin er entlaufen ist. Der Hund hat zweifellos auch andere Hunde angesteckt, bei denen nun innerhalb der nächsten drei Monate Wutausbrüche zu erwarten sind. Es wird deshalb den Hundebesitzern größte Sorgfalt bei der Beobachtung ihrer Hunde empfohlen. Kein verdächtiger Hund darf einfach getötet und beseitigt werden, sondern das verdächtige Tier ist durch den Bezirkstierarzt untersuchen zu lassen. Diese Untersuchung ist kostenlos. Besonders ist auch auf eine sichere Verwahrung der Hunde zu achten, damit ein Entweichen unmöglich ist.

Die Riesenzirkusschau Gleich. Von der Direktion der Zirkusschau Gleich wird uns geschrieben, daß dieses Unternehmen mit einem Stab von über 600 Angestellten und über 400 Tieren in die neue Zeitsaison 1925 tritt. 90 Attraktionen werden in den 15 000 Personen fassenden Riesenzelten auf dem Gebiete der Artistik und der Dressuren dargeboten. Drei Musikkapellen, eine vor, die anderen im Zirkus, werden für musikalische Begleitung Sorge tragen. Die riesigen Stallungen, die allein einen Raum von über 5000 Quadratmeter einnehmen, beherbergen, außer dem Marstall von 150 Pferden, Tiere aller Länder und Zonen, wie Tiger, Löwen, Elefanten, Nilpferde, Eis- und Braunbären, Leoparden, Jaguare, Hyänen, Wölfe, amerikanische Bisons, Rinder, Rüsselbären, Gürteltiere, Seelöwen, Strauße, Riesenschlangen und Affen aller Arten sowie auch dressierte Schweine, Gänse, Katzen und eine Meute Hunde. Die ganze riesige Zeltstadt ist von einem massiven Zaun umspannt. Anschließend an die Stallungen befinden sich die großen Werkstätten der Sattler, Schneider, Wagner und Schlosser. Ganz für sich ist die große Halle der Elektriker, wo eine große Anzahl von Benzin- und Rohölmotoren im Gebrauch sind. Der ganze Komplex wird durch die eigene Feuerwehr, durch einen Tag- und Nachtdienst unter Kontrolle gehalten. Dieser modernen „Zeltstadt der Wunder" steht als alleiniger Direktor und Organisator Herr Julius Gleich vor. Diese Riesenschau wird auch nach Dresden kommen.

Zwingerlotterie. Die auf den 2. und 3. Februar anberaumte Ziehung der 1. Zwingerlotterie hat mit Genehmigung des Ministeriums des Innern auf den 22. und 23. Mai verschoben werden müssen. Trotz eifrigster Propaganda, trotz Hilfe von allen Seiten, war es in Rücksicht auf den Geldmangel und die Ueberfüllung auf dem Lotteriemarkte nicht möglich, die 1 Million Lose bis zum vorgesehenen Ziehungstage an den Mann zu bringen. Nachdem nunmehr der Losvertrieb auch in Preußen und in anderen außersächsischen Staaten genehmigt wurde, steht bestimmt zu erwarten, daß die restlichen Lose bis zum 22. und 23. Mai verkauft sind, so daß dann die Ziehung, die unter keinen Umständen wieder verschoben wird, endgültig stattfindet.

Landesbibliothek. Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt, daß die kürzlich bei der Erwähnung des Antrages Zeller auf Abschaffung der Gebühren bei der Landesbibliothek genannten Bestimmungsziffern unzutreffend sind. Die Landesbibliothek erledigt nicht im Monat 200 bis 600 Bestellungen, sondern täglich. Zur Zeit ist die Zahl der täglichen Bestellungen, da das Publikum sich an die Gebühren einigermaßen gewöhnt zu haben scheint, durchschnittlich 840. Der Lesesaal wird überdies zur Zeit täglich von ungefähr 180 Personen besucht.

Dresdner Sender. Wie das städtische Verkehrsamt mitteilt, sind die Maschinen zum Dresdner Sender sämtlich eingetroffen, so daß mit dem Probebetrieb in den ersten Tagen des Februar begonnen werden kann. Voraussichtlich findet die feierliche Einweihung des Dresdner Senders am 20. Februar statt.

Eine Neuheit im Tiergarten zu Moritzburg ist das weiße Damwild, das seit einigen Tagen dort an der Fütterung zu sehen ist. An sich schon eine Seltenheit, die in Deutschland ihresgleichen sucht, bietet das Wild in so unmittelbarer Nähe und doch in der Freiheit des Waldes einen reizvollen Anblick. Besonders interessant ist auch das Verhalten des dunkel gefärbten Wildes und der Hirsche den „Neulingen" gegenüber, deren Nahen bei dem bisherigen Tiergartenwild auch heute noch jedes Mal eine große Aufregung hervorruft.

Paketannahme beim Postamt 32 (Bergstraße). Der Paketschalter des Postamts 32 (Bergstraße), der bisher nur von 8 bis 6 Uhr nachmittags geöffnet war, ist vom 1. Februar ab von 12 bis 6 Uhr nachmittags geöffnet.

Aufgefundener Kindesleichnam. Am 28. Januar nachmittags wurde in Kötzschenbroda in der Elbe unweit der Dampfschiffhaltestelle ein neugeborener männlicher Kindesleichnam aufgefunden. Die Kindesleiche war in einem weißen Bettuch und zwei Kartoffelsäcken verpackt. Mitteilungen über die unbekannte Kindesmutter nimmt die Kriminalpolizei entgegen.

Gewarnt wird vor dem Kaufmann Albert Eggers, am 8. Januar 1880 in Celle geboren, der sich unberechtigterweise als Abonnentensammler für die Zeitschrift Allgemeine Rundschau, Hannover, betätigt. Er läßt sich die Abonnementsgelder, die er in seinem Nutzen verbraucht, sofort auszahlen und begeht Zechprellereien und Darlehensschwindeleien.

Hühnerdiebstahl. In der Nacht zum 31. Januar wurde ein Hühnerstall in der Bergstraße erbrochen und 80 verschiedenfarbige Hühner, darunter Wyandotten und weiße Italiener, gestohlen. Um Mitteilungen hierzu ersucht die Kriminalpolizei.

Eine Taschenuhr mit Kette ist in der Dannebergs-Versammlung am Sonnabend in der Aula des Vitzthumschen Gymnasiums verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe im Sekretariat, Wettinerplatz 10, abzugeben.

Dresdner Umgebung

Bannewitz. Der Zweckverband der staatlichen Kraftwagenlinie Dresden—Possendorf, bestehend aus den Gemeinden Bannewitz, Rippien, Hänichen und Possendorf, hielt seine erste Versammlung ab. Allgemein wurde über die bei einzelnen Fahrten eintretende übermäßige Belastung geklagt. Dem Verkehrsbedürfnis entsprechend und um die Ueberfüllung der in den Abendstunden verkehrenden Wagen zu vermeiden, soll die Einlegung eines neuen Wagens um 8 Uhr ab Dresden und die Späterlegung des letzten Wagens ab Possendorf 9 Uhr um eine Stunde — also um 10 Uhr — gefordert werden.

Gittersee. Großfeuer. Gestern abend gegen 10 Uhr 35 Minuten brach in der Kartonnagenfabrik von Weißbach (Pächter Plötze) Feuer aus. Es wird Brandstiftung vermutet, da mehrere Brandherde festgestellt wurden. Zwei Löschzüge der Dresdner Feuerwehr und die Motorspritze von Freital, sowie weitere neun Wehren aus den umliegenden Ortschaften waren am Brandorte erschienen. Ein Ueberfallkommando der Sicherheitspolizei nahm die Absperrungsmaßnahmen vor. Nur dem herrschenden günstigen Sturm war es zu danken, daß das Wohngebäude sowie ein Nebengebäude nicht ein Opfer der Flammen wurden. Der entstandene Schaden ist beträchtlich, da nichts gerettet werden konnte. Ein der Brandstiftung Verdächtiger wurde festgenommen. Bei dem Brand kamen zwei Feuerwehrleute zu Schaden. Der eine zog sich durch einen Sturz vom Dache Verletzungen im Gesicht zu, während ein anderer sich wegen Rauchvergiftung in ärztliche Behandlung begeben mußte. Das Feuer brannte noch in den späten Morgenstunden des heutigen Tages.

Parteinachrichten für Groß-Dresden

Parteisekretariat: Wettinerplatz 10, Hdh. II. Fernsprecher: Nr. 18867 und Nr. 18476

Dresdner Wohnungspolitik

Dienstag den 3. Februar, abends 7½ Uhr, im Italienischen Dörfchen, Kaffeesaal, Vortrag des Genossen Stadtverordneten Richard Rösch über:

Die Dresdner Wohnungsverhältnisse und das Wohnungs-Bauprogramm der nächsten Jahre.

Zu diesem Vortrag sind geladen die Stadtverordneten und Stadträte der Partei sowie die in den Verwaltungsausschüssen und den städtischen Ausschüssen als Vertreter der Bürgerschaft tätigen Genossen und Genossinnen. Die Gruppenleitungen sind berechtigt, über die im Anschreiben angedeutete Anzahl der Delegierten hinauszugehen. Das Parteimitgliedsbuch dient als Ausweis.

Der geschäftsführende Vorstand.

Frauengruppe Neustadt 1, 2 und Waldschlößchen. Heute Montag, den 2. Februar, abends 8 Uhr, im Kurfürstenhof, Kurfürstenstraße, Frauenabend. Vortrag der Genossin Thummel. Recht zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Gruppenverband Striesen. Donnerstag, 7 Uhr, im kleinen Saal des Volkshauses Ost Sitzung des Vorstandes, der Arbeiterbildungsfunktionäre und Bibliothekare. 8 Uhr Versammlung aller derer, die sich für die Kinderfreundebewegung erwärmen. Es werden viel Parteigenossen erwartet!

Gruppe Striesen 1. Mittwoch den 4. Februar, abends 8 Uhr, im Landknecht, Wartburgstraße, Verwaltungssitzung. Die Kassierer sind dazu eingeladen. Tagesordnung: Abschluß der Agitationswoche. Gruppenangelegenheiten. Das Material ist mitzubringen.

Laubegast. Frauengruppe. Dienstag den 3. Februar, abends 7½ Uhr, im Jugendheim, Poststraße 15, Frauenabend. Genosse Lehrer Weckel hält einen Vortrag über: Politische und Wandereindrücke bei einer Alpenreise. — Genossinnen, die sich für die Kinderfreundegruppe als Helfer melden wollen, mögen sich bei der Genossin Walther melden. Die erste Kinderfreundewanderung findet Mittwoch den 11. Februar statt.

Gruppe Cotta. Kinderfreunde. Mittwoch, abends 6 Uhr, Zusammenkunft aller Helfer und Helferinnen beim Genossen Gärtner, Unkersdorfer Straße 10, part. Alle Genossen und Genossinnen, welche gewillt sind, sich an unserer Kinderarbeit zu beteiligen, sind herzlich willkommen. Wegen der am selben Abend stattfindenden Frauenversammlung muß Punkt 8 Uhr angefangen werden.

Frauengruppe Stetzsch-Mobschatz. Zu dem heute Montag, abends 7½ Uhr, im Gahnschlößchen zu Stetzsch stattfindenden Diskussionsabend mit Vortrag der Genossin Freund sind auch die Genossinnen von Cossebaude, Gohlis und Kemmitz freundlichst eingeladen.

Gruppe Trachenberge. Frauen. Mittwoch, abends 7½ Uhr, im Vergißmeinnicht Frauenabend. Genossin Stadtverordnete Noack wird sprechen. Thema wird noch bekanntgegeben. Alle Genossinnen müssen erscheinen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Ortsgruppe Striesen 1, Untergruppe 7 (Leuben-Niedersedlitz). Unsere Mitgliederversammlung findet nicht heute Montag sondern morgen Dienstag statt. Jeder Kamerad ist zum Kommen verpflichtet. Armbinden und Mitgliedskarte mitbringen!

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Dresden

Gruppe Cotta. Die Sitzung beim Genossen Gärtner am Dienstag den 3. Februar fällt aus und ist dafür Montag den 9. Februar.

Gruppe Altstadt-Süd. Morgen Probe bei Trepte, Reitbahnstraße 16, 2. — Donnerstag Mitgliederversammlung. Mitgliedsbücher mitbringen.

Gruppe Trachenberge. Morgen abend 7½ Uhr Verwaltungssitzung bei Genossin Lope, Rudolfstraße 12b. — Mittwoch Einweihung des neuen Jugendheims, Vereinshaus der Siedlung Gute Hoffnung. Bringt Musikinstrumente mit. Es soll ein „Bunter Abend" werden.

Bezirk West. Die Geschäfte des Bezirks West führt ab 26. Januar Genosse Kunze, Burgkstraße 11, 3. Der Gewinn auf Los 15 088 ist sofort beim Genossen Schiller abzuholen.

Briefkasten

Damme. 50 M. waren am 1. September 1921 rund 250 Goldmark, die Aufwertung beträgt also 500 Prozent, wenn der Goldwert, 80 Prozent, wenn der Papierwert zugrunde gelegt wird.

H. G. 100 M. waren Ende 1918 etwa über 50 Goldmark.

M. E. Erkundigen Sie sich bei dem Kassierer oder der Geschäftsstelle Ihres Verbandes.

W. G. 1911. Wenden Sie sich an den städtischen Arbeitsnachweis.

Streitfrage 150. Der heilige Sixtus auf der Sixtinischen Madonna hat 5 Finger an der rechten Hand.

Schwend, Kötzschenbroda. Das Erstrecht für die Veröffentlichung in Zeitungen usw. erlischt nach einem Jahr, wenn nichts anderes ausgemacht wird.

E. H. 15 000 M. waren am 1. April 1920 = 875,20 Goldmark, am 6. Juli 1920 = 1668,53 Goldmark. 3000 M. waren am 28. Dezember 1922 = 1750 Goldmark.

J. M., Altstadt. Der Schwiegersohn kommt als Erbe der Wohnung nicht in Frage. Die Tochter muß nach dem § 19 des Mieterschutzgesetzes Erbe sein, wenn sie die Wohnung erben soll. Ob der Erbe möbliert oder unmöbliert bei dem Erblasser gewohnt hat, ist gleichgültig.

Mieter. Die Erhebung von Waschhausgeld durch den Vermieter besteht nicht zu Recht, soweit gesetzliche Miete bezahlt wird.

Wettervorhersage für den 3. Februar

Witterungsaussichten für 2. bis 3. Februar, abends: Flachland: Nachtfröste, Tagestemperaturen wenige Grad über Gefrierpunkt, wolkig bis zeitweise aufheiternd, örtlich Nebel, schwache bis mäßige, nördliche bis nordwestliche Winde. Gebirge: schwache bis mäßige kalte, nördliche bis westliche Winde, im übrigen wie Flachland.

Wetterlage: Die Wetterlage über Mitteleuropa wird durch die im Rücken der von Skandinavien nach Westrußland gewanderten Depression einbrechenden Kaltluftmassen beherrscht. Das Eindringen der Kaltluft in die ursprünglich verhandene Warmluft war am gestrigen Nachmittag in Dresden mit Gewitter verbunden. Die Niederschläge, die auf der Rückseite der Depression niedergehen, fallen in Sachsen fast bis zum Flachland herein als Schnee. Die eingedrungene Kaltluft wird zur Ausbildung eines Hochdruckgebietes über Mittel- und Osteuropa führen, das in der nächsten Zeit für die Gestaltung der Witterung unsres Gebietes maßgebend sein wird.

Sportwetterbericht vom 2. Februar, mittags 12 Uhr

Mitgeteilt vom Sporthaus Renner

Kipsdorf: Schneefall, Nordwest, Barometer fest, — 2 Grad, Schneehöhe: 25 Zentimeter, Ski und Schlitten gut. — Schellerhau: Bedeckt, Nordnordwest, Barometer steigend, — 3 Grad, Schneehöhe: 80 Zentimeter, Ski und Schlitten gut. — Altenberg: Schneefall, Nordwest, Barometer steigend, — 4 Grad, Schneehöhe: 25 Zentimeter, Ski und Schlitten gut. — Geising: Schneefall, Nordwest, Barometer steigend, — 3 Grad, Schneehöhe: 25 Zentimeter, Ski und Schlitten gut. — Zinnwald-Georgenfeld: Schneefall, Nordwest, Barometer fest, — 5 Grad, Schneehöhe: 45 Zentimeter, Ski und Schlitten gut. — Oberwiesenthal: Schneefall, Nord, Barometer veränderlich, — 3 Grad, Schneehöhe: 40 bis 50 Zentimeter, Ski und Schlitten gut. — Krummhübel: Bedeckt, Nordwest, Barometer veränderlich, — 4 Grad, Schneehöhe: 22 Zentimeter, Ski und Schlitten gut. — Teichmannbaude: Bedeckt, Nordwest, Barometer veränderlich, — 5 Grad, Schneehöhe: 25 Zentimeter, Ski und Schlitten gut. — Schlingelbaude: Bedeckt, Nordwest, Barometer veränderlich, — 5 Grad, Schneehöhe: 60 Zentimeter, Ski und Schlitten gut. — Hampelbaude: Bedeckt, Nordwest, Barometer veränderlich, — 2 Grad, Schneehöhe: 56 Zentimeter, Ski und Schlitten gut. — Prinz-Heinrich-Baude, Bedeckt, Nordwest, Barometer veränderlich, — 4 Grad, Schneehöhe: 58 Zentimeter, Ski und Schlitten gut. — Wiesenbaude: Bedeckt, Nordwest, Barometer veränderlich, — 4 Grad, Schneehöhe: 60 Zentimeter, Ski und Schlitten gut. — Schreiberhau: Schneefall, West, Barometer steigend, — 2 Grad, Schneehöhe: 20 Zentimeter, Ski und Schlitten gut. — Neue schlesische Baude: Schneefall, Südwest, — 4 Grad, Schneehöhe: 80 bis 100 Zentimeter, Ski und Schlitten gut. — Reifträgerbaude: Nebel, Nordwest, Barometer steigend, — 6 Grad, Schneehöhe: 80 bis 100 Zentimeter, Ski und Schlitten gut. — Wetterwarte Lauenstein: Schneefall, Südwest, Barometer steigend, Null, Schneehöhe: 15 Zentimeter, Ski und Schlitten gut.

Vereins- und Versammlungs-Kalender

Literarischer Verein. Mittwoch den 4. Februar, 4½ Uhr im kleinen Saal der Kaufmannschaft Aussprache: Wo führt uns die Entwicklung der Technik hin?

Freie Elternvereinigung der 44. Volksschule, Tolkewitz. Mittwoch den 4. Februar, abends 7 Uhr, im Festsaale der 44. Volksschule wichtige Versammlung mit Lichtbildervortrag. Eintritt frei. Freunde der weltlichen Schule sind herzlich willkommen.

Vereinigung zur Förderung der weltlichen Schule, 7., 14., 30. Volksschule. Mittwoch den 4. Februar, abends 7½ Uhr, im Jugendheim Versammlung. Frl. Schwotzer, Lehrerin an der 58. Volksschule, spricht über das Thema: Von Kindergarten und Volksschule. Nach Erledigung der Tagesordnung musikalische Unterhaltung. Freunde und Gönner unsrer Sache sind herzlichst eingeladen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19250202/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Studienfahrt nach Wien Pfingsten 1925

Durch ihre großzügige Kommunalpolitik lenkt die sozialdemokratische Verwaltung Wiens die Aufmerksamkeit aller Arbeitnehmerkreise auf sich. Um die freigewerkschaftliche Wiener Arbeitnehmerschaft am Werke ihres Aufbaues zu sehen, wird aus den Kreisen der Arbeitnehmerschaft eine Studienfahrt nach Wien zu Pfingsten 1925, welche die Organisation für Urlaubsreisen, Bodenbach, Poststraße 818, als Zentralstelle auf dem Gebiete zur Förderung der Urlaubskultur durch Studienfahrten für die organisierte Arbeitnehmerschaft veranstaltet, unternommen. Als Programm ist vorgesehen:

Freitag den 29. Mai 1925: Abfahrt mittels Sonderzugs nach Prag. Ankunft in Wien: Sonnabend in den Morgenstunden.

Am Vormittag des gleichen Tages: Empfang im Festsaale des Wiener Rathauses durch Bürgermeister Seitz, woran sich die Besichtigung des Rathauses und des Parlaments anschließt. Der Nachmittag ist einer Rundfahrt durch Wien gewidmet.

Am Pfingstsonntagvormittag ist ein Ausflug nach Park und Schloß Schönbrunn und dem Heim der Kinderfreunde vorgesehen. Nachmittags findet dann die Besichtigung moderner Arbeiterwohnungen und einer Siedlerkolonie statt. Für die Abendstunden ist ein „Wiener Abend" unter Mitwirkung hervorragender Kunstkräfte vorgesehen.

Der Montagvormittag ist einem Besuche des Kunsthistorischen Museums mit einem anschließenden Spaziergang durch den Stadtpark gewidmet. Der Nachmittag vereinigt alle Teilnehmer im Wiener Prater, der Abend in einem Theater.

Dienstag vormittag findet ein Rundgang durch Wien statt, nachmittags ein Ausflug auf den Kahlenberg und Kobenzl. In den späten Abendstunden wird die Heimfahrt angetreten.

Alle Führungen besorgen die Wiener Gewerkschaftsmitglieder, da die Reise im Einvernehmen mit der Wiener Zentralstelle für das Bildungswesen durchgeführt wird. Zur Unterbringung sind Hotels vorgesehen. Die Verpflegung erfolgt im Rathauskeller. Die Reisekosten sind niedrigst bemessen. Reisepässe werden nicht benötigt.

Prospekte können gegen Einsendung des Betrages von 40 Pf. durch das Ortsgruppenbureau Dresden bezogen werden. Da sich die Reisekosten mit jedem späteren Anmeldungsmonat erhöhen, ist baldige Anmeldung zu empfehlen, da auch die Nachfrage nach dieser Studienfahrt sehr groß ist und nur 500 Personen zur Reise zugelassen werden können.

Die Reisekosten sind für Teilnehmer aus Deutschland:

Im Anmeldungsmonat	Für freie Gewerkschafter RM.	Für Nichtorganisierte RM.	Die monatl. Ratenzahl. ist. Für Organisierte RM	Für Nichtorganisierte RM.
Dezember 1924 . .	62.—	67.—	12.40	13.40
Januar 1925 . .	62.80	68.—	15.70	17.—
Februar 1925 . .	63.—	69.—	21.—	23.—
März 1925 . . .	64.—	69.50	32.—	34.50
April 1925 . . .	65.—	70.—	65.—	70.—

Gewerkschaftsbewegung

Achtung, Betriebsräte!

Für die Betriebsräte der Gruppe 3 (Baugewerbe und Industrie der Steine und Erden) findet Dienstag den 3. Februar, abends 5½ Uhr, im Volkshaus, Saal 1, eine Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: Die Sozialversicherung. Referent: Genosse Hickmann. 2. Verschiedenes. Zum Besuch dieser Versammlung sind verpflichtet alle freigewerkschaftlich organisierten Betriebsräte, die beschäftigt sind in Ziegel-, Ton- und Steingutfabriken (Lehm- und Tongrabereien, Verfertigung von sonstigem Steinzeug, Töpfereien), Kalkstein-, Marmor-, Stein- und Schieferbrüchen, Zementwaren- und Gipsfabriken, Glasfabrikation, Glashütten, Glasschleifereien, Spiegelfabrikation, Nippessachen aus Stein, Ton, Porzellan, Glas und Marmor, Malereien, Hoch- und Tiefbau, Straßen-, Chausseen- und Wasserbau und auf Zimmerplätzen.

Die „Leistungs"-Zuschläge bei der Reichsbahn

Seit Ende des vorigen Jahres beglückt die Reichsbahn die Eisenbahner mit den sogenannten Leistungszulagen. Diese neuartige Methode zur Bevorzugung gewisser Elemente unter den Eisenbahnern ist nicht nur bei dem größten Teil des Personals der Reichsbahn, sondern auch in der Presse scharf kritisiert worden. Die Reichsbahn teilt jetzt zur Rechtfertigung ihres Vorgehens der Oeffentlichkeit mit, daß sie nach dem Reichsbesoldungsgesetz (§ 26 Ziffer III) das Recht habe, in besonderen Fällen Vergütungen zu gewähren, solange diese nicht 5 Prozent des Gesamtaufwandes für die Bezüge der Beamten übersteigen. Von diesem Recht habe sie zum ersten Male im Dezember 1924 Gebrauch gemacht. Infolge der finanziellen Notlage seien jedoch nur 4 Millionen zur Verteilung gebracht worden. Alle Meldungen über höhere Summen seien aus der Luft gegriffen. Wenn die Reichsbahn diese 4 Millionen zu einer allgemeinen Aufbesserung der Bezüge verwendet hätte, so würde das nur eine Erhöhung um 8 Prozent bedeutet haben. Die Verteilung der Leistungszulage erstrecke sich auf alle Beamten des unteren, mittleren und oberen Dienstes, mit Ausnahme der leitenden Beamten. Bei der geringen Zahl der Beamten des oberen Dienstes betrage deren Anteil an den Leistungszulagen nur einen verschwindend kleinen Teil des Gesamtbetrages.

Dieser Rechtfertigungsversuch der Reichsbahn geht völlig fehl. Irgendwelche unrichtige Ziffern, an denen die Reichsbahn durch ihr mysteriöses Schweigen selbst schuld ist, sind nicht das wesentliche. Es handelt sich weniger darum, was bereits im Dezember an Leistungszulagen verausgabt wurde, als vielmehr um die Höhe der Summen, die pro Jahr verausgabt werden und 1925 etwa 80 Millionen betragen sollen. Ferner handelt es sich um die Klarstellung der Richtlinien, nach denen die Gelder zur Verteilung kommen. Die Reichsbahn weiß, daß die Eisenbahnerorganisationen die Leistungszulage als Korruptionszulage betrachten und ihre Beseitigung fordern. Natürlich kann die Leistungszulage niemals eine wirkliche Lohnerhöhung, die dringend notwendig ist, ersetzen. Schließlich hätte der Verwaltungsrat selbst so viel psychologisches Verständnis haben und sich sagen können, daß die Leistungszulage kein Anreiz zur Leistung, sondern nur ein Anlaß zu Streit und Verstimmung unter den Eisenbahnern sein kann.

Aus der Schuhmacherbewegung

Aus dem an die Generalversammlung der Zahlstelle Dresden erstatteten Jahresbericht entnehmen wir das Folgende:

Nach der Währungsstabilisierung im Jahre 1923 begann das Jahr 1924 mit einer aufsteigenden Konjunktur. In den Monaten März, April und Mai wurde in fast allen Betrieben unverkürzt, teilweise sogar mit Ueberstunden gearbeitet. Im Monat Mai begann in einzelnen Betrieben wieder die Kurzarbeit, um sich auf fast alle Betriebe auszudehnen und teilweise bis Jahresende zu behaupten. Die Krise in der Schuhindustrie ist durch die ungesunde Preisentwicklung auf dem Häute- und Ledermarkt bedeutend verschärft worden. Durch die unbegründeten und unnatürlich hohen Preise des zur Schuhfabrikation notwendigen Rohmaterials hat der Schuhwarenpreis eine Höhe erreicht, durch die der notwendige Verbrauch eine bedeutende Einschränkung erfährt. Auf der andern Seite ist der Umsatz der Schuhindustrie in der Nachkriegszeit bedeutend gewachsen. Infolgedessen muß, da eine Belebung der Produktion durch Erhöhung des Exports nicht zu erwarten ist, damit gerechnet werden, daß der Krisenzustand so lange anhält, bis bei dem Kampf um die Weiterexistenz die lebensunfähigen Betriebe aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden sind.

Das allgemeine Bestreben der Unternehmer, die tariflichen Bestimmungen zu verschlechtern, kam auch von den Unternehmerorganisationen, die mit uns im Vertragsverhältnis standen, dadurch zum Ausdruck, daß diese die laufenden Verträge kündigten. Durch die rechtzeitige Erneuerung des Reichstarifvertrags für die Schuhindustrie trat in dem Vertragsverhältnis keine Unterbrechung ein. Wesentliche Veränderungen im Vertragsinhalt sind nicht eingetreten. Die Festsetzung der Arbeitszeit bildete, wie in allen andern Industrien, das Hauptverhandlungsobjekt. Im Vergleich zu andern Industrien muß die Arbeitszeitregelung — es trat an Stelle der 47stündigen Wochenarbeitszeit die 48stündige — durch unsern Tarif als günstig bezeichnet werden. Am Jahresanfang betrug der Spitzenstundenlohn 40 Pf. und erhöhte sich bis zum Jahresende durch die dreimalige Lohnerhöhung auf 60 Pf. Der Tarifabschluß für das Handwerk kam unter Mitwirkung der behördlichen Schlichtungsinstanzen und mit großer Verspätung zustande. In der Arbeitszeitregelung wurden hierbei die Tarifbestimmungen insoweit verschlechtert, daß im Bedarfsfall pro Woche drei Ueberstunden ohne Zuschlag geleistet werden müssen. Der Spitzenstundenlohn stieg im Laufe des Jahres von 50 auf 62 Pf. Zur Erledigung von Tarifstreitigkeiten und sonstigen Differenzen war die Organisationsleitung an 33 Verhandlungen beteiligt.

Die Zahl der Kurzarbeiter war bis zum Monat April auf 67 gleich 2,6 Prozent der Beschäftigten gefallen, schnellte dann aber im Monat Juli auf 1600 oder 69 Prozent in die Höhe und betrug am Jahresschluß noch 835 gleich 36 Prozent der Beschäftigten. An der Kurzarbeit waren, außer drei, alle Fabrikbetriebe beteiligt.

Aus der Betriebsstatistik ergibt sich, daß am 1. Juli im Verbreitungsgebiet der Zahlstelle Dresden 49 Schuhfabriken bestanden, davon beschäftigte ein Betrieb über 300, drei Betriebe zwischen 100 und 150, neun Betriebe zwischen 50 und 100 und 36 Betriebe unter 50 Personen. Insgesamt werden 2284, darunter 1047 weibliche Personen, beschäftigt. Von diesen in der Industrie Beschäftigten sind 88 Prozent organisiert. — Die Zahl der im Schuhmacherhandwerk selbständigen beträgt 1660, demgegenüber wird die Zahl der Gehilfen 200 kaum überschreiten, von letzteren sind 75 Prozent organisiert.

Die finanziellen Verhältnisse der Zahlstelle hatten stark unter der ungünstigen Wirtschaftslage zu leiden. Die Zahl der geleisteten Beiträge betrug infolge der großen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit nur 36 pro Mitglied und Jahr. Die Hauptkasse bilanzierte in Ein- und Ausgabe mit 25 886,35 M. und die Lokalkasse mit 13 724,33 M., letztere hat einen Kassenbestand von 2232,66 M. aufzuweisen. Die Mitgliederzahl erhöhte sich um 136 und betrug am Jahresschluß 2069 Mitglieder, von diesen gehören 50 dem Verband länger als 25 Jahre an.

Trotz dem großen Druck der Wirtschaftskrise und dem Ansturm der Unternehmer gegen die Rechte der Arbeiter, ist es durch die wertvolle Mitwirkung der Funktionäre möglich gewesen, unsre Organisation auf der Höhe zu halten. Sie bildet dadurch einen Schutz gegen die Willkürherrschaft der Unternehmer.

Verhandlungen für die Textilindustrie Westsachsens gescheitert!

Die Verhandlungen in der Textilindustrie gestalten sich immer schwieriger, da die Unternehmer auch die bescheidenste Forderung der Arbeiterschaft ablehnen, so daß eine gemeinsame Regelung der Löhne überhaupt nicht mehr stattfindet. In Ostsachsen mußten wir erst vor kurzer Zeit die Schlichterkammer in Anspruch nehmen, um einen Schiedsspruch herbeizuführen. Am 29. Januar fanden die Verhandlungen für Westsachsen statt, die wiederum an der Halsstarrigkeit der Unternehmer scheiterten, weil jede Lohnzulage abgelehnt wurde.

Die Unternehmer fühlen sich unter der neuen Reichsregierung stark und glauben daher, sich das leisten zu können.

Aus all diesem müssen auch die Textilarbeiter die Lehre ziehen, daß sie mehr als bisher für die Stärkung ihrer Organisation Sorge tragen müssen, wenn der jetzige Zustand nicht ein dauernder werden soll.

Commerz- und Privatbank A.-G.

Zum Personalabbau bei den Banken im allgemeinen und zu den Verhältnissen bei der Commerz- und Privatbank im besonderen schreibt uns der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten, Gau Sachsen-Thüringen, folgendes:

Wir haben im vergangenen Jahre, als wir mitten drin im Personalabbau im Bankgewerbe standen, wiederholt Veranlassung nehmen müssen, zu diesem Abbau Stellung zu nehmen. Wir haben auch nicht versäumt, die in Frage kommenden Institutionen, Reichsarbeitsministerium usw., auf diese Angelegenheit ganz besonders hinzuweisen. Unsre Kritik setzten wir vor allen Dingen bei den Großbanken an, die nachweisbar nicht nach dem zu erwartenden sozialen Verständnis bei dem Abbau ihres Personals vorgingen. Ganz besonders konnte bei obengenanntem Institute im Dezember v. J. durch die Betriebsvertretung mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß der Personalabbau geradezu beängstigende Formen angenommen hatte. Auch der Vorwand, wegen des schlechten Geschäftsganges in der Frage des Personalabbaues zu ganz einschneidenden Maßnahmen kommen zu müssen, konnte uns nicht überzeugen. Auch die Anschaffung von ganz modernen Maschinen mit Hilfe derer weitere Kräfte erspart werden sollten, war für uns kein Beweis für die Notwendigkeit eines rigorosen Personalabbaues. Daß unsre Kritik berechtigt war, wird jetzt eklatant im besonderen bei obengenanntem Institut bewiesen. Soweit unsre Informationen gehen, hat man nicht nur keine Maschinen angeschafft, sondern man geht dazu über, die sich geradezu in beängstigendem Maße häufende Arbeitslast durch Sonntagsarbeit erledigen zu lassen. Diese Sonntagsarbeit soll den in Frage kommenden Stellen gegenüber als „Inventurarbeit" bezeichnet worden sein. Darüber hinaus stellt diese Bank neuerdings sogar wieder neues Personal ein, und sei es nur aushilfsweise. — Sollten die geschilderten Angaben den Tatsachen entsprechen, so zeugt das allerdings nicht von einem besonderen Organisationstalent des Herrn Prokurist Hofmann dieses Institutes.

Auch jetzt noch wäre es am Platze, wenn das Parlament sich mit dem Personalabbau im Bankgewerbe und der damit innig zusammenhängenden Frage der Arbeitszeit beschäftigen würde.

Kommunisten gegen die Justizschande in Sowjetrußland

SRK. In einer vollen Vertrauensmänner-Versammlung der Chemnitzer Staats- und Gemeindearbeiter brachten die Kommunisten eine Entschließung ein, in der gegen die heutige Klassenjustiz aufs schärfste protestiert wird und die die Freilassung der politischen Gefangenen fordert. Mit den Stimmen der Kommunisten wurde dann einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Die Vertrauensmänner-Versammlung fordert die Sowjetregierung Rußlands und die hinter ihr stehende Kommunistische Partei auf, die in den russischen Gefängnissen schmachtenden proletarischen Klassengenossen endlich freizugeben."

Die anwesenden Kommunisten konnten sich also nicht der Einsicht verschließen, daß die Justizschmach in Sowjetrußland zum Himmel schreit und daß es Pflicht eines jeden Kulturmenschen ist, für die Opfer asiatischer Grausamkeit einzutreten. Ein Zugeständnis, das man sich merken muß!

Tschechische Bauarbeiter für Deutschland?

Wie die Prager Blätter melden, fand im Landeszentralarbeitsamt in Prag eine Besprechung über die von Deutschland eingelaufenen Anfragen betreffs Stellung einer größeren Anzahl von Maurern und Zimmerleuten aus der Tschecho-Slowakei statt. Nach einer ausführlichen Aussprache zwischen den Vertretern aller interessierten Zentralorganisationen wurde einmütig die Erklärung angenommen, daß sich die Vertreter gegen eine massenweise Anwerbung von Bauarbeitern für Deutschland aussprechen. Dagegen soll einer individuellen Auswanderung von Arbeitern, die in Deutschland Arbeit nehmen wollen, nichts in den Weg gelegt werden.

Angesichts der täglich sich steigernden Arbeitslosigkeit in Deutschland — bemerkt Mtv. — halten wir es für unwahrscheinlich, daß die vorerwähnten Arbeiteranwerbungen in der Tschecho-Slowakei von deutscher Seite vorgenommen sind. Wie die saarländische Presse jedoch meldet, hat die Saarregierung eine größere Anzahl tschechischer Arbeiter angeworben.

Die Angelegenheit bedarf jedenfalls unverzüglich einer Klarstellung.

Der Arbeitsmarkt in Dresden zeigt nach einem Bericht des öffentlichen Arbeitsnachweises in der Woche vom 24. bis einschließlich 30. Januar 1925 eine anhaltende Belebung der Vermittlungstätigkeit. Industrie und Handwerk waren allgemein wieder aufnahmefähig für Arbeitskräfte aller Art. Auch die Nachfrage nach Angestellten war etwas reger als in den Vorwochen. Zugang an Arbeitsuchenden war infolge der ungünstigen Witterung in den Außenberufen zu verzeichnen. Der Bestand an Arbeitsuchenden hielt sich mit 13 200 auf der Höhe der Vorwoche, von denen 7168 (6834) Erwerbslosenunterstützung bezogen. Die Zahl der unterstützten Aussetzer verringerte sich um 81 auf 485. Insgesamt wurden somit 7653 Personen aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge unterstützt.

In der Landwirtschaft wurde für den Monatswechsel eine größere Zahl offener Stellen gemeldet. Da der Mangel an weiblichem Personal anhält, erklärten sich Landwirte wieder in größerem Umfange bereit, Schweizer bzw. ungelernte Burschen einzustellen. Im Gärtnerberufe ließen die Beschäftigungsmöglichkeiten erheblich nach. Auch im Baugewerbe überwog der Zugang an Arbeitsuchenden den Abgang.

In der Industrie war namentlich im Metallgewerbe die Vermittlungstätigkeit lebhafter. Maschinenschlosser, Werkzeugschlosser und Metallarbeiter sind freilich noch immer zu vielen Hunderten arbeitslos gemeldet. Die chemische Industrie hatte Bedarf an Arbeiterinnen. Auch für Karonnagenarbeiterinnen und Buchbinder blieb der Stelleneingang befriedigend. Für Bau- und Möbeltischler ließ der Eingang offener Stellen nach, während in der Pianobranche, Modelltischlerei und Stellmacherei die Arbeitsmarktlage günstig blieb. In der Zigarettenindustrie ist trotz reger Vermittlungstätigkeit die Lage nicht allgemein befriedigend. Für Ungelernte boten sich Aushilfsstellen in üblichem Umfange.

Die Besserung auf dem Arbeitsmarkt für kaufmännisches Personal hielt an, jedoch beschränkte sich die Nachfrage nach immer auf branchekundiges Personal aller Art. Buchhalter, Kontoristen und sonstige Angestellte, die keine Spezialkenntnisse in irgendeiner Branche haben, sind nach wie vor äußerst schwer unterzubringen. Für Krankenschwestern blieb der Arbeitsmarkt günstig, während Krankenpfleger noch immer in größerer Zahl arbeitslos sind.

Der unterbliebene Preisabbau

Wir haben von Maßnahmen zum Preisabbau erfahren; der Abbau der Preise hat sich aber dennoch nicht eingestellt. War der Fehlschlag des Preisabbaues nur der Preisentwicklung am Weltmarkt zuzuschreiben? Keineswegs. Man muß die einzelnen „Abbaumaßnahmen" näher prüfen, um zu sehen, was diese leisten können. Ein Aufsatz des Universitätsprofessors Wolf gibt hierzu treffliche Anhaltspunkte. Er erwartet nur von solchen Maßnahmen eine preissenkende Wirkung, welche die Konkurrenz unter den Warenbesitzern fördern beziehungsweise das Angebot der Waren vergrößern. Die Zinssenkung bewirkt fürs erste nicht unbedingt auch eine Preissenkung. Sie ermöglicht das Zurückhalten der Ware bei den Warenbesitzern und ihre spekulative Anschaffung durch zweite Hand (Großhändler), und kann daher statt dem Angebot nur die Nachfrage vermehren. Auch aus andern Gründen kann die Linderung der Kapitalknappheit und der damit verbundene Zinsabbau — so notwendig dies auch sei — nicht unbedingt zur Verbilligung der Preise führen. Sie kann zum Beispiel als zusätzliche Kaufkraft neue Nachfrage nach den Waren auslösen und damit preiserhöhend wirken. Nur bei längerer Dauer und richtiger Anwendung der billigeren Kapitalien kann eine preissenkende Wirkung eintreten. Auch die gewährten Steuererleichterungen müssen nicht notwendigerweise zur Preissenkung führen. Die Umsatzsteuer und die Einkommensteuer, welche herabgesetzt werden, können und werden leicht abgewälzt, sie werden nicht von den Warenbesitzern, sondern von den Verbrauchern getragen. „Nicht das ist das Empörendste", schreibt Professor Wolf, „an der Einkommensteuer, daß im Laufe des letzten halben Jahres die Lohnsteuer wieder von 44,4 Prozent (März 1924) auf 67 Prozent (September 1924) des gesamten Einkommensteueraufkommens gestiegen ist, sondern daß der Lohnsteuerpflichtige von dem Rest des gesamten Einkommensteueraufkommens noch einen nicht geringen, vielleicht den größten Teil zu zahlen hat." Ermäßigung von Steuern aber, die, wie die Umsatzsteuer, Einkommensteuer, leicht abwälzbar sind, wirkt nicht konkurrenzverschärfend; der Warenbesitzer wird durch sie nicht zur Herabsetzung der Preise veranlaßt, sondern wird lieber die ersparte Steuer für sich behalten. Die Ermäßigung der Frachten kann den Preisabbau fördern, wenn sie die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmungen über die gegenwärtige, durch die Frachtkosten gezogene Grenze hinaus auch nach räumlich weiterliegenden Gebieten ermöglicht. Die Frachtsätze können jedoch infolge der Reparationsverpflichtungen nicht beträchtlich ermäßigt werden, auch muß eine entsprechende Erhöhung der kärglichen Gehälter und Löhne der Eisenbahner durchgeführt werden. Diesen Ausführungen wäre noch hinzuzufügen: Selbst konkurrenzfördernde Maßnahmen, wie wesentliche Frachtermäßigung, unabwälzbare Steuern usw., könnten nur dann wirksam sein, wenn der Wille zur Konkurrenz unter den Unternehmern vorhanden wäre. Statt dessen sehen wir aber auf der ganzen Linie das Bestreben, die Konkurrenz durch neue Konzerne in der Großindustrie, neue Kartelle in der Mittel- und Kleinindustrie auszuschalten. Die Kartellbewegung, welche die Hochhaltung der Preise zum Ziele hat (Preis- und Absatzkonventionen), hat in der letzten Zeit einen bedenklichen Umfang angenommen. Die neuen Kartelle sind in ihrer Wirkung ungleich gefährlicher als die während der Inflationszeit gegründeten sogenannten Konditionskartelle, die in der Regel nur den Abnehmern die Zahlungsbedingungen vorschrieben. Will man der Teuerung zu Leibe rücken, so darf man die Augen gegen das Vordringen der Kartelle nicht verschließen.

Wybert Tabletten
in allen Apotheken u. Drogerien erhältlich
bei Husten, Heiserkeit, Katarrh

Weiße Woche bei Alsberg!

Seit Sonnabend abend erstrahlt die Fassade des Kaufhauses Alsberg Wilsdruffer Straße, in einem Lichtmeer, wie man es bis jetzt vielleicht in Dresden noch nicht gesehen hat. Zirka tausend Glühlampen beleuchten die in gewaltigen Größen an der Fassade angebrachten Reklamebilder, bestehend „Alsberg's Weiße Woche". In einer einheitlichen Reklame, bräunlich Inserate und an künstlichen Litfaßsäulen Dresdens, teils in grotesken Malereien, kündet genannte Firma den Beginn ihrer „Weißen Woche" an.

Durch große intensive Vorbereitungen, deren Beginn auf sechs Monate weit zurückliegen, ist von der stets führenden Firma etwas geschaffen worden, was nicht nur zeitgemäß, sondern von riesenhafter Bedeutung für das kaufende Publikum ist.

Sämtliche Schaufenster sind mit weißen Waren aller Art dekoriert. Betritt man das Innere des Geschäftshauses, so erblickt das Auge in großartiger Ausmachung eine Innendekoration, die wirklich als sehenswert zu bezeichnen ist. Der große geräumige Lichthof ist vom Erdgeschoß bis fast unter das Dach in Weiß gehüllt. Jede einzelne Abteilung ist von den Angestellten in Weiß dekorativ ausgestattet. An 3000 Tischtücher wurden benötigt, um diese Dekoration zu vollführen. Ein Riesenzeppelin „Z 8" überfliegt, verkündet durch das Surren seiner Propeller die anzutreffende Weiße.

Die Geschäftsleitung selbst hat für die Angestellten für die beste Lagerdekoration Prämien in Geldbeträgen ausgesetzt.

Gewaltige weiße Warenmassen sind in den einzelnen Abteilungen angelegt und aufgestapelt. Dem schauenden und kaufenden Auge werden die prachtvollsten Waren vorgeführt. Qualitätswaren zu den denkbar niedrigsten Preisen der Gesamtheit zugänglich zu machen, betrachtet die Fa. Gebrüder Alsberg auch in Zukunft als die vornehmste Aufgabe. Ein Besuch des Geschäftshauses ist unbedingt für jedermann lohnend und interessant.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19250202/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Zum Fall Fechenbach

Der zehnjährige Ehrverlust nicht aufgehoben

Am 20. Dezember 1924 wurde Felix Fechenbach von der bayerischen Staatsregierung „begnadigt". Erst am 21. Januar 1925 sandte ihm die Staatsanwaltschaft beim Landgericht München I folgende Mitteilung:

„Laut Entschließung des Staatsministeriums der Justiz vom 19. Dezember 1924 Nr. 2864/22B wurde die durch das Urteil des Volksgerichts München I vom 20. Oktober 1922 gegen Sie ausgesprochene Gesamtzuchthausstrafe von elf Jahren auf drei Jahre sechs Monate gemindert.

Die Strafvollstreckung gegen Sie ist sofort zu unterbrechen.

Es wurde Ihnen für den dann noch bestehenden Strafrest eine Bewährungsfrist bis zum 1. Oktober 1928 bewilligt."

gez.: K. E. Baur.

Hiernach ist also Fechenbachs unmenschliche Strafe von elf Jahren auf drei Jahre sechs Monate Zuchthaus gemindert. Davon hat er bereits zwei Jahre vier Monate verbüßt, so daß ihm für vierzehn Monate, und zwar bis um 1. Oktober 1928, Bewährungsfrist bewilligt wurde. Fechenbach war aber auch zu

zehn Jahren Ehrenrechtsverlust

verurteilt und es ist bisher unklar gewesen, ob diese „Nebenstrafe" aufgehoben ist oder nicht. Nachdem jetzt die schriftliche Ausfertigung der Begnadigung vorliegt und darin der zehnjährige Ehrverlust mit keinem Wort erwähnt ist, muß angenommen werden, daß der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für zehn Jahre noch weiterhin auf Fechenbach lastet. Diese Tatsache ist eine Ungeheuerlichkeit, zumal nach der übereinstimmenden Auffassung angesehener deutscher Rechtslehrer Fechenbach wegen eines Verbrechens verurteilt wurde, das er gar nicht begangen hat, und das, wenn er es begangen hätte, am Tage der Aburteilung längst verjährt gewesen wäre. Es ist für das Empfinden aller rechtlich Denkenden unerträglich, daß man mit dieser Art „Begnadigung" den Fall Fechenbach erledigt wissen will, wie die bayerische, reaktionäre Presse meint. Es geht nicht an, daß man einen bisher unbescholtenen Menschen, der aus rein politischen Motiven gehandelt hat, noch weitere vier Jahre mit dem Bleigewicht der Bewährungsfrist belastet und ihn noch zehn Jahre wie einen gemeinen Verbrecher der bürgerlichen Ehrenrechte entkleidet, nachdem einwandfrei festgestellt ist, daß er das Verbrechen, dessenwegen er verurteilt wurde, gar nicht begangen hat. Dabei ist noch zu beachten, daß die Bewilligung der Bewährungsfrist „in stets widerruflicher Weise unter dem Vorbehalt guter Führung" erfolgt ist. Was man aber in Bayern unter „guter Führung" versteht, weiß kein Mensch. Fechenbach ist ständig der Gefahr ausgesetzt, falls er in Ausübung seines journalistischen Berufes einen der bayerischen Regierung unbequemen Artikel schreibt, zur Verbüßung des Restes seiner Zuchthausstrafe vom Münchner Staatsanwalt wieder eingezogen zu werden. Diese Möglichkeit muß der bayerischen Staatsanwaltschaft genommen werden, nachdem die bayerische Regierung durch die Begnadigung den schweren Fehlspruch des Münchner Volksgerichts in aller Oeffentlichkeit zugestehen mußte.

Zwar hat das bayerische Justizministerium die Kühnheit aufgebracht, in einer offiziösen Zeitungsnotiz zu behaupten, die Schuld Fechenbachs stehe nach dem Gutachten des bayerischen Obersten Landesgerichts einwandfrei fest. Das ist aber einfach nicht wahr! Das Oberste Landesgericht hat in seinem Gutachten sich ausschließlich auf die Revisionsgründe beschränkt und die tatsächlichen Feststellungen des Gerichts ausdrücklich als bindend behandelt. Der prüfende Senat hat also das Urteil nur rein formal-juristisch nachgeprüft, die Nachprüfung der sogenannten tatsächlichen Feststellungen aber unterlassen, sie vielmehr als zutreffend unterstellt, obwohl (oder weil?) sich gerade diese tatsächlichen Feststellungen, auf die sich das Urteil aufbaut, als mit der Wahrheit nicht vereinbar erwiesen haben! Das Gutachten kommt im übrigen — und zwar nur sehr bedingt — zu dem Ergebnis, daß rechtliche Bedenken gegen das Urteil nicht vorzuliegen scheinen, wobei alle sachlichen und tatsächlichen Bedenken außer acht gelassen werden. Aber selbst diese Schlußfolgerung ist nur infolge eines schweren Irrtums möglich*, der, wenn er einem gewöhnlichen Sterblichen in einer so wichtigen Entscheidung unterlaufen wäre, als leichtfertig gebrandmarkt würde. Von einer Feststellung der Schuld Fechenbachs ist aber im Gutachten des Obersten Landesgerichts nichts zu lesen! Es blieb dem bayerischen Justizministerium überlassen, diese angeblich „einwandfrei feststehende Schuld" aus dem Gutachten herauszudestillieren um damit zu bemänteln, daß man in Wirklichkeit mit Fechenbachs Begnadigung einen ungeheuerlichen Fehlspruch des Münchner Volksgerichts zugeben mußte.

All das, was wir hier ausgeführt haben, ist natürlich auch der bayerischen Regierung bekannt. Will sie nun trotzdem Fechenbach weiterhin mit dem zehnjährigen Ehrenrechtsverlust belasten und das Damoklesschwert der vierjährigen, jederzeit widerruflichen Bewährungsfrist über ihm hängen lassen?

* Siehe: „Der Fall Fechenbach. Juristische Gutachten" bei J. C. B. Mohr, Tübingen, 1924.

Volkswirtschaft

Der deutsche Außenhandel im Dezember und im Jahre 1924

Die Einfuhr Deutschlands betrug im Dezember 1924 1 806 658 000 Reichsmark gegen 1 017 700 000 Reichsmark im November. Die deutsche Ausfuhr betrug im Dezember 739 756 000 Reichsmark gegen 643 282 000 Reichsmark im November. Im ganzen Jahre 1924 betrug die deutsche Einfuhr 9 316 841 000 Reichsmark, die Ausfuhr 6 566 854 000 Reichsmark. Die Zahlen für Dezember beziehen sich auf das gesamte deutsche Wirtschaftsgebiet, während für die Jahreszahlen 1924 die bekannten Vorbehalte hinsichtlich der Vollständigkeit der statistischen Erfassung (Ruhrbesetzung) zu machen sind. Die Wertangaben sind die Gegenwartswerte. Bei der Einfuhr ist im Dezember gegenüber dem Vormonat eine weitere erhebliche Zunahme um rund 261 Millionen Reichsmark festzustellen, die ihren Grund hauptsächlich in dem außerordentlichen Anwachsen der Kontingentswareneinfuhr im Dezember hat. Dies steht im Zusammenhang mit dem am 10. Januar 1925 geschehenen Fortfall der Zollfreiheit für elsaß-lothringische und luxemburgische Kontingentswaren. Auch die Ausfuhr weist eine weitere Zunahme, um rund 96,5 Millionen Reichsmark, auf. Die Einfuhr überschreitet im Dezember auch auf Grund der Vorkriegswerte den Monatsdurchschnitt 1913 (933,8 Millionen Reichsmark), nachdem sie bereits im November nominal diesen Betrag überschritten hatte. Die Ausfuhr beträgt im Dezember trotz ihrer Zunahme auf Grund der Vorkriegswerte erst wieder 67,2 v. H. des Monatsdurchschnitts 1913. Die Einfuhrsteigerung gegenüber dem Vormonat erstreckt sich hauptsächlich auf Rohstoffe und halbfertige Waren (um 140,5 Millionen Reichsmark), Fertigwaren (um 82,3 Millionen Reichsmark) und Gold und Silber (um 60,8 Millionen Reichsmark), während die Einfuhr an Lebensmitteln und Getränken einen Rückgang um 38,8 Millionen Reichsmark aufweist.

Das Merkmal des Außenhandels des Jahres 1924 ist der außerordentlich hohe Einfuhrüberschuß von über 2,7 Milliarden Reichsmark, hauptsächlich infolge der Steigerung der Einfuhr von Lebensmitteln und Fertigwaren, die sich gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt hat. Die gesamte Einfuhr hat gegen das Vorjahr um rund 50 v. H. zugenommen, während die Ausfuhr 1924 nur wenig über der Ausfuhr des Vorjahres liegt.

Die Preise steigen

Amtlich wird mitgeteilt: Die auf den Stichtag des 28. Januar 1925 berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 21. Januar (138,9) um 1,1 v. H. auf 140,4 gestiegen. Höher lagen vor allem die Preise für Roggen, Weizen, Hafer, Kartoffeln, Butter, Schmalz, Fleisch, die meisten Nichteisenmetalle und Benzin. Gesunken sind die Preise für Gerste, Milch, Rindshäute, Kalbfelle, Treibriemenleder, die meisten Textilrohstoffe, Baumwollgarn, Blei und Zink. Von den Hauptgruppen stiegen die Lebensmittel von 138,8 auf 140,9 oder um 1,9 v. H., während die Industriestoffe von 140,0 auf 139,6 oder um 0,3 v. H. nachgaben.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) für Mittwoch den 28. Januar ist gegenüber der Vorwoche (124,0) mit 124,4 nahezu unverändert geblieben.

Ueber den Stand der Pariser Handelsvertragsverhandlungen

erfährt der Soz. Pressedienst aus unterrichteten Kreisen, daß die Franzosen vorgeschlagen haben, eine „freundschaftliche Unterbrechung" für etwa zwei bis drei Monate eintreten zu lassen. Die Zwischenzeit soll über das Schicksal der deutschen und französischen Zolltarifnovelle Klarheit bringen. Auf deutscher Seite sieht man dem französischen Wunsch nicht ablehnend gegenüber. Man betont jedoch, daß Deutschland vor dem Eintritt der Pause gern etwas klarer hinsichtlich der letzten französischen Vorschläge sehen möchte. Zweifellos wurde bei den bisherigen Verhandlungen ein bißchen viel Prinzipienreiterei getrieben, was auf Kosten der Klarstellung des konkreten Inhalts der Erörterungsgrundlagen geschah. Auch jetzt sprechen z. B. die Franzosen wieder von vier Warenlisten, aber man weiß nichts Rechtes über den eigentlichen Inhalt dieser Listen. Man weiß nur, daß die erste Warenliste jene Waren umfaßt, die unter den jetzigen französischen Minimaltarif fallen, die zweite Liste sieht auch den Minimaltarif vor, will aber die deutsche Einfuhr kontingentieren, die dritte Liste will den zukünftigen französischen Minimaltarif und die vierte ein Zwischending zwischen Minimaltarif und Generaltarif anwenden. Ferner besteht Unklarheit über die französische Zusage, daß Deutschland von einem gewissen Zeitpunkt an nicht mehr „arbitrairement" behandelt werden, d. h. die deutsche Ware nicht mehr differenziert werden soll.

Die deutsche Regierung muß versuchen, über die materielle Tragweite der französischen Vorschläge etwas mehr Aufklärung zu erhalten. Selbstverständlich ist für Deutschland, das gleiche Produktionsvorbedingungen (Achtstundentag usw.) schaffen soll, wie sie in andern Ländern üblich sind, eine weitere Differenzierung unannehmbar.

Der Wirtschaftsverband der deutschen Uhrenindustrie hat beschlossen, die Preise für Groß-Uhren ab 25. Januar um 9 Proz. zu erhöhen. In letzter Zeit mehren sich gerade in der metallverarbeitenden Industrie, aber auch in anderen Branchen Preiserhöhungen, die einen großen Umfang annehmen. Wie man sich dabei eine Förderung des deutschen Exports verspricht, ist nicht recht ersichtlich. Die Frage ist lebenswichtig genug, daß die Oeffentlichkeit endlich einmal dahin unterrichtet wird, ob die Preiserhöhungen der einzelnen Wirtschaftsverbände überhaupt irgendwie noch einer Kontrolle des Reichswirtschaftsministeriums unterstehen. Als Dr. Hamm regierte, hat sich das Wirtschaftsministerium zum mindesten lebhaft um die Preisbewegung gekümmert, wenn es sich auch in den meisten Fällen nicht gegen die Interessenten durchsetzen konnte. Durch die Häufung der Preiserhöhungsbeschlüsse in den letzten Wochen hat man in weitesten Kreisen den Eindruck, als ob der neue Kurs in der Viktoria-Straße es nicht mehr so genau mit der Preisüberprüfung nimmt.

Der Verein deutscher Holzbearbeitungsmaschinen-Fabrikanten hat seine Preise gegenüber dem Stand von Dezember wieder um 5 Prozent erhöht. Es ist dies einer der vielen Fälle, wo ganz unberechtigte Preiserhöhungen vorgenommen werden, ohne daß das Reichswirtschaftsministerium einen Finger dagegen rührt.

Neue Aktiengesellschaft. Am 28. Januar wurde die Ueberlandwerk-Glauchau-Aktiengesellschaft, Glauchau i. Sa., mit einem Aktienkapital von 180 000 Reichsmark gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung der Bevölkerung mit elektrischer Arbeit, die Errichtung, der Erwerb, die Pachtung und Verpachtung der hierzu geeigneten Werke und Anlagen, die Beteiligung an solchen Unternehmungen und die Ausführung aller den Zweck der Gesellschaft fördernden Geschäfte. Gründer der Gesellschaft sind die Stadtgemeinde Glauchau, die Aktiengesellschaft Sächsische Werke und die Energie-Aktiengesellschaft Leipzig in Oetzsch-Markkleeberg. Zum Vorsitzenden des aus 15 Personen bestehenden Aufsichtsrats wurde Herr Bürgermeister Dr. Schimmel, Glauchau, zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden Herr Direktor Friedrich Währle, Dresden, und zum 2. stellvertretenden Vorsitzenden Herr Direktor Hans Weigel, Leipzig, gewählt. Zu Vorstandsmitgliedern wurden bestellt die Herren Direktoren Anton Kügler in Glauchau und Bernhard Schubert in Zwickau.

Sport • Spiel • Körperpflege

Systematische Uebungen sind von gesundheitsförderndem Einfluß

Der Zustand des Körpers wird bestimmt durch erworbene Eigenschaften. Ob sie auch vererbt werden können, darüber ist man sich in der Wissenschaft noch nicht klar. Jedes Menschen Körper hat Vorteile und Nachteile. Viele Nachteile können durch planmäßige körperliche Uebungen gefördert, gemildert oder ganz behoben werden. Dabei wird der Erfolg im jugendlichen Alter sicherer eintreten als bei einem ausgewachsenen Körper. So kann man z. B. nach den neuesten Forschungen von Geheimrat Bier Tuberkulose durch sorgfältig ausgewählte und systematisch betriebene körperliche Uebungen zusammen mit einer Behandlung durch Luft und Licht heilen.

Die verschiedenen Funktionen formen und erhalten den Körper, der eine Summe von Organen und Organsystemen darstellt. Eine abgeänderte Funktion bildet naturgemäß ein Organ passend um. Wir können das z. B. beobachten bei planmäßigen Leibesübungen für Kriegsbeschädigte. Allzu dauernde Funktionen und zu starke Funktionen schwächen dagegen den Körper.

Jede Uebungsart hat ihre bestimmten körperlichen Vorzüge, einen gesundheitsfördernden Einfluß. Der gesundheitliche Wert einer Uebungsart ist um so größer, je umfänglicher die Uebung ist. Das ist besonders bei Frauenturnen zu beachten. Gesundheitliche Schädigungen sind selbst beim Hochtraining ausgeschlossen, doch sind hierfür gewisse Voraussetzungen nötig, nämlich gute Fachlehre mit praktischen und wissenschaftlichen Kenntnissen, richtig dosiertes Training, frei sein von Organfehlern und eine systematisch zweckentsprechende Lebensführung. Es braucht wohl kaum betont zu werden, daß es für einen alten Organismus einer besonders sorgfältigen Vorbereitung bedarf. Für die Art der Lebensweise ist die Konstitution des Körpers von größter Bedeutung. Unterzieht man sich einem Training, so muß man auch alle Vorschriften beachten und ein auf seine Gesundheit bedachtes Leben führen.

Heute abend beginnt der Vortrag im Dresdner Sportkartell pünktlich 6¼ Uhr. An Stelle von Sachs, Meißen, spricht Genosse Lehrer Kämpfe. (Musikalische Beeinflussung der Sportbewegung, mit praktischen Erläuterungen.) Auch Nichtkursisten können teilnehmen.

Jugendleiterkursus vom Sportkartell. Meldungen hierzu sofort an Genossen Karl Weller, Dresden-N., Kiefernstraße 14, III., senden. Meldegebühr 1 M. Beginn 9. Februar, abends 7 Uhr, in der Aula des Vitzthumschen Gymnasiums, Dippoldiswalder Gasse 9.

Arbeitersportkartell Dresden. Die Generalversammlung des Sportkartells Dresden findet 7. März, 6 Uhr, im Volkshaus statt. Außer den drei Stammdelegierten hat auf je 500 Mitglieder ein Delegierter Sitz und Stimme. Die Delegierten der einzelnen Sportorganisationen sind in den Generalversammlungen zu wählen.

Schulhausmeisterentschädigung für Benutzung von Turnhallen und Sälen, rückwirkend bis 1. Januar. Für 1 Stunde, wenn ein Raum allein benutzt wird, 66 Pf., für 1 Stunde (durch Kinder benutzt) 50 Pf., für 1 Stunde, wenn in der Schule noch weitere Räume benutzt werden, 44 Pf., für 1 Stunde, wie vorher, aber durch Kinder benutzt, 33 Pf. Wenn eine Schule zwei Turnhallen besitzt und beide am Uebungsabend eine Stunde benutzt werden, 44 Pf.

Arbeiter-Turn- und Sportbund. Bezirk Dresden. 3. Gruppe. 7. Februar Gruppentag. 6. Gruppe. 8. Februar Gruppentag. — Anträge für den Bezirkstag sowie für den Bezirksturntag sind bis 10. Februar einzureichen. — Abt. Kaitz und F.-A. Süd. 7. Februar, Gasthof Mockritz, 7 Uhr, Vergnügen. — Freier Turn- und Sportverein Dresden-Löbtau. 8. Februar, Winterpartie: Geising-Altenberg. Abfahrt 5.23 Uhr, Hauptbahnhof (bis Geising). Sonntagsfahrkarte bis Altenberg, 2,20 M.

Fußballsport

D. S. V. 1—Vorwärts-Süd 1, Leipzig 5:1 (1:1). Vorwärts hat Anstoß und kann mit Wind in den ersten fünf Minuten ein Tor erzielen. Beide spielten etwas hoch. Kurz vor Halbzeit gleicht D. S. V. aus. In der zweiten Zeit hat D. S. V. die bessere Seite und kann das zweite Tor und nach besserem Zusammenfinden noch drei Tore erzielen. Durch starken Wind wurde das Spiel sehr beeinträchtigt.

Löbtau 1—Potschappel 1 0:5 (0:4). Ein gleichmäßiges flottes Spiel. Potschappel, technisch besser, konnte vier Tore in der ersten Zeit erzielen. Nach Wechsel verlangt L. Spielabbruch wegen der Regenniederschläge, wurde aber nicht zugelassen (vom sportlichen Standpunkt aus wäre es richtiger gewesen). Potschappel schoß nach langen Anstrengungen das fünfte Tor.

Cotta 1—Radebeul 1 4:2 (3:0). Ein abwechslungsreicher Kampf von Anfang bis Ende. Cotta spielte ruhig, besonders der Sturm zeigte sauberes Arbeiten. In letzter Minute, durch erhöhte Anstrengungen fielen für R. beide Tore.

Neustadt 1—Eintracht 1 2:1 (0:1). Eintracht, in der ersten Zeit mit Wind, erzielte ein Tor. Nach der Pause mußte naturgemäß Neustadt überlegen sein. Aber nur zwei Erfolge waren möglich, den einen verschuldete Eintracht sogar selbst. Das Spiel litt außerordentlich unter dem Winde.

Helios 1—Sturm 1 0:0. Ausgeglichenes Spiel. Starker Wind beeinträchtigte es sehr.

Deuben 1—Heidenau 1 1:2 (1:0). Schneegestöber. Zerfahrenheit stand über den 90 Minuten. Deuben mußte den kürzeren ziehen.

Zschachwitz 1—Coßmannsdorf 1 5:1 (3:0). Zschachwitz konnte bis Halbzeit dreimal erfolgreich sein. Coßmannsdorf erzielte nichts. Nach Seitenwechsel: Zschachwitz weitere 2 Tore. Coßmannsdorf konnte den verdienten Ehrentreffer kurz vor Schluß einsenden. Zschachwitz gewann dank einem guten Kombinationsspiel.

Sp. Sp. 09 1—01 1 3:3.

Burgk 1—Niedersedlitz 1 1:0, Birkigt 1—Rasenspiele 1 2:2, Neustadt 2—Cotta 2 5:1, Pieschen 2—Pirna 2 4:0, Helios 2—Coßmannsdorf 2 1:2, 01 2—Alemannia 2 2:2, Zschachwitz 2—Heidenau 2 1:3, Eintracht 2—D. S. V. 2 2:1.

Neustadt 3—Kötitz 2 3:0, Pieschen 3—D. S. V. 3 2:4, Sp. Sp. 09 2—Cotta 3 3:1, Helios 3—Jauckerode 2 2:3, D. V. V. 3—Loschwitz 2 1:4, Zschachwitz 3—Potschappel 3 2:2, Birkigt 2—Loschwitz 2 12:0, Birkigt 2—Komet 2 12:0

Bannewitz 2—Potschappel 4 6:2, Neustadt 4—Kamenz 3 4:5, Burgk 2—Löbtau 4 2:1, Zschachwitz 4—Gruppa 2 9:1, Kleinnaundorf 2 gegen Löbtau 4 4:4, Deuben 4—Br.-Erbisdorf 2 2:3, Birkigt 3 gegen Weixdorf 3 14:0, Birkigt 3—Cossebaude 3 12:1.

Alte Herren: Cotta—Niedersedlitz 4:1, Birkigt gegen Meißen F. T. 10:1, D. S. V.—Pieschen 1:7.

Jugend. Burgk 1—D. V. V. 1 1:2, Neustadt 1—Potschappel 1 2:1, Pieschen 1—Helios 1 1:0, Sp. Sp. 09 1—Cotta 1 1:2, Bannewitz 1—Süd 1 2:3, Kleinnaundorf 1—D. S. V. 1 1:1, Deuben 1—Löbtau 1 2:1, Sp. Sp. 09 2—Potschappel 2 1:3, Löbtau 2—Deuben 2 0:1, Neustadt 2—Pieschen 20:4, D. S. V. 2—Süd 2 2:1, Löbtau 3—Klotzsche 1 0:7.

Arbeiter-Radfahrer-Bund. 11. Bezirk. Altstadt: 4. Februar Versammlung in der Bayrischen Krone, Neumarkt (ohne Räder erscheinen, weil kein Platz zum Einstellen). — Cotta: 4. Februar Versammlung im Goldenen Anker, Klopstockstraße. — Kaditz: 5. Februar Versammlung, Baubörse. 8. Februar Treffen vormittags 9 Uhr, Baubörse. Besuch des Historischen Museums. — Kemnitz-Stetzsch: 6. Februar Versammlung, Lindenhof, Stetzsch. — Löbtau: 6. Februar Versammlung, Bürgergarten. 8. Februar Familienausflug nach Stetzsch, Lindenhof, dort Beisammensein mit den Stetzscher Genossen. Abmarsch 1 Uhr, Scharfe Ecke, Saalhausener Straße. — Neustadt: 11. Februar Versammlung, Restaurant Königswald, Fichtenstraße. — Strehlen: 10. Februar Versammlung, Landsknecht, Wartburg-, Ecke Löscherstraße. — Süd: 7. Februar Versammlung, Elienhof, Ostbahn-, Ecke Franklinstraße. — Motorfahrer: 10. Februar Versammlung, Frischauf-Schänke.

Die Bundesmitglieder werden ersucht, in sämtlichen Abteilungsversammlungen zahlreich zu erscheinen. Wichtige Tagesordnung, u. a.: Abstimmung über vierteljährliche Beitragszahlung. — 7. Februar, 2 Uhr, Kursus für Saalfahrer. Mitzubringen ist ein Zirkel (mit Blei) und ein 50-Zentimeter-Lineal.

Umschau. Magdeburg. Zur Errichtung eines neuen Hallenschwimmbades sollen im nächsten Haushaltsplane 150 000 M. eingesetzt werden. — Arbeitersportler. Man trägt sich mit dem Gedanken, zur Pflege und Förderung der Leibesübungen fünf bis sechs Turnhallen, eine Badeanstalt und eine Anzahl vorbildlicher Sportplätze zu schaffen. — Tegel. In Tegel bei Berlin wird von der Firma Borsig ein großes, zeitgemäßes Hallenbad errichtet. — In Würzburg, Chemnitz und in der Universitätsstadt Marburg sind die Vorarbeiten für neue Hallenbäder (Volksschwimmbäder) in Angriff genommen. Auch die Stadt Spremberg beabsichtigt, in nächster Zeit ein Hallenschwimmbad mit Wannenbädern usw. zu errichten; dieses Projekt wird zur Zeit bereits vom technischen Ausschuß des Vereins der Badefachmänner geprüft. — Halle (Saale). Eine Schwimmbadeanstalt wird hier neu errichtet. — Werdau (Sachsen). Die Stadt nahm eine Anleihe von 100 000 M. auf zur Erbauung eines Stadtschwimmbades. — Minden. Mit den Vorarbeiten zur Schaffung eines Hallenbades ist begonnen worden.

Flieger-Vereinigung Dresden. Diese ist bestrebt, sich ein Flugzeug zu erwerben und veranstaltet, um das Interesse für das deutsche Flugwesen im allgemeinen zu fördern, am 7. Februar im großen Saale des Johannershof, Dresden-N., Johann-Georgen-Allee 1, einen Filmvortrag über Europäischen Luftverkehr (Direktor Wagener der Sächsischen Luftverkehrs-Gesellschaft). Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß voraussichtlich in den nächsten Monaten ein Flugtag veranstaltet wird, zu dem einige Freiflüge zur Verteilung gelangen sollen. Es wäre wünschenswert, daß den Bestrebungen der flugsportlichen Verbände weitestgehendes Interesse aller Kreise und auch Unterstützung zuteil wird.

Verantwortlich für Politik: Kurt Heilbut, Freital; für Gewerkschaftliches: Hans Finterbusch; für Sachsen: Max Sachs; für Dresdner Chronik, Kultur, Umgebung: Franz Dolzapfel, für den Unterhaltungsteil: Paul Mechmann, sämtlich in Dresden; für Lokales aus Freital: Kurt Heilbut, Freital; für Inserate: Max Weichold, Dresden. — Druck und Verlag von Kaden & Comp., Dresden.

Pflegen Sie Ihre Zähne

nur mit einem Zahnreinigungsmittel, durch welches der für die Verdauung so wichtige Speichelstoff nicht gestört wird. In der vor 25 Jahren erfundenen und seither beliebten

Bergmanns Zahnpasta

Rosodont

der stark schäumenden Zahnseife, finden Sie noch heute das vollkommenste und billigste Zahnpflegemittel.

In Dose 75 Pf. Einlagestück 50 Pf.
In Tube 75 Pf.

Rosodont-Mundwasser 1.— u. 1.50 Mk.
Rosodont-Zahnbürste ..... 1.50 Mk.

A. H. A. Bergmann, Waldheim, Sa.

Der Prozeß Auer

Von unserm Berichterstatter.

5. Verhandlungstag.

rr. **München**, 30. Januar.

Als erster Zeuge tritt heute auf Graf Arco, der Mörder Eisners. Er habe seit der Weihnachtsfeier 1918 in der Türkenkaserne Auer nicht wiedergesehen, und er sei von Auer in keiner Weise zu seiner Tat beeinflußt worden. Arco war der Führer der 5. Kompanie des Leibregiments, der Auer angehört hatte. Da für den Weihnachtsabend 1918 ein Bolschewistenkomplott angenommen wurde, habe man Auer, gegen den sich das Komplott auch richten sollte, eingeladen. Auer sei mit seiner Familie gekommen und seine Familie habe in der Kaserne übernachtet. Auer habe bei der Feier neben ihm (Arco) gesessen; daß sie von Eisner gesprochen, könne er sich nicht erinnern. Als er im Lazarett gelegen (Ende September 1920) habe er durch die Töchter Auers zu seiner Verwunderung einen Strauß Blumen erhalten mit einer Glückwunschkarte auf baldige Genesung. Daß die Uebergabe des Blumenstraußes die Erwiderung einer Aufmerksamkeit Arcos gegen Auer sei, stimme nicht. Auer sagte jetzt, daß Exzellenz Speidel an Auer Blumen überreicht habe. Soweit er seinen Onkel, den General der Kavallerie, Exzellenz Speidel, kenne, könne er sich ihn nicht mit Blumen vorstellen.

Zeuge Rösch bekundet, daß Auer am Weihnachtsabend 1918 erst abgelehnt habe, das Ministerium zu verlassen. Dann habe man mit Offizieren der 5. Kompanie, der Auer angehört habe, gesprochen und vereinbart, Weihnachts- und Kompanieabschiedsfeier zusammen zu feiern, und dazu Auer, den alten Kompaniespezi, einzuladen. Das sei geschehen, worauf Auer erwidert habe: „Jetzt habt ihr mich bei meiner Soldatenehre gepackt, jetzt komme ich". Auer habe dann eine Hochrede auf das Regiment gehalten. Dem Lotterputsch habe Auer ferngestanden.

Zeuge Timm erklärt vor seiner Vereidigung, daß er ablehne, Zeugenaussagen zu machen, da der Prozeß nur im Interesse der KPD. und auf Befehl Moskaus geführt werde.

Rechtsanwalt Schmittberger bemerkt dazu, die Behauptung Timms, der Prozeß sei angezettelt worden im Interesse der KPD., stehe nur in der Münchner Post. Auer habe diesen Versuch, den Prozeß als einen Angriff der KPD. gegen die SPD. zu konstruieren, schon am ersten Tage der Verhandlung begonnen. Diese Methode Auers sei ein Versuch, von dem Kernpunkt der Verhandlung abzulenken. Natürlich habe der Prozeß einen politischen Hintergrund, denn Auer kämpfe in ihm um seine politische Existenz.

Winter betont noch einmal, daß er und Kaempfer Mitglied der Sozialdemokratischen Partei seien und daß es sich in diesem Prozeß um die Frage handle, ob ein Mann mit den persönlichen politischen Methoden, wie Auer sie anwende, weiterhin im öffentlichen Leben stehen kann.

Der Vorsitzende verliest zwei Protokolle der gerichtlichen Vernehmung der beiden früheren Redakteure der Münchner Post, Kampffmeyer und Wittrisch, aus der hervorgeht, daß Kampffmeyer sich nicht aus der Redaktion der Münchner Post gedrängt fühlte, daß er aber in politische Differenzen mit Auer geraten sei, die zur Ausscheidung aus der Redaktion führten, weil er die politische Verantwortung nicht mehr tragen wollte.

In der Nachmittagsitzung bestätigt Schmöger, daß Auer in einer Funktionärsitzung gemeint habe, gegen den Kapp-Putschisten Erhardt läge so wenig Material vor, daß es besser wäre, man ließe ihn laufen. — Zeugin Pfülf, Reichstagsabgeordnete der SPD., bestätigt, daß Auer beim Sturz des Ministeriums Hoffmann dem späteren Rechtsputschisten Kahr auf einem Aktenstück einen Gruß geschickt habe in der Annahme, daß Kahr Ministerpräsident in der neuen, auch mit Sozialisten besetzten Regierung geworden wäre. Ueber die Blumenstraußaffäre bekundet die Zeugin, daß ihr der Wärter des Krankenhauses berichtet habe, die Krankenschwester hätte in Auers Krankenzimmer sehr viel Blumen gesehen, und zu Auer gesagt, da drüben liege der arme Arco und habe gar keine Blumen, ob er nicht ein paar bekommen könne. Da hätte Auer zustimmend mit der Hand gewinkt und die Schwester darauf einen Strauß zu Arco getragen. Auer aber habe von einer Aufmerksamkeit gesprochen, die ihm Graf Arco erwiesen hätte und die er mit der Blumenspende erwidert habe. Die Zeugin hätte es sehr peinlich berührt, daß Auer dem Mörder Eisners Blumen spenden konnte.

Kaempfer stellt fest, daß damit die fünfte Variation in der Blumenstraußaffäre auftauche.

Die Verhandlung wird auf Montag vertagt.

Der falsche Indianerprinz

Die Abenteuer des Ehrenfalschisten

Wir berichteten kürzlich über die Hochstapeleien eines angeblichen Indianerprinzen, der es verstanden hat, Jahre hindurch in den ersten Kreisen bis hinauf zu den höchsten Staatsstellen sich Zutritt zu verschaffen und namhafte Persönlichkeiten um hohe Geldsummen zu schädigen. In Bellinzona, dem anmutigen südschweizerischen Städtchen, wurde seiner Hochstaplerlaufbahn vor kurzem ein Ende bereitet. „Tamroda Ray", der Indianerprinz, hat seine Rolle, die er meisterhaft zu spielen verstand, ausgespielt. Mit ungewöhnlicher Virtuosität hat es dieser Gauner verstanden, seine Opfer zu täuschen, und mit den Manieren eines Gentleman ist es ihm tatsächlich auch gelungen, sich nicht nur hohe Geldsummen zu verschaffen, sondern auch die Herzen zahlloser Damen der italienischen Aristokratie zu erobern. Inzwischen hat sich, wie wir kurz berichtet haben, herausgestellt, daß dieser Indianerprinz, der sich stolz der „weiße Elch" nannte, der illegitime Sohn einer gewissen Dournergue Virginia ist, am 17. März 1884 in Rode Is'and in den Vereinigten Staaten geboren wurde und Edgard Laplante heißt.

In London vermählte er sich mit Ethel Elisabeth Major. Wie seine Frau in einem Schreiben an die Bellinzonaer Behörden mitteilt, hat ihr Mann von jeher extravagante Ideen gehabt, so auch den Hang zum sinnlosen Geldwegwerfen, so daß sie oft unter Geldmangel schwer zu leiden hatte. Interessant ist an der ganzen Geschichte, daß es dem „Pringen" immer und immer wieder gelungen ist, die Dummen zu finden, die ihm namhafte Geldbeträge liehen, mit denen er in andern Kreisen wieder durch reichliche Geldspenden Eindruck zu machen verstand. In Lugano beispielsweise schuf er sich einen Nimbus als Krösus durch Verteilung von Geld, an andern Orten wiederum dadurch, daß er als Indianerprinz nach einer reichen Frau Ausschau hielt. Von Beruf Kinoschauspieler, übertrug er die Komödie der Leinwand auf das wirkliche Leben, nahm dazu den Rest seiner Filmgarderobe und eine reichliche Dosis von Witz und Schlauheit, um sich Jahre hindurch ein prinzliches Dasein auf Kosten derer zu leisten, die vor dem Namen eines Prinzen ehrfurchtsvoll in die Knie sinken und durch ihre grenzenlose Verblendung schließlich das Opfer eines Betrügers werden. Als Baritonsänger fing er in der Musical Hall in London mit Erfolg an; schon damals begann er, sich durch Vorspiegelung falscher Tatsachen Geld zu verschaffen. Als ihm in London aber der Boden zu heiß wurde, verschwand er, um nach einiger Zeit in Paris wieder aufzutauchen, wo er mit mehr oder minder Glück seine Betrügereien fortsetzte. In Brüssel kam er zum erstenmal auf den Gedanken, nicht nur vor dem Kurbelkasten einen Indianerhäuptling zu spielen, wie er es bisher bei einer Filmgesellschaft getan hatte, sondern einmal in Wirklichkeit sein Glück mit einem Prinzendebut zu versuchen.

Er verstand es, durch eine raffinierte Reklame und durch Vorzeigung falscher Dokumente als Vertreter amerikanischer Universitäten die Aufmerksamkeit maßgebender wissenschaftlicher und politischer Kreise Brüssels auf sich zu ziehen; schließlich hielt er einen Vortrag über Sitten und Gebräuche der Indianer, und der Andrang zum Vortragssaal war so stark, daß sich um den Besitz einer Karte wüste Szenen abgespielt haben. Als nach einiger Zeit in Brüssel Bedenken über die Herkunft des Indianerhäuptlings auftauchten, verschwand der „weiße Elch" prompt nach Nizza, wo er auf der Promenade in voller Häuptlingsuniform spazierenfuhr und selbstverständlich großes Aufsehen erregte. Dort lernte er auch eine Gräfin Khevenhüller kennen, die von seiner blendenden Erscheinung geradezu fasziniert war. Von Nizza kam er nach Italien, wo er in Florenz als Abgesandter der letzten Indianer von den offiziellen Behörden der Stadt empfangen wurde. Im Alhambratheater wurde dann zu seinen Ehren eine offizielle Soiree veranstaltet. Der Bürgermeister und andre Honoratioren hielten dabei Ansprachen. Doch der reiche Prinz ließ sich nicht lumpen; er lud die ganze Gesellschaft nach dieser Soiree zu einem Galadiner ein, wo der Sekt natürlich in Strömen floß und alle Delikatessen der Saison zu haben waren. Als man ihm anderntags die auf viele tausend Lire sich belaufende Rechnung präsentierte, erklärte der Gauner, die Sache gehe ihn nichts an, da er doch der Eingeladene und nicht der Einladende sei. In Turin verstand er es, die Faschistenhäuptlinge für sich zu gewinnen, die ihn zum Ehrenfaschisten ernannten und ihn an der offiziellen militärischen Feierlichkeit zur Erinnerung an den Marsch der Faschisten gegen Rom teilnehmen ließen. Selbstverständlich erschien er auch hier wieder in vollem Federschmuck. Im Turiner Spital ließ er sich, umgeben von den Ärzten und Krankenschwestern, würdevoll photographieren und vermochte dem Spital für diese Gefälligkeit 10 000 Lire, die er allerdings zu zahlen vergaß. Die Gräfin Khevenhüller war über diesen reichen Märchenprinzen so begeistert, daß sie sich mit dem Plan trug, ihre Tochter mit dem Prinzen zu verheiraten. Die momentanen Geldverlegenheiten des Prinzen, der angeblich sein Geld aus Amerika unpünktlich erhielt, schreckten die Gräfin nicht zurück. Sie gab ihm jede verlangte Summe, die Tochter aber war skeptischer als die Frau Mama. Sie fuhr heimlich nach London, um sich dort über die Verhältnisse des Prinzen Auskunft einzuholen.

In Bellinzona trieb der Gauner inzwischen sein Spiel weiter und brachte es wiederum so weit, daß er von den offiziellen Persönlichkeiten der Stadt empfangen wurde. Die junge Gräfin aber hatte inzwischen in Manchester den wahren Sachverhalt erfahren und reichte bei der Staatsanwaltschaft in Bellinzona eine Klage wegen Betrugs ein. Darauf wurde der „Prinz" verhaftet. Inzwischen haben sich die Klagen von allen Seiten so gehäuft, daß es wohl mehrere Monate dauern wird, bis der erste Akt seiner Erlebnisse vor dem Gericht eine Wiederauferstehung feiern wird.

Aus aller Welt

Europäische Kultur

Bekanntlich führt der König von Spanien mit den Rifkabylen Krieg, weil sie sich weigern, sich mit der europäischen Kultur beglücken zu lassen. Diesen Krieg führt Spanien natürlich mit allen Mitteln der zivilisierten Kriegführung, unter andern auch mit den scheußlichen Gasbomben, die aus Flugzeugen auf die Dörfer der Anjedoraastämme geschleudert werden. Daß die Methode der kapitalistischen Staaten, europäische Kultur zu verbreiten, von den Rifkabylen richtig gewürdigt wird, zeigen Aeußerungen des Sultans Raisuli, der die Seele des Widerstandes gegen die Spanier ist. In seinen Lebenserinnerungen, die eine tapfere Frau, die zu ihm vorgedrungen ist, jetzt in deutscher Sprache veröffentlicht, heißt es: „Seid ihr Christen weniger grausam als wir? Ist es grausamer, toten Menschen die Köpfe abzuschneiden oder schuldige Verbrecher nach den Gesetzen zu strafen, so daß andre abgeschreckt werden, als wenn ihr, die ihr euch in eurem Hochmut und in eurer Zivilisation so erhaben dünkt über uns, Gasbomben über ganze Dörfer herunterstreut und Tausende unschuldiger Frauen und Kinder elend vernichtet, anstatt im ehrlichen Kampf Mann gegen Mann zu siegen?"

Der „schlagfertige" Pastor

Am Eröffnungstage des Reichstages sprach im Berliner Dom der Hofprediger D. Doehring vor den evangelischen Reichstagsabgeordneten u. a. folgende Worte:

„Im Namen Jesu Christi rufe ich euch auf: holt den Prügelstock hervor . . . Schlagt zu, aber im wahrsten Sinne des Wortes! Seid unbarmherzig aus Barmherzigkeit! „Wer Gottes Wort nicht hören will mit Güte, der muß den Henker hören mit der Schärfe!" sagt Martin Luther. . . . Nur eine Handvoll Männer, die dieses Wort beherzigen, und du, mein heißgeliebtes deutsches Vaterland, wärest gerettet."

Die Auswirkungen einer solchen Predigt sind gar nicht abzusehen, denn es gibt in Deutschland noch fanatische Jünglinge und Männer genug, die imstande sind, die Hetzpredigt des Herrn Doehring in die Tat umzusetzen. Die Spuren sollten wahrlich schrecken. Aber was sagt die Staatsanwaltschaft zu dem Fall? § 130a des Strafgesetzbuches besagt:

„Ein Geistlicher oder anderer Religionsdiener, welcher in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Berufes öffentlich vor einer Menschenmenge, oder welcher in einer Kirche oder an einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte vor Mehreren Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstand einer Verkündigung oder einer Erörterung macht, wird mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu drei Jahren bestraft."

Wir fürchten, die Staatsanwaltschaft wird sich dieses Paragraphen jetzt nicht erinnern. Er galt ja nur für den alten monarchischen Staat!

Kommunistische Revolverhelden

Als vorgestern abend die Mitglieder des „Reichsbanners" in Lichtenberg von der Turnstunde nach Hause gingen, wurden sie an drei bis vier verschiedenen Stellen von kommunistischen Banden überfallen. Ein kommunistischer Trupp von etwa 20 bis 30 Mann, mit Knüppeln und Schlagringen bewaffnet, fiel über vier Reichsbannerleute her. Diese mußten sich in das nächstgelegene Lokal retten, in dem noch zirka 15 Reichsbannerleute anwesend waren. Die Kommunisten, die inzwischen auf etwa 80 Mann angewachsen waren, folgten ihnen, zerschlugen die Fensterscheiben und warfen große Steine in das Lokal. Außerdem haben sie scharf geschossen. Die sofort alarmierte Streife der Schupo konnte mehrere Raufbolde festnehmen, die andern hatten, wie üblich, den besseren Teil der Tapferkeit gewählt und hatten sich in ihre Schlupfwinkel zurückgezogen.

Bergrutsch auf der Moselbahn. Auf der Strecke der Moselbahn, zwischen Tetem und Mehring, ereignete sich in der Nacht zum 26. Januar ein großer Bergrutsch. Ein Personenzug stieß auf die schweren Geteinsmassen, so daß die Lokomotive stark beschädigt wurde und entgleiste. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten.

Um das durch eine grosse Anzahl vergrösserte Aushilfspersonal immer vollzählig zusammen zu haben und dadurch eine schnelle Bedienung des Publikums zu erzielen, schliessen wir in der Tischzeit von ½1 bis 3 Uhr unsere Verkaufsräume.

Wir empfehlen, zum Einkauf die Vormittagsstunden zu benutzen.

Alsberg

Inlett

kaufen ist Vertrauenssache! Ein gutes Inlett muß echt türkischrot, dabei leicht, und was die Hauptsache ist, federdicht sein und bleiben. Nicht jedes Inlett erfüllt diese Eigenschaften. Wer daher vor Schaden bewahrt sein will, schreibe um Muster oder komme selbst zum Fachmann:

Schneider
DRESDEN
17 Am See 17

Küchen

7teilig, gemalt und lasiert, in verschieden. geschmackvollen Formen u. solidester Ausführung, kompl. von 100 bis 200 M. liefert Möbelgeschäft

Joh. Hildebrand
Wilsdruff.

Chaiselongues, erstklassig. Stahl- und Aufleggematratze billig. Tapezier., Schützeng. 3. 18015

Billige Schallplatten
Noack
Bürgerstr. 8.

Spulapparate
(Tyrus-Leibbinden, Ärztes. Frauenartikel)
Fr. Hennings
37 Am See 37
Ecke Dippoldiswalder Platz

URANIA

12 Monatshefte und 4 wertvolle Bücher vierteljährlich nur 1.25, mit geb. Buch 1.50 M.
Probehefte u. Prospekte
Zu beziehen durch:
Volksbuchhandlung
und ihre Filialen.